

## Online-Archiv der Publikationen

Nr./ number	A-120, G-60
Titel/ title	<b>Gemeinde-Identität und Gemeinde-Bewusstsein als Faktor bei möglichen Gemeindezusammenlegungen im Raum Linz</b>
Untertitel/ subtitle	-
title & subtitle English	Community identity and community awareness as influencing factors for possible community mergers in the area of Linz/Austria
Koautor/ co-author(s)	Bernhard Hofer, Claudia Pass, Michaela Gusenbauer, Doris Baum
Art/ category	Buchbeitrag & Forschungsbericht/ book chapter & research report
Jahr/ year	2007-2008
Publikation/ published	in: Friedrich Klug (Hg.): Verwaltungsreform durch Lösung der Stadt-Umlandproblematik, Linz/D. 2008: Institut für Kommunalwissenschaftliche Forschung (IKW), ISBN 978-3-902493-04-0, S. 129-209 zugleich: Forschungsbericht, Institut für Kulturwirtschaft der JKU 2007
weiteres/ further link	-

© Ingo Mörth, Bernhard Hofer, Claudia Pass, Michaela Gusenbauer, Doris Baum & IKW

Dieser Text ist urheberrechtlich geschützt. Er kann jedoch für persönliche, nicht-kommerzielle Zwecke, insbesondere für Zwecke von Forschung, Lehre und Unterricht ("fair use"-copy), gespeichert, kopiert und ausgedruckt und zitiert werden, solange eindeutig die Urheberschaft und die Erstveröffentlichung durch die folgende Zitation kenntlich gemacht wird.

### Zitation/ citation:

Mörth, Ingo/ Berhard Hofer/ Claudia Pass/ Michaela Gusenbauer/ Doris Baum: Gemeinde-Identität und Gemeinde-Bewusstsein als Faktor bei möglichen Gemeindezusammenlegungen im Raum Linz, in: Friedrich Klug (Hg.): Verwaltungsreform durch Lösung der Stadt-Umlandproblematik, Linz/D. 2008: Inst. f. Kommunalwissenschaftl. Forschung, ISBN 978-3-902493-04-0, S. 129-209  
online verfügbar über: <http://ingomoerth.at/morthpub/Gemeindezusammenlegungen.pdf>

Externe Links auf diesen Text sind ausdrücklich erwünscht und bedürfen keiner gesonderten Erlaubnis. Eine Übernahme des ganzen Beitrages oder von Beitragsteilen auf einem nicht-kommerziellen web-server bedürfen der Zustimmung des Autors. Jede Vervielfältigung oder Wiedergabe, vollständig oder auszugsweise, in welcher Form auch immer, zu kommerziellen Zwecken ist ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Autor und den Verlag verboten.

---

### copyright notice

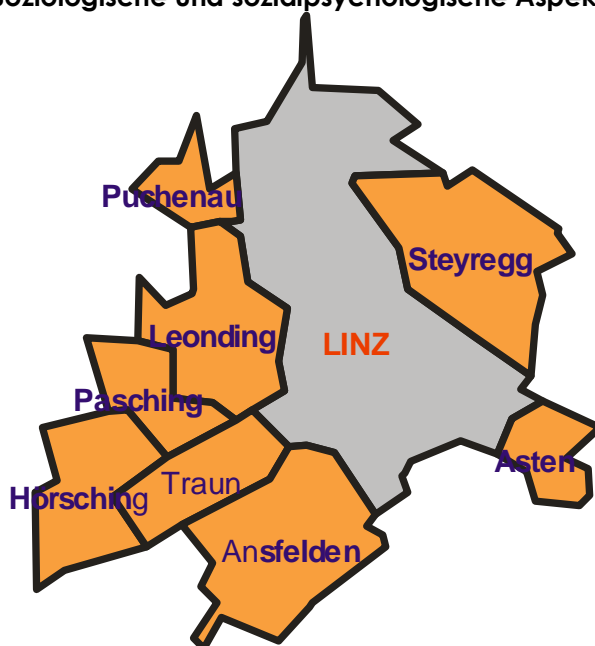
Permission to make digital or hard copies of part or all of this work for scholarly, research, educational, personal, non-commercial use is granted without fee provided that these copies are not made or distributed for profit or direct commercial advantage ("fair use"-restriction), and that copies show this notice on the first page or initial screen of a display along with the full bibliographic citation as shown above. External links to this source are welcome and need no specific consent. Any online display of part or all of this work is subject to the prior consent of the authors. Any commercial use or distribution is forbidden, unless consented in writing by the authors and the publisher.



Projekt:

# GEMEINDEZUSAMMENLEGUNGEN als Lösung der Stadt-Umlandproblematik im Großraum Linz:

Soziologische und sozialpsychologische Aspekte



## ENDBERICHT:

### Gemeinde-Identität und Gemeinde-Bewusstsein als Faktor bei möglichen Gemeindezusammenlegungen im Raum Linz

Linz, im Oktober 2007

**Univ.-Prof. Dr. Ingo Mörth**

**Dr. Bernhard Hofer**

**Dr.<sup>in</sup> Claudia Pass**

**Michaela Gusenbauer**

Unter Mitarbeit von **Dr. Doris Baum**

# Gemeinde-Identität und Gemeinde-Bewusstsein als Faktor bei möglichen Gemeindezusammenlegungen im Raum Linz

von Ingo Mörth, Michaela Gusenbauer, Bernard Hofer und Claudia Pass  
unter Mitarbeit von Doris Baum

## 1 Einleitung

Schon seit den Zeiten der Bildung bzw. rechtlichen Fixierung politischer Ortsgemeinden in Österreich, Deutschland oder der Schweiz (im Wesentlichen Anfang bis Mitte des 19. Jhdts.<sup>1</sup>) wurden Gemeindegrenzen diskutiert, in Frage gestellt und immer wieder auch durch Ausgemeindungen, Umgemeindungen, Gemeindetrennungen, Eingemeindungen oder Gemeindezusammenlegungen<sup>2</sup> verändert.

Wesentliche Diskussionspunkte bei allen vorliegenden Berichten über Veränderungen von Gemeindegrenzen (s.u.) waren immer wieder Fragen der sozialen Identität von betroffenen Gemeinden, sowie Fragen des Gemeinde-Bewusstseins und der politischen Durchsetzbarkeit von Änderungen in den betroffenen Gemeinden.

Das hier mit grundlegenden Ergebnissen vorgelegte Projekt erweitert das Ausgangs-Projekt ("Lösung der Stadt-Umlandproblematik durch Gemeindezusammenlegungen im Raum Linz", vgl. Klug 2003a, 2003b, 2003c) durch (1) eine Primär-Erhebung und Darstellung zu Fragen der Gemeinde-Identität, des Gemeinde-Bewusstseins und der politischen wie soziokulturellen Realisierbarkeit einer Gemeindezusammenlegung bzw. Eingemeindung im Raum Linz bei Opinion-Leaders in den hauptsächlich betroffenen 8 Linzer Umlandgemeinden und durch (2) sekundäranalytische Ergänzungen zu diesen Fragen aus Studien im Raum Linz bzw. zu Gemeindefusionen insgesamt.

### 1.1 Zur Stadt-Umland-Problematik generell

Zwei Hauptentwicklungen waren Motoren von Veränderungen von Gemeindegrenzen: (1) einerseits das Wachstum der größeren und zentralörtlichen Städte, die sich direkt bzw. ökonomisch in die Umlandgemeinden hineinentwickelten (und nach wie vor entwickeln) und so "Eingemeindungsdruck" erzeugten; & (2) andererseits regionalpolitische Erfordernisse d. Schaffung "lebensfähiger" Ortsgemeinden auch im ländlichen Raum angesichts von Fragen der "Landflucht" und der Finanzierung von Gemeindeverwaltung und Gemeindeinfrastruktur. Hier entstand ein "Gemeindezusammenlegungs-Druck".<sup>3</sup> Daneben gab und gibt es viele nicht verallgemeinerbare spezifische und lokale Gegebenheiten für Veränderungen von Gemeindegrenzen.

Linz ist ein gutes Beispiel für Veränderungen des o.a. Typs 1: Die Landeshauptstadt wuchs rasch über ihre 1850 fixierten politischen Grenzen hinaus und erweiterte sich zunächst stetig

---

<sup>1</sup> Z.B. in Bayern zwischen 1810 und 1820 unter König Max I., in Österreich durch das sog. provisorische Gemeindegesetz 1849, erlassen am Beginn der Regentschaft von Kaiser Franz Joseph I; in der Schweiz ab ca. 1820 in den meisten Kantonen Schaffung von kantonalen Gemeindeordnungen und Überführung der wesentlichen Kompetenzen der alten sog. "Bürgergemeinden" in politische Gemeinden.

<sup>2</sup> Ausgemeindung ist die Verselbstständigung eines Gemeindeteils zu einer eigenen Gemeinde; Umgemeindung ist die Eingliederung eines Gemeindeteils in eine andere Gemeinde; Gemeindetrennung ist die Auftrennung einer bisher einheitlichen Gemeinde in mehrere neue Gemeinden; Eingemeindung das Aufgehen einer Gemeinde in einer anderen Gemeinde; Gemeindezusammenlegung oder Gemeindefusion schließlich ist die Zusammenführung von Gemeinden zu einer neuen Gemeinde mit u.U. neuer Ortsbezeichnung.

<sup>3</sup> Vgl. hier die Bayerische Gebietsreform von 1970-1972 (Neuregelung der Landkreise (= Bezirke) und der Gemeinden; dazu Merk 2003).

durch Eingemeindungen (vgl. Altmüller 1965). Mit den Eingemeindungen von Ebelsberg und St. Magdalena (1938) und der Umgemeindung eines Teils von Leonding (Keferfeld, 1939) endete dieser Prozess, während die Stadtentwicklung und die Verflechtung mit den Umlandgemeinden sich nach dem 2. Weltkrieg eher noch intensiviert und eine ebenfalls typische aktuelle Stadt-Umland-Problematik erzeugte: ein sozio-ökonomisch, sozio-kulturell und infrastrukturell gemeinsamer "Großraum Linz", der jedoch politisch nach wie vor auf Linz einerseits und zumindest 8 selbstständige Umlandgemeinden<sup>4</sup> andererseits aufgeteilt ist.

Ein wesentliches Kennzeichen dieser aktuellen (auch der Linzer) Stadt-Umland-Problematik ist die sog. "Speckgürtel"-Situation (vgl. auch Mayr 2003). Die Umlandgemeinden sind (a) Wohnorte der im städtischen Zentrum arbeitenden Bevölkerung (und hier eher der ökonomisch potenteren Schichten), und sie sind (b) Standorte von Produktionsbetrieben und von Handels- und Dienstleistungsangeboten, die von der zentralräumlichen Situation (hohe Kaufkraft, qualifiziertes Arbeitskräfteangebot etc.) profitieren, aber in einer Umlandgemeinde betriebswirtschaftlich günstigere Bedingungen vorfinden. Die Speckgürtel um die sog. Zentralstädte wachsen derzeit stark, doch die damit verbundenen Probleme ebenfalls.

Die o.a. "Speckgürtel"-Situation wirft infrastrukturelle & planerische Probleme auf, die im Rahmen einer bestehenden politischen Zersplitterung auf die Zentralstadt und ihre Umlandgemeinden nur schwer bzw. gar nicht lösbar erscheinen: wesentlich sind hier (a) Fragen der gemeinsamen Raumplanung, (b) Fragen der Verkehrsplanung und öffentlichen Verkehrserschließung (Pendlerströme), und (c) Fragen der bildungspolitisch, sozialpolitisch und kulturpolitisch bedeutsamen zentralörtlichen Infrastruktur, deren Finanzierung zumeist allein der Zentralstadt obliegt.

Die Regelungen des österr. Steuerrechts<sup>5</sup> einerseits und des österr. Finanzausgleichs andererseits<sup>6</sup> bewirken jedoch eine sehr unterschiedliche Partizipation der Gemeinden eines Zentralraumes an der Verteilung der ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der "Speckgürtel"-Situation<sup>7</sup>. Die Zentralstadt wird jedenfalls ausgehungert, und die Umlandgemeinden als einzelne profitieren auf den ersten Blick, während auf den zweiten Blick eine gemeinsame Großgemeinde mehr Ertragsanteile pro GesamtbürgerIn aus dem Topf des Finanzausgleichs holen könnte als bei der derzeitigen Situation (vgl. zs.fassend Klug 2003c, online).

Es lag daher auf der Hand, über Lösungen dieser Stadt-Umlandproblematik in einer Richtung nachzudenken, die durch Eingemeindungen der Umlandgemeinden nach Linz oder durch Schaffung einer neuen Großgemeinde "Linz, Leonding, Traun und Umgebung" durch Gemeindezusammenlegung bestimmbar schien (Klug 2003a). Trotz der vielen Pro-Argumente er-

---

<sup>4</sup> Diese 8 unmittelbaren Umlandgemeinden, die mit ihrem gesamten Gemeindegebiet im "Speckgürtel" liegen, sind: Puchenu, Steyregg, Leonding, Pasching, Hörsching, Traun, Ansfelden und Asten. Dazu kommen jedenfalls Teile der Gemeinden Gramastetten, Engerwitzdorf, Lichtenberg, Wilhering und St. Florian, die ebenfalls an Linz angrenzen und mit teils wesentlichen Gemeindeteilen vom "Speckgürtel" profitieren.

<sup>5</sup> Das österr. Steuerrecht überlässt den Gemeinden direkt einen Teil der (ehem.) sog. "Gewerbsteuer" (vgl. Finanzausgleichsgesetz 2001, BGBl. I Nr. 3/ 2001, § 25) und zur Gänze die sog. "Kommunalsteuer" (vgl. Kommunalsteuergesetz 1993, BGBl.Nr. 819/1993). Hier profitieren die "Speckgürtel"-Gemeinden, wie auch bei einigen weiteren Abgaben, die gemäß Finanzausgleich hauptsächlich den einzelnen Gemeinden zugute kommen (u.a. die sog. "Werbsteuer" und die Grunderwerbssteuer).

<sup>6</sup> Der sog. "Finanzausgleich" regelt die Verteilung wesentlicher durch den Bund eingehobener Steuern (u.a. Einkommensteuer, Umsatzsteuer, vgl. dzt. Finanzausgleichsgesetz (FAG) 2005, BGBl. I Nr. 156/2004, § 8ff.) zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, und zwar im Wesentlichen nach dem sog. "abgestuften Bevölkerungsschlüssel" (aBS; = mehr Ertragsanteile für die Städte mit deren wachsender Größe; hier verlieren auf mehrere Gemeinden verteilte Zentralräume insgesamt (vgl. hier auch verschiedene Beiträge in Klug 2003a)).

<sup>7</sup> Die Mechanismen des Finanzausgleichs führen nach wie vor zur tendenziell wachsenden Finanznot in den Kernstädten, "denen die Gefahr droht, ihre essentiellen Aufgaben der Bedarfsdeckung und Bedarfslenkung ... sowie der sozial gerechten Einkommensverteilung im Interesse d. Wohlfahrt d. Gemeinwesens nicht mehr ausreichend erfüllen zu können" (Klug 2003c, online). Es wurde im FAG 2005 zwar der aBS (s.o.) beibehalten, jedoch statt e. Sockelbetrages pro Einwohner ein auf die "Finanzkraft" einer Gemeinde bezogener noch ungünstigerer pauschalierter Sockelbetrag eingeführt, der kleineren Gemeinden noch stärker entgegenkommt & nach wie vor die aBS-Basis für größere Gemeinden schmälert (s. dazu allgemein z.B. Rechnungshof 2004; ausführlich Bartel 2003 oder Bröthaler 2003 (explizit für Linz), beide in Klug 2003a; vgl. hier auch Ungerer 1983, für Innsbruck).

scheint die Realisierbarkeit einer solchen Entwicklung aber an Fragen der Gemeinde-Identität und des Gemeinde-Bewusstseins vom Scheitern bedroht.

## **1.2 Das Projekt "Lösung der Stadt-Umland-Problematik durch Gemeindezusammenlegung im Raum Linz" als Grundlage**

Eine Arbeitsgruppe des Linzer Instituts für Kommunalwissenschaften unter Leitung des Linzer Stadtrechnungshof-Direktors Dr. Friedrich Klug<sup>8</sup> beschäftigt sich seit 2001 eingehend mit Aspekten der aktuellen Stadt-Umlandproblematik am Beispiel des Großraumes Linz (für erste Arbeitsergebnisse vgl. Klug 2003a-2003c). Als Lösung wurde dort aus rechtlicher, ökonomischer, finanzwirtschaftlicher und regionalpolitischer Sicht die Bildung einer Großgemeinde "Linz & Umgebung" vorgeschlagen, die mindestens aus den Gemeinden des urbanen Kernraums von Linz (s.o.) bestehen sollte (= Eingemeindung oder Gemeindefusion mit Linz von Ansfelden, Asten, Hörsching, Leonding, Linz, Pasching, Puchenau, Steyregg; dazu ev. auch Umgemeindungen von Teilen von Lichtenberg, Engerwitzdorf, Gramastetten, Wilhering, St. Florian).

Für eine Strukturreform im Zusammenhang mit der Stadt-Umland Problematik im Raum Linz sprechen aus Sicht der o.a. Arbeitsgruppe viele durchaus schwerwiegende Gründe und Vorteile hinsichtlich Gemeindefinanzierung, Gemeindeplanung und kommunaler Daseinsvorsorge.

Dieser "sachpolitischen" Perspektive stehen die sozialen und kulturellen Bindungen der BürgerInnen und Bürger an "ihre" Gemeinde ebenso entgegen wie Rahmenbedingungen und Prozesse der Gemeindepolitik, die aus Sicht ihrer Akteure durch Eingemeindung/ Gemeindefusion um politisch eigenständige Strukturen und Einflüsse fürchtet. Der drohende Verlust sozialer, kultureller und politischer Identität, die antizipierte Preisgabe von "Heimat" ergibt ein nicht zu unterschätzendes *Widerstandspotenzial* gegen Gemeindezusammenlegungen.

Die o.a. Arbeitsgruppe unter der Leitung von Dr. Friedrich Klug ("Lösung der Stadt-Umland-Problematik am Beispiel Linz und Umgebung", Klug 2003a, Klug 2003b) vergab daher einen Forschungsauftrag an die Universität Linz ("Institut für Kulturwirtschaft und Kulturforschung", Leitung Dr. Ingo Mörth), um solche soziologischen, sozialpsychologischen und gemeindepolitischen Aspekte für den betroffenen Raum (Linz-Umgebung), auch im Vergleich, abzuklären, und Probleme wie Chancen einer Gemeindezusammensetzung daraus sichtbar zu machen.

## **1.3 Ziele und Teile der hier vorgelegten Studie**

Daher sollen hier die bisherigen, eher ökonomisch und sachpolitisch orientierten Forschungen zur Lösung der Stadt-Umlandproblematik im Großraum Linz (= sachlich sinnvolle Eingemeindungen & Gemeindezusammenlegungen, vgl. Klug 2003a) durch eine soziologische und sozialpsychologische Perspektive ergänzt werden, die das bisherige Meinungsbild in der Bevölkerung und der Gemeindepolitik der betroffenen Umlandgemeinden erfasst und daraus auch Strategien der Öffentlichkeitsarbeit, Meinungsbildung und politischen Umsetzung entwickelt.

Als allgemeines gemeindepolitisches Ziel der hiermit präsentierten vorwiegend soziologischen Forschungen muss die potenzielle Versachlichung der Diskurse zur Problematik "Gemeindezusammenlegung in Zentralräumen" hervorgehoben werden. Damit besteht eine Chance, für alle Beteiligten eine auch soziokulturell und emotional akzeptable Lösung zu finden. Einwände der Betroffenen, Befürchtungen und Vermutungen, aber auch Hoffnungen und zielführende Vorschläge können so im Hinblick auf die Akzeptanz und Umsetzung von Maßnahmen ernst genommen und einbezogen werden.

---

<sup>8</sup> Univ.-Doz. Obersenatsrat Dkfm. Dr. Friedrich Klug beschäftigt sich seit langem mit Fragen einer gemeindeübergreifenden Analyse kommunaler Probleme (vgl. hier z.B. die Forschungen von Klug 1987, 1995, u.a. ).

### 1.3.1 Hauptziele der Studie

Ziele der hiermit vorliegenden Studie sind daher wesentlich,

- die bisherigen Forschungen zur Lösung Stadt-Umlandproblematik (= zu allenfalls sachpolitisch sinnvollen Eingemeindungen/ Gemeindegemeinschaften) durch eine fundierte soziologische und sozialpsychologische Perspektive zu ergänzen;
- Einwände der Betroffenen, Befürchtungen und Vermutungen, aber auch Hoffnungen und zielführende Vorschläge ernst zu nehmen und einbeziehen;
- das bisherige Meinungsbild in Bevölkerung und Gemeindepolitik der betroffenen Umlandgemeinden in der Modellregion Linz zu erfassen und daraus:
- Strategien der Öffentlichkeitsarbeit, Meinungsbildung & Umsetzung zu entwickeln.

### 1.3.2 Struktur des Beitrages und analytisch-empirische Verantwortung

Die Teile des hier präsentierten Beitrages und dessen Strukturen sind daher:

#### 1.3.2.1 *Opinion-Leader-Interviews in betroffenen Gemeinden*

Hauptteil ist eine qualitative Durchführung & Analyse von Interviews in den 8 betroffenen Umland-Gemeinden mit dortigen sozialen "Opinion-leaders" (insgesamt 20 Personen). Diese im Rahmen des Projekts durchgeführten qualitativen Interviews wurden von der Projektleitung eingehend geplant (s.u.) und strukturiert (vgl. Leitfaden Anhang) und von MitarbeiterInnen des Instituts für Kulturwirtschaft der Johannes-Kepler-Universität Linz im Frühjahr 2006 durchgeführt<sup>9</sup>.

Die Protokolle dieser ExpertInnengesprächen wurden Herbst 2006 von Michaela Gusenbauer (JKU-KUWI<sup>10</sup>) mittels eines speziellen Analyse-Programmes erfasst, codiert<sup>11</sup> und protokolliert.

Mit der inhaltlichen Analyse der derart gegebenen codierten Protokolle wurde im Juli 2007 die Fa. "Public Opinion"<sup>12</sup> beauftragt (vgl. Hofer/ Pass 2007, S. 64-130), worauf auch die vorliegende u. a. Darstellung beruht.

Dazu kommen 2 sekundäranalytische Kapitel, die gegebene Materialien sammeln und sichten:

#### 1.3.2.2 *Bisherige Studien zu Gemeindeveränderungen: Identität und Bewusstsein*

Hier werden unter soziologischen & sozialpsychologischen Gesichtspunkten:

- (a) Ergebnisse bisheriger allgemeiner & neuerer sozial- und gemeindepolitischer Studien, zusammengefasst auf Basis der generellen KUWI-Recherchen (vgl. u.a. Hofer/ Pass 2007, S. 16-63); und vor allem hinsichtlich der Fragen der Identität bei Gemeindeveränderungen, werden neu analysiert;
- (b) Vorhandene soziologische Studien im Linzer Umfeld (allgemein, Leonding, Steyregg) werden sekundäranalytisch aufbereitet und dargestellt (vgl. u.a. Lins 2007, Arnoldner 2005, Baum u.a. 2001, 2003)

#### 1.3.2.3 *Ergebnisse und Schlussfolgerungen*

Hier fließen alle o.a. Ergebnisse in ein allgemeines Konzept der Gemeindekooperation & -entwicklung ein. Insbesondere die "Opinion-leader"-Perspektiven der gemeindepolitisch rele-

<sup>9</sup> 19 Interviews insgesamt; InterviewerInnen waren: Michaela Gusenbauer, Daniela Fuerst, Cornelia Hochmayr, Ingo Moerth,

<sup>10</sup> vgl. <http://kuwi.jku.at/personen> (homepage kuwi.jku).

<sup>11</sup> Programm MAX-QDA, siehe: <http://www.maxqda.de/>; codings exported via the option .rtf (-files).

<sup>12</sup> public opinion. Marketing & Kommunikationsberatungs-GmbH, 4040 Linz, Aubrunnerweg 1, Inh. Bernhard Hofer.

vanten und handelnden Akteure bleiben inhaltlich (Interviewergebnisse) und praktisch (Umsetzungsaspekte) bedeutsam.

## 2 Gemeinde-Zusammenlegungen & Gemeinde-Identität im Raum Linz aus Sicht von "Opinion-leaders" in Umland & Umfeld

Dieser Abschnitt stellt den Hauptteil des Projekts dar. Bei den folgend analysierten qualitativen Interviews wurde hinsichtlich Auswahl und Analyse folgendermaßen vorgegangen:

### 2.1 Generelle Überlegungen der Auswahl von InterviewpartnerInnen

Für die analysierten Interviews wurde nach Gemeinden (Größe), nach inhaltlicher sozio-kultureller und politischer Bedeutung (Gemeindepolitik, Kirche, Vereine), und nach genereller Verteilung gemäß Gemeindegröße quotiert.

Aus den betroffenen 8 Umland-Gemeinden wurden daher VertreterInnen bzw. AnsprechpartnerInnen aus Politik (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Fraktionsobleute, GewerkschaftsvertreterInnen, WirtschaftsvertreterInnen) / aus Kirche und Vereinen bzw. Körperschaften öffentlichen Rechts (Sportvereine, Feuerwehren, Kulturvereine usw.) mittels Internetrecherche ausfindig gemacht. Daraus ergab sich ein Pool von mehr als 150 möglichen InterviewpartnerInnen. Die Auswahl der 20 tatsächlich kontaktierten InterviewpartnerInnen erfolgte nach Zufalls-Schlüssel:

#### 2.1.1 Auswahlkriterien nach Gemeindegröße und Bereichen

Die Einwohnerzahlen der betroffenen Gemeinden bewegten sich (2006) zwischen rund 4.500 und 24.000 Personen. In den drei größten Gemeinden (Traun, Leonding, Ansfelden) wurden jeweils drei Personen ausgewählt, in den übrigen jeweils zwei. Für Traun wurde ein zusätzlicher Arbeitnehmer-Vertreter (4 Personen) ausgewählt (durch einen Ausfall aber nur 3 interviewt).

Um das Meinungsbild der BürgerInnen und der Gemeindevertretung zu erfassen, wurden insgesamt 11 GemeindepolitikerInnen (Bürgermeister, Vizebürgermeister, Fraktionsvorsitzende usw.), dazu 3 KirchenvertreterInnen und 6 VertreterInnen aus unterschiedlichen Vereinen ausgewählt. (Daraus ergab sich die u.a. Einladung aus den betroffenen Gemeinden; Insgesamt wurden aus den Umland-Gemeinden 19 Personen erfolgreich zu einem Interview eingeladen:)

*Tabelle 1: Quoten nach Gemeinde im Detail*

<b>Ansfelden</b>	Politik: 2	Kirche: 1	3 Personen
<b>Asten</b>	Politik: 1	Vereine: 1	2 Personen
<b>Hörsching</b>	Politik: 1	Kirche: 1	2 Personen
<b>Leonding</b>	Politik: 1	Vereine: 2	3 Personen
<b>Pasching</b>	Politik: 2	Vereine: 0	2 Personen
<b>Puchenau</b>	Politik: 1	Vereine: 1	2 Personen
<b>Steyregg:</b>	Politik: 1	Vereine: 1	2 Personen
<b>Traun:</b>	Politik: 2	Vereine: 2 <sup>13</sup>	4 Personen
<b>Summe Politik</b>			11 Personen
<b>Summe Vereine</b>			6 Personen
<b>Summe Kirche</b>			3 Personen
<b>GESAMT</b>			20 Personen

<sup>13</sup> Leider wurde kein Vertreter eines Kulturvereines aus Traun erreicht, daher konnten nur 19 Interviews durchgeführt werden. Wir möchten uns an dieser Stelle sehr herzlich bei den befragten BürgerInnen und ExpertInnen für die Unterstützung bedanken.

Tabelle 2: Erreichte Interviews nach Bereichen im Detail

Bereich	(Detailbezeichnung)	ausgewählte Anzahl Detail	ausgewählte Anzahl Summe
Politik	Bürgermeister	4	10
	Vizebürgermeister	1	
	Gemeindevorstand	1	
	Fraktionsvorsitzende	3	
	AN-/AG-Vertretung <sup>14</sup>	2	
Kirche <sup>15</sup>	römisch-katholisch	2	3
	evangelisch	1	
Vereine	Sportvereine <sup>16</sup>	2	6
	Kulturvereine <sup>17</sup>	1 <sup>18</sup>	
	Feuerwehr <sup>19</sup>	2	
<b>Summe</b>			<b>19</b>

## 2.2 Gliederung der ExpertInnen-Interviews

Die Interviews waren in vier Teile gegliedert: (1) Einstieg, (2) allgemeine Fragestellungen, (3) Fragen zur Gemeindezusammenlegung für den Großraum sowie (4) Fragen für spezifische ExpertInnengruppen.

### 2.2.1 Einstiegsfragen

Den befragten Personen ist kurz der Rahmen des Projektes dargelegt worden, im speziellen eine kurze Beschreibung über die Diskussion der Stadt-Umlandproblematik und die damit verknüpfte nähere Betrachtung von Bürgeridentität und Gemeinde-Orientierung in diesem Kontext.

### 2.2.2 Allgemeine Fragestellungen:

- Erste Fragen bezogen sich auf die *Gemeinde als soziale Einheit*, auf "Heimat", Ortsbezug, und Identität. Die ExpertInnen wurden hier gebeten, ihre Gemeinde zu beschreiben, den Begriff "Heimat" näher zu definieren und zu überlegen, ob es für das Heimatgefühl relevant ist, dass der Wohnort eine politisch eigenständige Gemeinde ist.
- Auch der *"Zuzug" und die aktuelle Bevölkerungssituation* wurden beleuchtet. Hier wurde im Speziellen das Verhältnis von Alt- und NeugemeindegewohnerInnen, die Integration und Bür-

<sup>14</sup> Hier wurden Personen ausgewählt, die auch im Bereich der regionalen Sozialpartnerschaft als AN (ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen) oder AG (ArbeitgeberInnen-VertreterInnen) identifizierbar waren.

<sup>15</sup> Die lokale Kirche (zumeist die röm.-kath. Pfarre) ist ein wichtiger Knotenpunkt; im Raum Linz haben auch die evangelische Kirche und ihre Einrichtungen eine gewisse Bedeutung, sie wurden daher exemplarisch einbezogen.

<sup>16</sup> Sportvereine sind in vielen Fällen aufgrund der historischen Wurzeln und der lokalen Bedeutung wichtige Opinion-Leaders im Gemeindegeschehen. Daher wurden diese systematisch (Quotenregelung) berücksichtigt.

<sup>17</sup> Kulturvereine werden oft nicht als zentral für die Bedeutung von Umlandgemeinden gesehen. Trotzdem wurden sie systematisch berücksichtigt (wenn auch mit einem schmerzlichen Ausfall in Traun, s.u.),

<sup>18</sup> vgl.hier den Ausfall eines vorgesehenen Kulturvereines in Traun (s.o.).

<sup>19</sup> Trotz der teilweise verstädterten Charakters des Gemeindelebens auch im Umland ist die vereinsmäßige und ländliche Organisation der Freiwilligen Feuerwehren in den Gemeinden und ihren Ortsteilen ein nach wie vor tragendes Element in den Umlandgemeinden, was sich auch in den u.a. Interviewergebnissen widerspiegelt.

ger-Identität von NeugemeindegängerInnen und die Rolle der jeweiligen Organisationen und Einrichtungen in diesem Kontext angesprochen

- *Die Beziehung zu Linz und zum Großraum Linz* waren ein weiteres Kapitel. Die Verflechtung (Arbeit, Freizeit, Ausbildung usw.) von Linz und der jeweiligen Umland-Gemeinde standen hier im Mittelpunkt. Weiters wurde auf die entspr. Probleme in der Gemeinde und mögliche Aufgabenbereiche einer gemeindeübergreifenden Kooperation Bezug genommen.
- Politische Willensbildung und Entscheidungsprozesse waren ebenfalls Gegenstand des Interviews. Das Interesse galt den politischen Entscheidungsprozessen vor Ort, der Willensbildung und der Bürgerbeteiligung in der Gemeinde.

### 2.2.3 Gemeindezusammenlegungen und Eingemeindungen im Großraum Linz

- *Historische Aspekte:* Es wurde auf die vorangegangenen Eingemeindungen zu Linz (va.a. Urfahr 1919, Ebelsberg 1938, St. Magdalena 1938) Bezug genommen und die Vor- und Nachteile, die sich für die betroffenen Gemeinden ergeben haben könnten, angesprochen.
- *Einschätzung von allgemeinen Folgen einer Gemeindezusammenlegung:* Welche Vorteile und auch Nachteile könnten für die BewohnerInnen der jeweiligen Umland-Gemeinde durch eine Gemeindezusammenlegung entstehen, und inwieweit wäre die eigene Organisation (politische, kirchliche, sozio-kulturelle) davon betroffen.
- *Partizipative Entscheidungsmöglichkeiten nach allfälliger Eingemeindung:* In Bezug auf die Befürchtung, dass Entscheidungen zentralisiert werden und weniger Einfluss der Betroffenen aus der Eingemeindungs-Gemeinde gegeben ist, wurden partizipative Entscheidungsmöglichkeiten, unter anderem Ortschaftsverfassung, Ortschaftssprecher, Ortschaftsparlament, und Möglichkeiten der ortschaftsbezogenen Wahlorganisation angesprochen.
- *Akzeptanz und Bürgernähe einer Eingemeindung:* Wer könnte GegnerIn bzw. BefürworterIn einer Gemeindezusammenlegung sein? Die ExpertInnen wurden dazu ersucht, *Möglichkeiten* und spezielle *Maßnahmen* aufzuzeigen, um die Zustimmung der BürgerInnen zu einer Eingemeindung zu erhöhen.
- Dazu ging es um *Aufrechterhaltung der Identifikation mit der (eingemeindeten) Ursprungs-Gemeinde*, um Gewährleistung von Bürgernähe und Interessensvertretung in neuen politischen Strukturen; und um *Verhinderung des finanziellen Ausblutens* der alten Gemeinde.

### 2.2.4 Fragen für spezifische ExpertInnengruppen

- *PolitikerInnen:* Die politischen VertreterInnen der Gemeinden wurden unter anderem zu Änderungen der politischen Kräfteverhältnisse durch eine Gemeindezusammenlegung bzw. Eingemeindung zu Linz und zu möglichen Änderungen im Finanzausgleich und in der örtlichen Finanzierung befragt.
- *KirchenvertreterInnen* wurden zu möglichen Veränderungen in der Kirchenstruktur und –organisation bei einer Gemeindezusammenlegung bzw. Eingemeindung zu Linz befragt.
- *Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen:* Die Funktionäre des Wirtschaftsbundes und der Gewerkschaft wurden um eine Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung mit oder ohne einer Gemeindezusammenlegung und die Schilderung der Veränderungen in der Arbeitgeber-/Arbeitnehmerinteressenvertretung durch eine Eingemeindung zu Linz gebeten.
- *Vereine (Kultur, Sport, Feuerwehr):* Hier waren Auswirkungen der möglichen Gemeindezusammenlegung mit Linz auf die Organisation und Mitgliederstruktur der jeweiligen Vereine Gesprächsgegenstand.

## 2.3 Ergebnisse der qualitativen Interviews mit "Opinion-leaders" in Linzer Umlandgemeinden

### 2.3.1 Allgemeine Fragestellungen

#### 2.3.1.1 Zu Charakteristika der Gemeinde, zu "Heimat", Ortsbezug und Identität

Zu Beginn wurden die ExpertInnen nach den Charakteristika ihrer Gemeinde und einer Beschreibung der räumlichen Lage befragt. In der Folge wurden sie um eine Definition des Begriffes Heimat und eine Darlegung des Zusammenhangs zwischen Heimat und politischer Eigenständigkeit gebeten.

##### 2.3.1.1.1 Wahrgenommene allgemeine Charakteristika als Umlandgemeinde

Die Charakteristika für die einzelnen Gemeinden wurden vor allem in der optimalen geografischen und verkehrszentralen Lage in Relation zum Zentralraum gesehen. Die Stadtnähe ermöglicht *"ein großes wirtschaftliches und kulturelles Angebot in nächster Nähe"* (13, 2)<sup>20</sup>, trotzdem sind offensichtlich weite Teile der Gemeinden noch dörflich bis kleinstädtisch strukturiert. Viele Experten betonten daher auch die Unterschiedlichkeit der einzelnen Dörfer (= Ortsteile) in ihren Gemeinden, welche sich dann auch im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der jeweiligen Gemeinde widerspiegelt. Manche Befragte beschrieben ihre Wohngemeinde (u.a. Asten oder Puchenau) vor allem als Schlafstadt, aus der viele BürgerInnen arbeitsbedingt auspendeln müssen. Andere Befragte (u.a. Hörsching, Pasching und Traun) betonten vor allem die große Wirtschaftskraft, welche positive finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinde habe.

Die Frage nach den Unterschieden zu Nachbargemeinden wurde ziemlich einstimmig mit Bezug zu Gemeinden außerhalb des "Speckgürtels" beantwortet. Zentralste Argumente dabei waren die eigene unmittelbare Stadtnähe und die daraus resultierende verkehrsstrategisch günstige Lage. Dies impliziert, dass die befragten Personen ihre Wohngemeinde eher mit weiter von Linz entfernten Gemeinden verglichen und nicht mit anderen Linzer Randgemeinden.

##### 2.3.1.1.2 Charakteristika der acht erfassten Gemeinden im Detail

Im Folgenden werden die Charakteristika der einzelnen Ortsgemeinden aus Sicht der befragten ExpertInnen dargestellt:

- **Ansfelden:** Die Experten betonten die geografisch optimale Lage, welche ein *"Leben am Land ermögliche, ohne die Stadtnähe zu verlieren"* (3, 5). Diese verkehrsgünstige Position durch drei Autobahnanschlüsse und eine Bundesstrasse (B 139), welche die Hauptverkehrsroute aus dem Kremstal Richtung Linz ist, hat große Bedeutung für Betriebe, vor allem für Logistikunternehmen. Dennoch ist die günstige Verkehrslage auch mit Nachteilen verbunden. Die Verkehrsbelastung *mit "ca. 140.000 Verkehrsbewegungen pro Tag, davon 20 Prozent LKWs"* wird als enorm empfunden (3, 6). Die Struktur der Ortsteile ist äußerst unterschiedlich. *"Charakteristisch für Ansfelden ist, dass diese Ortsteile von ihrer Struktur her eigene Orte sein könnten, die sich unterschiedlich entwickelt haben und untereinander relativ wenig in Kontakt stehen"* (2, 8).<sup>21</sup> Der alte "Ortskern Haid" gilt als Zentrum der Gemeinde (und ist v.a. von Leuten aus dem Flüchtlingslager Haid<sup>22</sup> besiedelt und *"nach wie vor mitei-*

<sup>20</sup> Zitate aus den Interviews sind anonymisiert. Ziffer 1 eines Zitates bezeichnet den/die ExpertIn, Ziffer 2 des Zitates dann den Absatz aus dem jeweiligen Interviewprotokoll. Wörtliche Zitate sind kursiv gesetzt. Innerhalb solcher Zitate sind Auslassungen einzelner Worte durch (...), Auslassungen von längeren Wortfolgen durch [...] gekennzeichnet, ebenso wie [Ergänzungen der AutorInnen aus dem Kontext], die den Sinn besser erschließen sollen.

<sup>21</sup> *"Die Ortsteile Ansfelden, Freindorf, Kremsdorf sind eher noch kleine Dörfer, die zur Gemeinde Ansfelden dazugehören, aber es ist eben kein besonders großer Zusammenhalt unter den einzelnen Dörfern. Es ist alles Ansfelden, aber man fühlt sich also nicht so sehr als eigene Stadt"* (1, 9).

<sup>22</sup> Das Lager Haid war das am längsten bestehende Flüchtlingslager nach dem 2. Weltkrieg in Raum Linz (bis 1961, es diente insbesondere auch noch für Flüchtlinge aus Ungarn ab 1956).

inander in Kontakt stehen"; 3, 7). Diese alte Struktur erodiert offensichtlich langsam, denn gleichzeitig finden sich dort neuerdings auch Personen, "die nur dort wohnen und bald wieder wegziehen. Es ist im Ortsteil Haid wenig Ortsverbundenheit" (2, 8). Die Gemeinde Ansfelden wird als eher "autonom" beschrieben. "Wir haben auch noch Eigenständigkeit, im Gegensatz zu Leonding, das doch der Stadt Linz sehr nahe steht" (3, 8).

- **Asten:** Asten liegt nach ExpertInnen-Meinung durch die Stadtnähe verkehrstechnisch günstig und verfügt über eine gute Infrastruktur. Trotzdem wird die Gemeinde als ländlich beschrieben. Die Charakterisierung als Umlandgemeinde wird aber nicht nur positiv erlebt. "Ebelsberg und dann ist der Zirkel, Umkreis von 20 Kilometer, das ist schwer behindert" (5, 8), da hier der ländliche Einfluss nicht mehr gegeben sei. Insbesondere im Kulturbereich werden diese Nachteile erlebt, weil Veranstaltungen von der lokalen Bevölkerung nur ausgesprochen spärlich besucht werden. Rund 85 Prozent der EinwohnerInnen pendeln nach Linz oder St. Valentin aus, wodurch sich Asten als "reine Wohngemeinde" (5,7) beschreiben lässt. Asten sei ein "Bauerndorf, gewachsen zu einer Großgemeinde mit all seinen Nachteilen in Bezug auf die Kommunikation – die Leute kennen sich untereinander gar nicht" (6, 7). Die Gemeinde ist durch die B1 zweigeteilt und hat zusätzlich viele Ortskerne wie zum Beispiel Raffelstetten und Tillysburg. Dies wird strukturell als erschwerend erlebt. "Lauter Satellitensiedlungen, die in sich wieder eine Gemeinde sind, aber keine Gemeinschaft haben" (5, 8). Die Ortsteile am Rand weisen eine starke Fluktuation auf und werden in erster Linie von ausländischen MitbürgerInnen bewohnt.
- **Hörsching:** Die Gemeinde Hörsching kennzeichnet sich sowohl durch nach wie vorhandene traditionelle, vor allem bäuerliche Bevölkerungsteile, als auch durch einen immer größer werdenden Teil aus anderen Berufsschichten ("Stadtflüchtlinge") aus. "Die Vernetzung dieser Gruppierungen gelingt in vielen Sachen sehr gut, gerade über die Vereine. Es gibt jedoch verschiedenste Gruppierungen, was einerseits positiv ist, aber andererseits die Einheit der Gemeinde nicht immer fördert" (7, 7). In Hörsching haben sich mittlerweile viele Industrie- und Gewerbebetriebe angesiedelt, wodurch sich zwar die Finanzkraft der Gemeinde erhöht, gleichzeitig aber die Lebensqualität aus Sicht der Bevölkerung gemindert wird.
- **Leonding:** Die Nähe zur Landeshauptstadt ermöglicht einen schnellen Zugang zu wichtigen staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen. Leonding ist eine Stadt mit 25.000 EinwohnerInnen. Aus 22 Ortschaften bestehend verfügt die Gemeinde dennoch über einen dörflichen Charakter, denn "jede Ortschaft hat eigentlich immer irgendwo ihren eigenen Charakter behalten" (10, 6). Die Anbindung an und das Zugehörigkeitsgefühl zu den jeweiligen Ortsteilen wurde in den geführten Interviews als hoch bezeichnet, wie z.B. für Rufing behauptet wird: "Rufing ist eine eingeschworene Gemeinschaft, an der sich schon einige Bürgermeister die Zähne ausgebissen haben. Wir sind eher kritisch, aber haben Gemütlichkeit; und wenn was angepackt wird, dann passiert das, auch wenn wir manchmal vorher streiten. Es kommt dann aber das Richtige raus." (9, 7)
- **Pasching:** Die Gemeinde Pasching profitiert offensichtlich besonders vom Linzer "Speckgürtel" (10, 6). Besonders hervorgehoben wurde die gute finanzielle Situation aufgrund der Ansiedelung des Einkaufszentrums "Plus City" und anderer Betriebe. "Wir haben so ca. 180 Millionen Schilling ordentlichen Haushalt und das ist für 6.100 Seelen nicht schlecht" (11, 5).
- **Puchenu:** ist durch einen hohen Pendleranteil nach Linz, ohne besondere Handels- oder Produktionsbetriebe, geprägt. "Wir haben kaum Gewerbebetriebe [...] also nichts Besonderes" (11, 7). Dazu leidet Puchenu unter den Verkehrsbelastungen "Durch eine Bundesstraße (B 127) ist die Gemeinde in 'Nord- und Südstaat' geteilt" (11, 8). Der südliche Teil von Puchenu wird als reine "Schlafstadt" bezeichnet (12, 5), und die Einwohner dort identifizieren sich kaum mit Puchenu, sondern nützen lediglich die vorhandene Infrastruktur. Nur im nördlichen Teil (Schloß und Mühlviertler Hänge) sind eher gemeindenahе und aktive BürgerInnen zu finden. Eine gemeinsame Identitätsbildung wird als schwierig erachtet: "[Puchenu] unterscheidet sich vielleicht in diesem ewigen Kampf zur Identität zu finden. Dieses Zerschneiden aufzulösen, Verbindendes zu finden und zu pflegen und zu bauen, ist schwierig, [...] und dieser Drang ist das Besondere der Gemeinde" (13, 8).

- **Steyregg:** Steyregg hat eine *"übersichtliche Größenordnung, wo Persönliches im Vordergrund steht"* (14, 7). Kennzeichnend für die Gemeinde ist auch *"das Milieu einer Kleinstadt"*, wo sich die EinwohnerInnen untereinander noch kennen (15, 9). Das große und zentralörtliche Erholungsgebiet durch den Pfenningberg und das Augebiet wird besonders geschätzt. Trotz dieses Grüngürtels ist Steyregg aber in *"unmittelbarster Linzer Stadtnähe mit allen entsprechenden Angeboten"* (14, 9). Die angesprochene Stadtnähe birgt aber auch Schwierigkeiten, vor allem im kulturellen Bereich, welche sich vor allem in Problemen der eigenständigen Organisation größerer Veranstaltungen zeigen. Das Thema "Umwelt" (VO-EST-Abgase) war vor allem in der Vergangenheit von wesentlicher Bedeutung, da sich die Umweltsituation in den letzten Jahren zunehmend verbessert hat. Während auch die Feinstaubwerte gegenwärtig unter den vorgeschriebenen Grenzen liegen, zeigen sich nun nach ExpertInnenmeinung vor allem Umweltbelastungen durch den steigenden Verkehr.
- **Traun:** hat in den letzten 50 Jahren einen enormen Bevölkerungszuwachs verzeichnet. Es siedelten sich auch zahlreiche Großbetriebe an. Allgemein ist Traun derzeit dicht besiedelt, bebaut und bewirtschaftet; *"das erkennt man so direkt aber kaum"* (16, 7). Die Bedeutung der Stadt Traun für das ganze Umland (Linz-Land) wird als wesentlich angesehen. *"Traun hat sich die Eigenständigkeit bewahrt und sich zur Zentrale des Bezirkes Linz-Land entwickelt"* (17, 5). Dies zeigt sich unter anderem in den zahlreichen Filialen namhafter Landesorganisationen (wie Rot-Kreuz-Bezirksstelle, Feuerwehr, Bezirkspolizeikommando oder Bezirksgericht). Auch in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit fühlt man sich durch ein Stadion, eine Bezirkssporthalle, einen Badensee, ein Hallenbad mit Kunsteislaufhalle und das Kulturschloss Traun nicht von anderen Gemeinden oder der Stadt Linz abhängig: *"Wir haben ein wirklich gutes Freizeitangebot für den gesamten Bezirk"* (17, 3). Im Stadtteil St. Martin wohnen jedoch zahlreiche ausländische BürgerInnen. Neben einer Zuwanderung in der Nachkriegszeit sind in jüngster Zeit vor allem Zuwanderungen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien zu verzeichnen. Dies wird als problematisch bezeichnet. *"Das wird den Leuten auch zuviel, auch in den Schulen ist der [Ausländer-]Anteil sehr hoch"* (18, 8).

### 2.3.2 Identitätsstiftende Faktoren und geographische Lage

Als identitätsstiftende Faktoren nannten die befragten Experten die spezifische Geschichte und die Kultur (in) der Gemeinde. *"Wir sind stolz auf unsere Geschichte"* (17, 15); *"Natürlich ist Ansfelden stolz auf Anton Bruckner"* (1, 11). Auch die besondere Gemeinschaft unter den BewohnerInnen, verbunden mit aktivem **Vereinsleben**, wurde in diesem Zusammenhang hervorgehoben. In etlichen Umland-Gemeinden nannten die Befragten auch *"die wirtschaftliche Kraft der Gemeinde"* bzw. den Standort spezieller Betriebe wie den Flughafen Hörsching (s. 12, 9). Auch die jeweilige Gemeindeverwaltung, deren Leistungen und deren Einrichtungen wurden in den Interviews als Grund erwähnt, stolz auf die Wohngemeinde zu sein.

Somit tragen in erster Linie historisch-traditionelle Elemente, dazu kulturelle Angebote gepaart mit einem aktiven Vereinsleben und gelebter Gemeinschaft in der Gemeinde, sowie die günstige ökonomische Entwicklung in jüngster Zeit zu den identitätsstiftenden Faktoren bei.

#### 2.3.2.1 Aspekte der räumlichen Lage

Die räumliche Lage der Linzer Umland-Gemeinden wurde seitens der befragten Experten vor allem mit markanten Eckpunkten des Bezuges zu Linz charakterisiert. Neben der allgemeinen Bezugnahme zur Landeshauptstadt wurden vor allem die Verkehrsverbindungen oder spezifischen Infrastruktureinrichtungen in Linz selbst beschrieben.

Großteils wurde auch die schiere geografische Lage der Gemeinde unter Bezugnahme auf Linz erklärt: *"Nachbargemeinde von Linz"* (4, 13); oder *"fünf Kilometer donauabwärts von Linz"* (16, 13). Zur Beschreibung der eigenen Gemeinde wurden aber auch renommierte Unternehmen, deren Standort charakteristisch ist, erwähnt. So nannten Befragte aus Ansfelden die Rosenberger-Raststationen an der Autobahn, Experten aus Hörsching verwiesen auf den Flughafen, und ein Befragter aus Pasching nahm auf das Einkaufszentrum Plus City Bezug.

### 2.3.3 Zum Begriff "Heimat" und zur Frage "Heimat in der Wohn-Gemeinde"

Mit dem Begriff "Heimat" assoziierten die Befragten in erster Linie Gefühle des Wohlbefindens und der Geborgenheit im weiteren Sinne. Diese Geborgenheit umfasst sowohl familiäre, biographische als auch gemeinschaftliche Komponenten der Wohngemeinde.

Der Begriff "Heimat" wurde vorrangig mit Wohlbefinden und dem Begriff "zu Hause" verbunden: *"da fühl ich mich zu Hause"* (9, 12). Engere Beziehungen zu Familie und Freunden sowie das Gefühl, willkommen zu sein, nannten die befragten Personen ebenso wie lose Bekanntschaften, gemeinsame Freizeitaktivitäten und ein reges Vereinsleben (1, 15; 18, 14).

Das Heimatgefühl bezieht sich aber auch nach Ansicht der befragten Experten auf Herkunft bzw. Abstammung: *"wo die Wurzeln sind"* (3, 15) oder *"von da sind meine Vorfahren"* (19, 20). Als Heimat gilt demnach auch der Geburtsort bzw. jener Ort, mit dem man *"Kindheitserinnerungen"* verbindet (15, 15).

#### 2.3.3.1 Wohngemeinde als Heimat?

Diese geographische Bedeutung des Begriffes Heimat wird weiters bei der Frage, inwieweit die Wohngemeinde auch Heimatgemeinde ist, ersichtlich. *"Heimatgemeinde? Ich stamme nicht von hier, ich komme aus [...]"* (17, 7). *"Ich komme aus St. Florian, und meine Heimat ist St. Florian, nicht Asten. Ich bin St. Florianer"* (5, 19).

Dennoch vertraten die Befragten die Auffassung, dass der Wohnort und damit die Wohngeende schon für alle bzw. zumindest die Mehrheit der BürgerInnen Heimat ist bzw. zur Heimat geworden ist. *"Das Heimatgefühl ist in Leonding auf jeden Fall gegeben"* (9, 13). *"Die Stadt Traun ist für viele Zuwanderer eine neue Heimat geworden"* (17, 14).

Unterschiede wurden nach der Dauer der Gemeindegemeinschaft feststellbar: Die Gemeinde ist *"Wohnstätte, nicht Heimat. Es war halt eine günstige Gelegenheit, sich anzusiedeln, aber ist nicht wirklich als Heimat zu sehen"* (5, 18). *"Für die alte Bevölkerung ist es Heimat, weil die sind seit ihrer Flüchtlingszeit dort, aber für die Jungen glaube ich nicht, dass es Heimat ist"* (2, 16).

Die politische Eigenständigkeit der Gemeinde beeinflusst nach Ansicht der befragten Experten nur teilweise das Heimatgefühl. So sahen fünf Befragte keinen Einfluss, *"weil es eben auch woanders hätte sein können"* (14, 19). Auch für jene BürgerInnen, die sich zur Zeit in der Wohngemeinde nicht beheimatet fühlen, ist dieser Zusammenhang weniger gegeben. Die Dauer der Gemeindegemeinschaft beeinflusst ebenfalls das Heimatgefühl, weil *"für die Ureinwohner ist es sicher sehr wichtig, aber für die Zugezogenen glaub ich weniger"* (7, 22).

#### 2.3.3.1.1 Faktoren des Heimatgefühls

Für die BürgerInnen scheint der Bezug zur Wohngemeinde als "Heimat" nach Meinung der Experten auch im Detail gegeben zu sein. *"Aber dass es die Gemeinde [...] ist, ist für das Heimatgefühl schon wichtig"* (15, 19). *"Es ist die Identifikation damit"* (8, 15). Bedeutungsvoll hierfür sind Bürgernähe, die politische Vertretungsmacht durch direkt in der Gemeinde ansässige Personen sowie die Gemeinschaft und Bekanntheit der BürgerInnen unter- bzw. zueinander.

Einige befragte Experten unterschieden zwischen politischer Gemeinde, die zentral für Identifikation mit der Wohngemeinde ist, und *"Verwaltungsgemeinschaft"* (2, 20). *"In der Realität wird Heimatstiftung durch politische Aktivitäten gesteuert [...] Aber eine eigene politische Gemeinde ist eben eine politische Gemeinde und nicht nur eine Verwaltungsgemeinde"* (2, 21).

#### 2.3.3.2 Heimat nach Gemeindegemeinschaft?

Die Diskussion um eine Gemeindegemeinschaft wurde von einigen Experten hinsichtlich "Heimat" angesprochen und unterschiedlich beurteilt. Nach Auffassung der Experten würde durch eine Gemeindegemeinschaft die Verwaltungseinheit um ein Vielfaches vergrößert und hätte negative Folgen für das Gemeindeleben. *"Der Ortsbezug nimmt mit der Größe ab."*

*Wird der Kreis zu groß, geht das Heimatgefühl verloren" (18, 15). "Es ist die Identifikation damit. Man kennt den Großteil der Bevölkerung und ist nicht in der Anonymität der Großstadt" (10, 15).*

Ein anderer Befragter sprach von geringen Folgen für die Bevölkerung, *"weil sowieso eine tiefe Verbindung besteht zwischen Traun und Linz" (17, 17).* Für einen weiteren Experten hätte eine Gemeindegemeinschaft durchaus positive Aspekte: *"Ich persönlich hätte kein Problem mit einer Eingliederung, da wären sogar viele positive Aspekte."* (12, 16).

Manchmal kam die große Verbundenheit mit Ortsteilen bzw. Dörfern in der jetzigen Gemeindestruktur zum Ausdruck: *"Aber ich möchte nicht, dass Ruffing von Leonding wekommt" (8, 16).*

Für das Heimatgefühl erscheinen nach Meinung der Experten also sowohl die Abstammung als auch die Beziehungen zu Familie und Freunden sowie das Gefühl, willkommen zu sein, von großer Bedeutung. Auf den kommunalen Bereich umgesetzt nehmen die Dorfgemeinschaft mit gemeinsamen Freizeitaktivitäten und einem regen Vereinsleben wesentliche Funktionen ein. Demgegenüber wird nach Ansicht der befragten Experten das Heimatgefühl nur teilweise von der politischen Eigenständigkeit einer Gemeinde beeinflusst.

### **2.3.4 Zuzug und Bevölkerungssituation in den Umlandgemeinden**

Die Experten wurden im Zuge der Erhebung um eine Einschätzung hinsichtlich Zuzug und etwaiger dadurch entstehender Veränderungen gebeten. Einen besonderen Aspekt nahm dabei das Verhältnis verschiedener Bevölkerungsgruppen wie alteingesessene und neuzugezogene BewohnerInnen ein. Die Dauer der Integration in die Gemeinde sowie begünstigende Faktoren im Prozess bildeten ebenfalls einen Teilbereich der Befragungen.

#### *2.3.4.1 Zuzug in den Umlandgemeinden und besondere Herausforderungen*

Der Zuzug in den Linzer Umlandgemeinden ist sehr groß. In Traun begann die Zuwanderung in der Nachkriegszeit, wo viele Heimatvertriebene sesshaft wurden. In diesem Zeitraum wurden auch in Leonding große Wohnanlagen gebaut, welche sich großer Beliebtheit erfreuten.

Da nach Auffassung der Experten heute vor allem Flüchtlinge, AsylantInnen oder GastarbeiterInnen zuziehen, erwachsen für die Gemeindepolitik hinsichtlich Integration neue Aufgaben. *"Die Kultur hat sich verändert und da sollte man auch ansetzen, damit sich die Kulturen untereinander auch verstehen" (20, 16). "Leonding ist ja nicht nur für Ausländer, sondern auch sonst als Heimatgemeinde sehr beliebt" (9, 17).*

In den Gemeinden Ansfelden (besonders im Ortsteil Haid) und Asten wiesen die Befragten auf einen raschen Wandel der Bevölkerung hin. *"Wir haben eine Fluktuation von etwa zehn Prozent im Jahr, obwohl der Stand im Großen und Ganzen gleich geblieben ist" (Experte 2, 23).*

##### **2.3.4.1.1 Zuzug aus Linz?**

Die Unterscheidung, wie viele Personen aus Linz oder von anderswo in den letzten Jahren zugezogen sind, fiel den Befragten schwer. In Steyregg zieht nach Ansicht der Experten vor allem der Ortsteil Plesching viele LinzerInnen an. Während in Ansfelden *"der Zuzug eher aus Linz und den Umlandgemeinden ist"*, siedeln sich in Asten *"primär Linzer"*, aber auch Personen anderer Umlandgemeinden an (2, 23; 4, 22). Der Zuzug scheint ungebrochen. Eine Ausnahme stellt die Puchenau dar. Seit dem Jahre 2000 stagnieren laut Expertenaussage die Bevölkerungszahlen. Der Befragte begründete dies, *"da wir keine Flächen mehr zur Verfügung haben" (13, 19).*

##### **2.3.4.1.2 Vorteile und Nachteile der Ansiedlung in Umlandgemeinden**

Eine Ansiedlung in den Umlandgemeinden birgt nach Ansicht der Experten zahlreiche Vorteile. Neben einer entsprechenden Lebensqualität, welche in erster Linie mit ländlichen Komponenten in Verbindung gebracht wurde, wurde auf eine entsprechende kommunale Infrastruktur sowie die leichte Erreichbarkeit der Landeshauptstadt hingewiesen: So antwortete ein 1uf diese

Frage prägnant *"Lebensqualität"* (11, 19), während ein anderer die Verknüpfung zwischen Stadtnähe, verkehrsgünstiger Anbindung und einem Leben *"auf dem Land in dörflicher Umgebung"* hinwies (8, 19). Die Infrastruktur mit Einkaufszentren, ärztlicher Versorgung und bestimmten Sozialeinrichtungen beinhaltet städtische Komponenten. Weiters bedingen vorhandene Sportanlagen, das Angebot lokaler Vereine und der natürliche Erholungsraum eine hohe Lebens- und Freizeitqualität und machen folglich das Linzer Umland für BürgerInnen attraktiv.

Nachteilig wurden Umweltbelastungen durch Verkehr und Entsorgung in den zentralörtlichen Gemeinden gesehen. *"Asten hat Mülldeponie und Regionalkläranlage"* (4, 25). Die Lärm- und Staubbelastung werden sowohl durch Verkehrsknotenpunkte wie den Flughafen Hörsching als auch den Güter- bzw. Individual-/Pendlerverkehr bedingt: *"Die Stadt Ansfelden kann nur circa ein Drittel der Personen hier beschäftigen und braucht den hohen Pendleranteil"* (3, 24).

Demgegenüber ist das öffentliche Verkehrsnetz gerade in den Umlandgemeinden unzureichend ausgebaut: *"Wenn man kein Auto hat, oder nicht mehr Autofahren kann, ist man mit den Einkäufen oder Arztbesuchen schon ziemlich schlecht dran"* (1, 26).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Zuzug in den Linzer Umlandgemeinden mit Ausnahme von Puchenau allgemein groß ist und die Gemeinden vor neue Aufgaben, unter anderem zur Integration neu zugezogener BürgerInnen stellt. Bestimmte Ortsteile in den Linzer Umlandgemeinden sind dabei besonders attraktiv. Für die Ansiedelung dort spricht neben der leichten Erreichbarkeit der Landeshauptstadt die vorhandene kommunale Infrastruktur und der dennoch traditionell ländliche Charakter, welche in Kombination eine hohe Lebensqualität ihrer BewohnerInnen sicherstellen. Nachteilig wurden sowohl die Umweltbelastung durch Lärm und Staub als auch die unzureichende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz empfunden.

#### 2.3.4.2 Lokale Veränderungen durch Zuwanderungen

Aufgrund des regen Zuzugs vollzogen sich teilweise strukturelle Änderungen in den Linzer Umlandgemeinden. Dem Verhältnis zwischen alteingesessenen und neuzugezogenen Bevölkerungsteilen kommt dabei besondere Bedeutung zu. Dieses Verhältnis wurde seitens der Experten als ambivalent beschrieben. Einerseits bemühen sich lokale Vereine, VertreterInnen aus Kirche und Politik, Neuzugezogene in die Gemeinschaft zu integrieren, wobei dieses Angebot aber offensichtlich viel zu selten angenommen wird.

Andererseits berichteten Befragte, die schon vor vielen Jahren in eine Umlandgemeinde zugezogen sind, dass sich alteingesessene GemeindebürgerInnen nach Dauer der Gemeindezugehörigkeit unterschiedlich hinsichtlich *"Integrationsbereitschaft"* verhalten. Dies verdeutlicht eine nach Bevölkerungsgruppen variierende Wahrnehmung der Gemeindezugehörigkeit zugezogener Personen. Die Integration zugezogener GemeindebürgerInnen verläuft nach Meinung der Befragten dann erfolgreich, wenn sich neue BürgerInnen bemühen, am Gemeindeleben teilzunehmen. *"Das wird es immer geben, dass sich jemand abschottet, dann kann man auch schlecht in Kontakt treten"* (6, 27).

Lokale Vereine und politische Parteien erleichtern demzufolge durch Veranstaltungen eine Integration neuer GemeindebürgerInnen, *"aber es ist sehr, sehr schwierig, diese Leute zu bewegen, auf einen Ball zu gehen oder ein Konzert zu besuchen"* (4, 27). Weitere Experten betonten die Schule bzw. Kinderfreundschaften als Integrationsfaktor: *"Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es nur über die Kinder, über die Schule passiert ist"* (13, 26). *"Wenn man Kinder hat, ist man in das Ortsgeschehen aktiv eingebunden"* (7, 32).

Befragte aus der Gemeinde Puchenau berichteten von einer *"gewissen Abgeschlossenheit"* bis hin zu *"offenen Rivalitäten"* zwischen dem nördlichen und südlichen Teil der Gemeinde, wobei letzter einen hohen Anteil an zugezogenen GemeindebürgerInnen aufweist. (14, 27; 13, 24). Folglich werden *"soziale Verbindungen"* zwischen verschiedenen Gemeindeteilen eher abgelehnt (14, 26). Auch in Ansfelden wurden alteingesessene GemeindebürgerInnen als eher reserviert beschrieben: *"Hier die Bauern sind schon noch etwas Eigenes, da ist man lange ein Zugezogener"* (1, 29).

In den Gemeinden Ansfelden, insbesondere im Ortsteil Haid, und Traun ist das Verhältnis zwischen verschiedenen Gruppen von GemeindebürgerInnen durch den großen Anteil an Flüchtlingen und AsylantInnen geprägt: *"Es gibt hier das Problem mit Flüchtlingen und Ausländern, dass man da schon manchmal merkt, dass die Leute sehr reserviert sind"* (1, 28). In Traun gibt es ein spezielles Zentrum für Flüchtlinge und AsylantInnen, welches sich um Integration der Klientel bemüht. *"Wir haben das Anliegen alles zutun, was nötig ist, um hier alle in Traun in die Gemeinschaft einzuladen. Das kann aber nicht einseitig sein."* (17, 19).

Das ideale Verhältnis zwischen den Gruppen von GemeindebürgerInnen beschrieb ein 1Is *"offen, aufnehmend, wohlwollend und gewinnbringend für beide"* (15, 28).

#### 2.3.4.3 Lokale Effekte des Zuzugs in die Umlandgemeinden

Der Zuzug in die Umlandgemeinden wurde nach Ansicht der Experten von Vor- und Nachteilen für die GemeindebürgerInnen begleitet. Hier wurden Verbesserungen in der Infrastruktur, aber auch Umweltbelastungen und Distanzierungen vom Gemeindeleben angesprochen.

Durch das Wachstum der Einwohnerzahlen verbesserten sich zwar die finanziellen Mittel der Gemeinde, gleichzeitig stiegen aber auch die *"Bedürfnisse an Einrichtungen"*, denen die Gemeinde nachkommen musste (6, 35). In den letzten Jahren musste die Infrastruktur, im speziellen *"Nahversorgung"*, *"Kanalisation"* und gemeindeeigene Einrichtungen wie *Kindergärten* ausgebaut werden (4, 29; 1, 30; 5, 32).

Als negative Entwicklungen in Folge des Zuzugs berichteten die Experten von einem erhöhten *"Verkehrsaufkommen"* und von *"Spannungen"* zwischen den verschiedenen Gruppen von GemeindebürgerInnen (4, 29; Experte 7, 30). Laut Auffassung der Experten wird auch zunehmend die steigende *"Anonymität"* sowie die Distanzierung vom öffentlichen und kulturellen Leben spürbar (Experte 2, 30). *"Mich stört auch, dass sie einfach nicht mittun, wir haben so viele Vereine und Feste, aber sie kommen nicht"* (8, 25).

#### 2.3.4.4 Zuzug und Integrationsdauer

Hinsichtlich der veranschlagten Dauer einer Integration neuer GemeindebürgerInnen nannten die meisten Befragten einen Zeitraum von rund zehn Jahren oder mehr: *"Da gehen noch zwei Generation drüber, mindestens, wenn überhaupt"* (6, 35).

Dieser Prozess kann in erster Linie durch die Anbindung an bestimmte *"Gruppierungen"* in der Gemeinde auf circa ein bis drei Jahre verkürzt werden (5, 32). Als weiterer Einflussfaktor der Integrationsdauer wurde das Alter der BürgerInnen erwähnt: *"Kinder integrieren sich schnell [...] die Jugend auch, [...] aber die Älteren sind nicht so beweglich, die bleiben bei den Lebensgewohnheiten"* (17, 28).

Zusätzlich beeinflussen das *"Eigeninteresse des Neubürgers"* sowie die *"Kultur und sprachliche Entwicklung"* diesen Prozess (14, 32; 19, 23). Auch der Ortsteil, in dem neue GemeindebürgerInnen sesshaft werden, hat den Experten zufolge Einfluss auf die Integrationsdauer und Identitätsbildung: *"Das kommt ganz auf die Umgebung an, wo sie hinziehen"* (12, 19).

#### 2.3.4.5 Zur Lebensqualität nach einem Zuzug in eine Umlandgemeinde

Zu den Organisationen und Einrichtungen, welche zur Lebensqualität der BürgerInnen in Zuzugsgemeinden des Stadtumlands Raum beitragen, zählen nach Ansicht der Experten neben den bereits genannten lokalen Vereinen auch Infrastruktureinrichtungen und politische Akteure.

Sowohl die politischen Organisationen als auch die Gemeinde im speziellen mit ihren entsprechenden Einrichtungen im Sozial- und Kulturbereich wie *"Krabbelstube und Kinderhort"*, *"Altersheim, Jugendzentrum, Skaterbahn"* beeinflussen die Lebensqualität der BürgerInnen in einem positiven Sinne (3, 33; 7, 39). Befragte Gemeindefunktionäre beschrieben die Aufgabe der Gemeinde als *"Netzwerkkommunikator"* und Organisator diverser Veranstaltungen. Im Hinblick auf die Durchführung von Veranstaltungen wurde seitens einiger Experten die (problematische) Verbindung zwischen Gemeinde und politischen Akteuren angesprochen: *"Leider wird das dann"*

*oft politisch besetzt" (7, 43). Diese "werden zwar offiziell von der Gemeinde gemacht, aber inoffiziell von den Parteien getragen" (2, 37).*

#### 2.3.4.5.1 Zentrale Bedeutung lokaler Vereine

Nach einhelliger Meinung der befragten Experten kommt den lokalen Vereinen zentrale Bedeutung zu, die sowohl eine Rekrutierung neuer als auch eine Bindung bestehender Mitglieder mit der Durchführung verschiedener Veranstaltungen versuchen. *"Man spricht auch immer wieder dieselbe Personenzahl an, um für Integration zu sorgen, und es gibt resistente Bürger, die nirgendwo tätig werden wollen oder Veranstaltungen besuchen wollen" (15, 29).*

Auch kirchliche Organisationen bemühen sich um Integration sowie um *"ein gutes soziales Klima"*, wobei *"die Kirchen momentan nicht unbedingt das sind, was die Leute anzieht" (1, 36)*. Die Durchführung von Pfarrcafés an Sonntagen bietet einen passenden Rahmen in der Gemeinde, *"um dort Leute kennen zu lernen und mit denen zu reden" (6, 34).*

#### 2.3.4.6 Eine erste Zusammenfassung zu Fragen des Zuzugs in Umlandgemeinden

Zusammenfassend zu Veränderungen in Umlandgemeinden durch Zuzugsphänomene bleibt anzumerken: Aufgrund des Zuzugs vollzogen sich teilw. deutliche strukturelle Änderungen in den Umlandgemeinden. Das Verhältnis zwischen alteingesessener Bevölkerung und neu zugezogenen BürgerInnen wurde als ambivalent beschrieben. Lokale Vereine und politische Parteien bemühen sich zwar um eine Integration neu zugezogener GemeindebürgerInnen, stoßen aber aufgrund des geringen Interesses an ihre Grenzen. Die Integration in die Gemeinde und die Partizipation am Gemeindeleben wird nach Expertenansicht insbesondere durch den Schulbesuch von Kindern erleichtert. Flüchtlinge und AsylantInnen wurden als jene Bevölkerungsgruppen angeführt, die besondere gemeindepolitische Anstrengungen erfordern.

Der anhaltende Zuzug neuer Bevölkerungsgruppen wurde nach Ansicht der Experten von Vor- und Nachteilen für die GemeindebürgerInnen begleitet. Während der Ausbau und Verbesserungen im Bereich der Infrastruktur als positive Entwicklungen gesehen wurden, gelten zunehmende Umweltbelastungen sowie Spannungen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Distanzierungen vom Gemeindeleben als negative Folgen.

Hinsichtlich der veranschlagten Dauer einer Integration neuer GemeindebürgerInnen nannten die meisten Befragten einen Zeitraum von rund zehn Jahren oder mehr. Dabei beeinflussen vor allem die Anbindung an lokale Gruppierungen, das Alter der zugezogenen GemeindebürgerInnen sowie der Ortsteil, in dem neue GemeindebürgerInnen sesshaft werden, den Integrationsprozess und die Identitätsbildung.

Nach Ansicht der Experten gelten lokale Vereine, soziale Infrastruktureinrichtungen und politische Akteure als jene Organisationen und Einrichtungen, welche wesentlich zur Integration von NeubürgerInnen, aber auch zur Lebensqualität der BürgerInnen insgesamt in den Umlandgemeinden beitragen.

### 2.3.5 Zur Beziehung der Umlandgemeinden zur Stadt und zum Großraum Linz

Die befragten Experten wurden um eine Beschreibung des Verhältnisses zwischen ihrer Gemeinde und (dem Großraum) Linz gebeten. Dabei standen sowohl die Bedeutung der Landeshauptstadt und ihrer Einrichtungen als auch der Stellenwert der Umlandgemeinden für die Linzer Bevölkerung im Vordergrund. Weiters wurden gegenwärtige Aufgaben der Gemeindepolitik bzw. Probleme in der Bewältigung angesprochen, wobei die Chancen gemeindeübergreifender Kooperationen besonders berücksichtigt wurden.

#### 2.3.5.1 Die generelle Bedeutung von Linz für Umlandgemeinden

Aus Sicht der befragten Experten stellt sich das Verhältnis zwischen der Landeshauptstadt Linz und ihren Umlandgemeinden facettenreich dar. Einerseits wurde das Verhältnis als positiv be-

schrieben, andererseits wurde auch Kritik geäußert. Insbesondere die politische Beziehung wurde ambivalent gesehen.

#### 2.3.5.1.1 Politische Verhältnisse

Einige Befragte meinten, dass Linz und seine Umlandgemeinden auf politischer Ebene ein eher *"unkompliziertes"* bzw. ein *"sehr gutes nachbarschaftliches Verhältnis"* mit *"wenig Berührungspunkten"* habe (3, 37; 18, 46; 4, 36; 19, 29). Auf Spezifika in der Beziehung zwischen Linz und der jeweiligen Gemeinde und dem Stellenwert der verantwortlichen politischen Akteure wies ein 8in: *"Zum einem die Vorgehensweise unseres Bürgermeisters, der eine starke Abgrenzung sieht und eher auf seine Gemeindenachbarn hin klopf"* (11, 31). Andere Experten hingegen kritisierten die mangelnde Kooperation bzw. Koordination im Verkehrsbereich, wobei diese Problematik für die ganze Region und nicht nur für die Stadt Linz gilt (2, 40; 11, 36).

#### 2.3.5.1.2 Linz aus Sicht der Umland-BürgerInnen

Aus Sicht der BürgerInnen in den Umlandgemeinden hat die Landeshauptstadt eine zentrale Bedeutung. *"Linz ist einfach DIE Stadt. Wenn jemand sagt, er fährt in die Stadt, dann fährt er nach Linz und nicht z.B. nach Traun"* (6, 40). Das Verhältnis wurde aber auch als wechselseitig beschrieben, *"weil wir einerseits sehr abhängig von Linz sind, aber umgekehrt auch"* (12, 37).

Linz bietet vor allem im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich viele Möglichkeiten und ist unbestritten ein Magnet für Kultur und Einkauf. Die befragten Experten betonten aber auch, dass in ihrer Umland-Heimatgemeinde viele entsprechende Angebote existieren. *"Doch es gibt auch vor Ort einiges, also da müsste man nicht unbedingt sehr oft nach Linz. Ich versuche, was möglich ist, im näheren Umkreis zu erledigen"* (1, 39). *"Also den persönlichen Bedarf kann ich in Traun, Pasching und Ansfelden decken [...] ich fahre nicht nach Linz einkaufen"* (18, 31). *"Das gibt es nicht, wo wir sagen, da muss ich unbedingt nach Linz."* (17, 29).

#### 2.3.5.2 Linz als Zentrum für Kultur, Freizeit, Bildung und Beschäftigung

Trotz dieser Tendenzen, den täglichen Bedarf (auch) in den Umlandgemeinden decken zu können, gilt die Landeshauptstadt Linz als wesentliche Kultur-, Arbeits- und Ausbildungsstätte, da auch ein vielfältiges Angebot an Kulturangeboten, an Arbeitsplätzen, sowie an Höheren Schulen und universitären Ausbildungsmöglichkeiten (wie Johannes Kepler Universität, Fachhochschule) vorhanden ist.

##### 2.3.5.2.1 Die Beschäftigungsstadt Linz

Nahezu alle Experten unterstrichen die Bedeutung der Landeshauptstadt als Arbeitsstätte (4, 38; 15, 45; 2, 42; 5, 47; 16, 48; 3, 43; 6, 43; 7, 46; 8, 33; 9, 34; 10, 33; 13, 42). *"Die Leute pendeln zu 80 Prozent nach Linz"* (14, 31).

##### 2.3.5.2.2 Die Kulturstadt Linz

Der kulturelle Stellenwert von Einrichtungen wie *"Landestheater, Brucknerhaus"*, aber auch jener der zahlreich in Linz durchgeführten Veranstaltungen wie *"Ars Electronica"* und *"Pflasterpektakel"* wurde betont (4, 41; 6, 43; 3, 39).

Bedingt durch die reichlichen Kulturaktivitäten in Linz erschien den befragten Experten eine Organisation lokaler Kulturveranstaltungen in den Umland-Gemeinden als eher schwierig: weil diese *"kann ich in Linz besuchen und Leute fahren lieber nach Linz"* (14, 38). *"Man muss in irgendwelchen Nischen arbeiten [...]. Das würde keinen Sinn machen, sich gegenseitig Konkurrenz zu machen"* (Experte 10, 34).

### 2.3.5.2.3 Die Freizeit- und Konsumstadt Linz

Weitere Experten betonten die Bedeutung der Landeshauptstadt im Versorgungs- und Freizeitbereich. Aus Sicht der BürgerInnen in den Umland-gemeinden wird Linz als "*Einkaufs- und Fortgehmarkt*" gesehen (2, 42). "*Linz ist von der Versorgung DIE Hauptstadt [...], ist aber durch die Einkaufszentren hier gesunken*" (7, 48). Einige Befragte wiesen in diesem Zusammenhang auf den Sportbereich hin (15, 42; 6, 43).

### 2.3.5.2.4 Die Umland-Gemeinden als Erholungsraum

Das Verhältnis zwischen Linz und seinem Umlandgemeinden ist jedoch von Wechselseitigkeit geprägt. Dass Linz und seine Umlandgemeinden vernetzt sind, zeigte sich unter anderem in der Nutzung der Umlandgemeinden als Erholungsraum sowie in der Inanspruchnahme vorhandener Infrastruktureinrichtungen in den Umland-Gemeinden seitens der Linzer Bevölkerung.

LinzerInnen nützen nach Meinung der Experten das Umland als Erholungs- und Freizeitgebiet "*und zwar wegen der Natur*" (14, 40). Der Pfenningberg und der Pleschinger Badensee in Steyregg gelten als beliebtes Ausflugsziel. Und Befragte aus der Gemeinde Puchenau wiederum berichteten von "*vielen Linzern, die im Grünen Sport betreiben*" (13, 41).

Generell wird das Angebot an Hallenbädern, Freibädern, Badeseen und anderen Freizeiteinrichtungen seitens der Linzer Bevölkerung gerne genutzt.

Ein befragter Experte wies auch auf die kulturelle Bedeutung von Ansfelden als Geburtsort von Anton Bruckner hin, womit die kulturelle Nutzung der Umland-Infrastruktur angesprochen ist.

### 2.3.5.3 Exkurs: Das Projekt "CityRegio" Linz<sup>23</sup>

Hier wurde im Rahmen des EU-Programmes CADSES (Phase 1) zwischen 2003 und 2006 ein Projekt durchgeführt, das explizit die Förderung von Stadt-Umland-Kooperationen zum Ziel hatte und für Linz und sein Umland in dieser ersten Phase vor allem die Freizeit- & Kultur-Infrastruktur<sup>24</sup> und eine entsprechende Freizeit- & Kultur-Vernetzung thematisierte. Derzeit ist in Phase 2 ein Infrastruktur-Atlas der gesamten wirtschaftsnahen Infrastruktur für die Stadtregion "Groß-Linz" in Arbeit.

### 2.3.5.4 Die Umlandgemeinden als Wirtschaftsraum

Neben den o.a. Freizeitmöglichkeiten treten die Umlandgemeinden nach Meinung der Experten zunehmend in wirtschaftliche Konkurrenz mit der Landeshauptstadt. Denn die Einkaufsmöglichkeiten in Traun, Pasching und Ansfelden ziehen auch viele Linzer BürgerInnen als KonsumentInnen in die Umlandgemeinden, und "*die Geschäftsleute in Linz beklagen sich ja schon sehr darüber*" (17, 39). Gleichzeitig werden dadurch Arbeitsplätze geschaffen, von denen die ganze Region profitiert. "*Viele Linzer arbeiten in der Plus City*" (13, 28).

Aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs in den Umlandgemeinden gibt es z.B. nach Auskunft der Experten in Steyregg viele in Linz wohnhafte ArbeitnehmerInnen, die inzwischen nach Steyregg auspendeln, da "*die Arbeitswege sehr kurz sind*" (15, 50). Auch Hörsching verfügt über zahlreiche Betriebe, "*wo Leute aus Linz einpendeln (z.B. Flughafen, Kaserne)*" (7, 46).

Die Thematik der betrieblichen Standortwahl in Umland-Gemeinden und ihre Konsequenzen verdeutlicht folgende Expertenaussage: "*Es gibt in etwa die gleiche Anzahl Einpendler als auch Auspendler, weil sehr viele Wirtschaftsbetriebe mittlerweile aus der Stadt abgewandert sind und Teile ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit irgendwo anders hin verlegt haben*" (10, 36).

<sup>23</sup> s. Land OÖ.: "Neue Entwicklungsperspektiven in d. Stadtregion Linz durch Aufbau e. Freizeit- & Naherholungsnetzwerkes", online: [http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbcr/SID-3DCFCFC3-5C553A5C/ooe/BauRO\\_Freizeit\\_layer\\_CityRegio\\_Freizeit.pdf](http://www.land-oberoesterreich.gv.at/cps/rde/xbcr/SID-3DCFCFC3-5C553A5C/ooe/BauRO_Freizeit_layer_CityRegio_Freizeit.pdf) (download 30.9.2007).

<sup>24</sup> vgl. Lechner/ Philipp u.a. 2006a, 2006b (Studie zur Kreativwirtschaft in der Stadtregion Linz).

### 2.3.5.5 Zusammenfassung zu den ökonomischen Beziehungen Linz-Umland

Insgesamt stellt sich das ökonomische Verhältnis zwischen der Landeshauptstadt Linz und ihren Umlandgemeinden facettenreich dar. Während einerseits von einem gut nachbarschaftlichen und unkomplizierten Verhältnis zwischen der Landeshauptstadt und den Umlandgemeinden gesprochen werden kann, kritisierten andererseits einige Experten die mangelnde Kooperation bzw. Koordination, vor allem im Verkehrsbereich.

Die Landeshauptstadt Linz gilt mit ihren vielfältigen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten auch für die einpendelnden BürgerInnen in den Umlandgemeinden als wesentliche Arbeits- und Ausbildungsstätte. Gleichzeitig wird Linz mit seinem Kultur- und Freizeitangebot deutlich und manchmal auch als konkurrierend zur eigenen Gemeinde wahrgenommen.

Trotz dieser "Anziehungskraft" der Landeshauptstadt bestehen in den Umlandgemeinden starke Tendenzen, den täglichen Bedarf an Gütern und Dienstleistungen auch vor Ort zu decken.

Das Verhältnis zwischen Linz und seinen Umlandgemeinden ist auch von Wechselseitigkeit geprägt. Denn letztere werden als Erholungsraum seitens der Linzer Bevölkerung genutzt, damit erfolgt eine Inanspruchnahme von dortigen Infrastruktureinrichtungen durch LinzerInnen.

Dazu traten in jüngster Vergangenheit die Umlandgemeinden zunehmend in wirtschaftliche Konkurrenz mit der Landeshauptstadt, wodurch auch Teile der Linzer Bevölkerung arbeitsbedingt in die Umlandgemeinden auspendeln.

## 2.3.6 Gemeindepolitik und Themen von Gemeindekooperationen

### 2.3.6.1 Verkehrsplanung und Verkehrspolitik

Als wichtigster Aufgabenbereich für gemeindeübergreifende Kooperationen wurden seitens der Experten eine Verkehrsplanung mit entsprechenden Maßnahmen, insbesondere für stark frequentierte Straßen genannt: "*Die Verkehrsströme sollen relativ rasch ungehindert ihr Ziel erreichen. Das kann nur übergreifend gehen*" (10, 38). Verkehrsplanerische Maßnahmen müssten demzufolge auch eine verbesserte Verbindung zwischen Linz und den Umlandgemeinden mit öffentlichen Verkehrsmitteln beinhalten.

Auch als "*größtes gegenwärtiges Problem in den Gemeinden*" wurde die Verkehrssituation genannt: "*An erster Stelle steht der Verkehr*" (3, 53). Laut Expertenaussagen erscheinen für die meisten Linzer Umlandgemeinden übergreifende Verkehrslösungen erforderlich und eine Verkehrsberuhigung notwendig. Andere Aspekte hatten weniger Bedeutung.

#### 2.3.6.1.1 Brennpunkte der Verkehrsplanung

Als spezielle verkehrsplanerische "*Brennpunkte*" wurden genannt (vgl. dazu insgesamt: 1, 60; 11, 41; 18, 43; 17, 43; 13, 45):

- der "*starke Regionalverkehr durch Kremstal-Bundesstraße und Autobahn*" in Ansfelden,
- die *Umfahrung Asten*,
- die stark frequentierte B1 in *Hörsching*,
- der Pendlerverkehr in *Leonding*,
- "*Verlängerung B139 neu & Verlegung ÖBB Eisenbahntrasse aus dem Ort*" in Pasching,
- ein "*vernünftiger Straßenbau [...] gute öffentliche Anbindungen*", die "*Umfahrung*" und "*ein neuer Anschluss der B139 an die A1*" in Traun sowie
- eine "*bessere Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln*" in Puchenau genannt

### 2.3.6.2 Raumplanung, Raumordnung und Flächenwidmung

Ebenfalls einer gemeindeübergreifenden Koordination bedürfen Expertenmeinungen zufolge diverse Themen der Raumordnung & Raumplanung sowie Flächenwidmungen. Die beispiele-

weise benötigte Infrastruktur zur Abfallbeseitigung und Wasserversorgung könnte *"in Verbänden noch besser und günstiger organisiert werden"* (Experte 2, 49). Eine Gemeindekooperation könnte auch jene Agenden betreffen, welche zur Zeit im Sozialhilfverband geregelt werden.

Weiters berichteten befragte Experten von bereits umgesetzten gemeinde-übergreifenden Kooperationsprojekten wie "Urfahr-West"<sup>25</sup>, *"wo sich Gemeinden zur wirtschaftlichen Kooperation zusammengeschlossen haben"* (13, 46).

Im Rettungs- und Feuerwehrwesen wurden ebenfalls Möglichkeiten einer besseren Koordination angesprochen. Eine etwaige Zusammenlegung stößt allerdings in der Praxis an ihre Grenzen, denn *"die Feuerwehr hier ist ein Großverein, das ist eine heilige Kuh"* (17, 52).

### 2.3.6.3 Umweltprobleme

Als spezifische Umweltprobleme in den Umland-Gemeinden wurden die "Mülldeponie" in Asten und die "Luftsituation" in Steyregg erwähnt (4, 54; 15, 56). Weiters wurden die "Nahversorgung" und die wirtschaftliche Wiederbelebung innenstädtischer Zonen bzw. die Ortskernentwicklung wie in Traun als Thema der Gemeindepolitik genannt (19, 42).

#### 2.3.6.3.1 Probleme der Ortskernentwicklung

Die überregionale Lösung der Ortskernentwicklung wurde seitens der befragten Experten ebenfalls mehrmals angesprochen: *"Es hat jeder Ort das gleiche Problem, dass der Ortskern verfällt"* (7, 68).

#### 2.3.6.4 Gegenwärtige Kooperationen und ihr Erfolg

Der Erfolg gegenwärtiger gemeindeübergreifende Kooperationen wurden seitens der befragten Experten unterschiedlich beurteilt. *"Dort wo sie vorhanden ist, funktioniert sie"* (15, 57). Gleichzeitig wurde auf die Bedeutung der agierenden Personen hingewiesen: *"Es kommt immer darauf an, wer dort sitzt und wer sich darum bemüht"* (2, 51).

Entgegen dieser allgemein positiven Einschätzung wurde auch Kritik geäußert: Gemeindeübergreifende Arbeit *"passiert nicht"* bzw. *"schlecht, weil es absolut keine Kooperation bzw. Koordination gibt und gewisse Dinge nicht gemeinsam gemacht werden"* (4, 50; 2, 40). Vor allem im Bereich der "Verkehrskoordination", des "Straßenbaus" und des "öffentlichen Verkehrs" gibt es nach Meinung der Befragten noch großen Handlungsbedarf (2, 49; 16, 44; 13, 45).

Aus Sicht einiger Befragter sind zielgerichtete Kooperationen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung äußerst wichtig: *"weil wir sind wirtschaftlich gesehen am Tiefpunkt angelangt"* (11, 45). Wirtschaftliche Unterstützungen seitens des Landes OÖ in Form von *"Betriebsansiedelungen über die TMG"* wurden in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt (5, 55).

#### 2.3.6.4.1 Zu den Regionalforen "Linz-Land" und "Linz-Umland"

Für Gemeindekooperationen im Kontext Linz-Umland erscheinen prinzipiell sowohl das Linz-Land Regionalforum<sup>26</sup> als auch das regionale Raumordnungsprogramm Linz-Umland<sup>27</sup>

<sup>25</sup> Zur "Region Urfahr Umgebung West" haben sich im Rahmen einer freiwilligen Gemeindekooperation die Gemeinden Eidenberg, Feldkirchen, Goldwörth, Gramastetten, Puchenau, Lichtenberg, St. Gotthard, Walding zusammengeschlossen. Zu Konzept und Aktivitäten siehe die homepage: [http://zope.region-uwe.at:10380/uwe/content/index\\_ger.html](http://zope.region-uwe.at:10380/uwe/content/index_ger.html) (download 30.9.2007).

<sup>26</sup> Das "Regionalforum Linz-Land" umfasst Linz und die 21 Gemeinden des öö. Bezirkes Linz-Land (Wilhering, Leonding, Kirchberg-Thening, Pasching, Oftering, Hörsching, Traun, Ansfelden, Pucking, St. Florian, Asten, Enns, Allhaming, Neuhofen, Eggendorf, St. Marien, Niederneukirchen, Hargelsberg, Kematen, Piberbach und Kronstorf). Zu Zielen, Aufgaben, Leitbild und Aktivitäten siehe die homepage: <http://www.shvll.at/rf/inhalt.htm> (download 30.9.2007).

<sup>27</sup> Das "Regionale Raumordnungsprogramm für die Region Linz-Umland" ist eine Verordnung gem. § 11 des öö. Raumordnungsgesetzes 1994 (LGBl. Nr. 114/1993 idF LGBl. Nr. 83/1997). Es bezieht sich auf Linz, Asten, Ansfelden, Leonding, St. Florian, Pasching, Traun, Wilhering, Altenberg, Engerwitzdorf, Gramastetten, Hellmondsödt, Kirchschlag, Lichtenberg, Puchenau, Steyregg. Hier werden Ziele für die Siedlungsentwicklung, für das Grünland,

von Bedeutung. Der Großteil der befragten Experten kannte jedoch weder das Linz-Land Regionalforum noch das regionale Raumordnungsprogramm Linz-Umland.

Nach Ansicht einer befragten Person *"herrscht grundsätzlich eine gute Zusammenarbeit"* im Linz-Land-Regionalforum, wobei *"von Linz nur irgendwelche Beamten hingeschickt werden, und von den umliegenden Gemeinden ist der Vertreter zumeist der Bürgermeister oder ein Gemeinderat. [...] Man sieht daran die Wichtigkeit, die diesem Forum von Linz gegeben wird"* (3, 50).

Andere Experten hingegen waren dem Linz-Land Regionalforum gegenüber äußerst skeptisch eingestellt: Nach Ansicht einiger Befragter fehlt der *"Standpunkt, wofür sie überhaupt eintreten"* (5, 59), und *"es ist nie ein Ergebnis da oder ein Maßnahmenkatalog"* (2, 54).

Ähnlich wurde das regionale Raumordnungsprogramm Linz-Umland seitens der befragten Experten beurteilt: einerseits *"Im Grunde genommen, ist es ein gutes Werkzeug, Strukturen zu schaffen"* (2, 53). Andererseits erklärten einige Experten, dass in der Praxis das Raumordnungsprogramm in den Gemeinden *"als Beschränkung"* erlebt wird (15, 58). Denn im Procedere werde *"auf die Individualität der Gemeinden wenig Rücksicht genommen"* (4, 51). Dem fügte ein Befragter hinzu: *"Linz nutzt den Erholungsraum der anderen Gemeinden durch raumordnerische Eingriffe"*, wodurch die *"Entwicklung beeinträchtigt"* werde (2, 53; Experte 14, 58).

#### 2.3.6.5 Zusammenfassung zu Gemeindekooperationen

Als wichtigste Aufgabenbereiche für gemeindeübergreifende Kooperationen gelten verkehrsplanerische Maßnahmen, Themen der Raumordnung und Raumplanung sowie Flächenwidmungen. Kooperationen im Bereich der Infrastruktur wurden von den Experten als erstrebenswert bezeichnet, jene im Rettungs- und Feuerwehrwesen aber als schwer umsetzbar eingestuft.

Der Erfolg gegenwärtiger gemeindeübergreifende Kooperationen wurde unterschiedlich beurteilt. Zielgerichtete Kooperationen sollten insbesondere verkehrstechnische Maßnahmen und Bauaktivitäten umfassen, um die wirtschaftliche Situation der Region positiv zu beeinflussen.

Für Gemeindekooperationen erscheinen prinzipiell sowohl das Linz-Land Regionalforum als auch das regionale Raumordnungsprogramm Linz-Umland von Bedeutung. Der Großteil der befragten Experten kannte jedoch das Linz-Land Regionalforum nicht. Soweit bekannt, wurden sowohl das Linz-Land Regionalforum als auch das regionale Raumordnungsprogramm Linz-Umland ambivalent beurteilt.

### 2.3.7 Politische Willensbildung und Entscheidungsprozesse

#### 2.3.7.1 Derzeitige politische Entscheidungen

Trotz der erwähnten Probleme in den Umlandgemeinden wurde die politische Entscheidungsfindung in den Gemeinden als nicht zu schwierig beschrieben, weil es beispielsweise im Gemeinderat *"eine absolute Mehrheit einer Partei gibt"* (2, 59). Auch sonst gilt: *"Große Probleme sind mir da eigentlich nicht bekannt"* (10, 44); in diversen Ausschüssen und Gremien werden Vorschläge behandelt, entsprechende Maßnahmen erarbeitet und in der Folge dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt.

Die Entscheidung im Gemeinderat erfolgt zumeist einstimmig bzw. mehrheitlich: *"Die anderen sind in der Opposition und melden sich zwar auch, aber es geschieht, was die Mehrheit sagt"* (17, 53). *"Die starke Mehrheit diktiert schon ein bisschen was läuft"* (1, 68). Kritisch zur Entscheidungsfindung merkte ein 1n: *"Es gibt keine Gespräche mit anderen Parteien oder anderen Interessensgruppen, weil es völlig egal ist"* (2, 64).

---

und für das Verkehrssystem definiert und Maßnahmen definiert, die Änderungen der Flächenwidmung betreffen. (Text: [http://doris.ooe.gv.at/fachinfo/raumplanung/files/ROP\\_LinzUmland/Verordnungstext\\_Linz-Umland.pdf](http://doris.ooe.gv.at/fachinfo/raumplanung/files/ROP_LinzUmland/Verordnungstext_Linz-Umland.pdf)).

#### 2.3.7.1.1 Spezialthemen der Gemeindepolitik

Einige Experten wiesen auf gemeindespezifische Situationen und Probleme im Entscheidungsfindungsprozess hin. In Pasching *"war man sich bei Sachthemen parteiübergreifend immer sehr schnell einig, aber in der aktuellen Situation [...] (causa "Böhm", I.M.) läuft es da nicht mehr so rund"* (11, 43). Die Gemeinde Pasching versucht deshalb zur Zeit Maßnahmen der Bürgerbeteiligung zu implementieren: *"Es dauert halt lange, weil man abhängig ist von öffentlichen Geldern und den überregionalen Planungen"* (14, 53).

Schwierigkeiten bei gemeindeübergreifenden Entscheidungen werden aus Sicht der Experten in Leonding wie folgt geschildert. *"Dort, wo es sich herausstellt, dass es nicht nur Angelegenheit der Leondinger ist, sondern auch der Linzer"* (8, 47).

#### 2.3.7.1.2 Problemzonen bei Entscheidungen

Nach Expertenaussage können aufgrund der angespannten finanziellen Situation in etlichen Gemeinden zur Zeit *"nur die notwendigsten"* Maßnahmen durchgeführt werden, was sich beispielsweise negativ auf Aktivitäten im Straßenbau auswirkt (15, 63; 3, 55). In Steyregg wurden Probleme aufgrund von Flächenumwidmungen bei Gewerbe- & Sportflächen geschildert: *"das war sicher politisch sehr umstritten"* (16, 58). Demgegenüber galt es in Puchenau als schwierig, entsprechende *"Infrastrukturmaßnahmen zu setzen, Hotelbetriebe herzubringen, oder einen gemeinsamen Sportverein"* zu initiieren (13, 50).

#### 2.3.7.2 Bürgerbeteiligung und Bürgernähe

Die Experten wurden um ihre Einschätzung politischer Entscheidungsprozesse gebeten, wobei Aspekten der Willensbildung und Bürgerbeteiligung in den Umlandgemeinden besondere Bedeutung zukam. Ein weiteres Thema bildeten die Partizipationsmöglichkeiten bestimmter Gruppen bzw. Interessen am Willensbildungsprozess.

##### 2.3.7.2.1 Allgemeine "Bürgernähe"

Die politischen Entscheidungsprozesse auf Gemeindeebene verlaufen zur Zeit (Expertenaussagen zufolge) durchaus bürgernahe. *"Grundsätzlich wird zunächst auf die Bürgerinteressen geschaut"* (3, 61). Im Vordergrund bei der politischen Entscheidungsfindung steht auch, ob es in der Bevölkerung *"irgendwelche Anliegen"* gibt (10, 46).

Obwohl politische Entscheidungen in den Umlandgemeinden grundsätzlich als bürgernahe beschrieben wurden, bezeichneten manche Experten diese als *"parteinahe, aber nicht bürgernahe"* (7, 73). Als weitere Grenzen einer in der Praxis gelebten Bürgernähe wurde angemerkt: *"Aber man kann nicht immer auf alle Wünsche eingehen"* (10, 46). Und: die Entscheidungen werden auch *"stark vom Bürgermeister aus betrieben und auch umgesetzt"* (16, 65).

##### 2.3.7.2.2 Bürgernähe und Entscheidungsprozesse

Eine praktische Differenzierung in kurz- und langfristige Entscheidungen mit entsprechenden Konsequenzen einer Bürgerbeteiligung ist laut Expertenaussage *"auch klar"* (10, 46). Den Politikern wurde generell *"ein guter Weitblick"* attestiert (5, 66). Nach Meinung der Experten wird dabei auch *"langfristig gedacht - Hochwasserschutzdamm, Sportzentrum, Badezentrum, Gewerbezentrum, Betriebsbaugelände"* (20, 65).

Trotz dieses generell positiven Befundes wurde hinsichtlich Budget- & Finanzplanung Kritik geäußert: *"Es gibt keine Entwicklungspläne über Betriebskosten kommunaler Einrichtungen, es gibt keine System-Betrachtung – nur Mindeststandards vom Land, aber keine Finanzplanung im eigentlichen Sinn"* (2, 68).

### 2.3.7.2.3 Informationsflüsse

Um eine formelle Entscheidung in den zuständigen Gemeindegremien zu erwirken, bedarf es einer entsprechenden Willensbildung und Bürgerbeteiligung in der Gemeinde. Als wichtiger Bestandteil in der Willens- und Meinungsbildung wurde von den befragten Experten die *Informationsverbreitung* genannt, welche zumeist durch die Gemeinde direkt oder die politischen Parteien erfolgt. *"Es gibt diverse Statements der Politiker über Flugblätter und Zeitungen"* (15, 67). Vordergründig erfolgen Informationen von d. Gemeinde oder von lokalen politischen Parteien, *" wo jede auf ihre Art informiert"* (6, 62).

Die Bedeutung lokaler Medien wurde in diesem Zusammenhang ebenfalls angesprochen: *"Wir haben einige Organe und Medien, da werden sicher alle Probleme aufgegriffen. Alle politischen Richtungen haben ihre Medien, da wird meist viel kritisiert"* (17, 55).

Expertenaussagen zufolge werden Entscheidungen allgemein unter Bürgerbeteiligung, aber *"manchmal [...] auch im Alleingang getroffen"* (6, 62). Um die realen Grenzen der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene aufzuweichen, wurden Bestrebungen für ein *"Bürgerforum und bessere Informationen in der [...] Tageszeitung [...], damit es wirklich zu einer Beteiligung kommen kann"*, genannt (12, 38).

### 2.3.7.3 Einfluss lokaler Akteure

Manche Experten sahen generell keine Bevorzugung bzw. Benachteiligung spezieller Bevölkerungsgruppen, sich an der politischen Willensbildung in der Gemeinde zu beteiligen: *"Die Chancen sind für alle gegeben"* (4, 69). *"Also in irgendeiner Form hat jeder die Möglichkeit [...] über Interessensvertretung oder der Bürger direkt, indem er halt ins Rathaus geht"* (10, 49). *"Jede Gruppe kann sich einbringen, Vorschläge einbringen"* (18, 74).

Dennoch vertraten die Experten die Ansicht, dass die Beteiligung an der politischen Willensbildung eine *"Holschuld ist - da muss ich mal nachfragen und nicht nur immer jammern"* (16, 54). *"Es gibt welche, die den Mund weiter aufmachen, die werden besser gehört [...]. Unausgesprochenes und Kritikloses wird nicht gehört"* (17, 58). Obwohl grundsätzlich alle BürgerInnen Beteiligungschancen haben, wurde jenen Personen bzw. Gruppierungen, *"die hartnäckig sind und einen langen Atem haben"* größere Möglichkeiten eingeräumt (6, 66).

Gleichzeitig sah ein Großteil der Befragten implizit bessere Beteiligungschancen von solchen einer Partei nahestehenden Personen bzw. *"Gruppierungen der stimmenstärksten Fraktion"*: *"von der richtigen Partei, die die absolute Mehrheit hat"* (6, 68). *"Jene, die denen eben politisch näher sind"* (7, 78). *"In erster Linie sind es die einzelnen Gruppierungen, die es im Umfeld einer Partei gibt"* (9, 72).. *"SPÖ Gruppen haben gute Chancen, alle anderen haben fast keine Chancen"* (2, 72). *"Hier sicher die SPÖ-nahen"* (1, 72).

Weiters wurden von den Experten bessere Beteiligungschancen industrieller bzw. gewerblicher Unternehmen angesprochen: *"Firmen, die Steuern und Abgaben entrichten, haben entsprechende Aussagekraft, das ist aber ganz logisch"* (5, 72).

Zusammenfassend ist anzumerken: Um eine formelle Entscheidung in zuständigen Gemeindegremien zu erwirken, bedarf es einer entsprechenden Willensbildung und Bürgerbeteiligung in der Gemeinde. Als wichtiger Bestandteil zur Sicherung von Bürgernähe und Partizipation wurde eine zumeist über die Gemeinde oder politische Parteien erfolgende Informationsverbreitung genannt. In diversen Ausschüssen und Gremien werden Vorschläge behandelt, entsprechende Maßnahmen erarbeitet und in der Folge dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt. Die Entscheidung im Gemeinderat wird zumeist einstimmig bzw. mehrheitlich getroffen.

Obwohl alle BürgerInnen grundsätzlich gleiche Beteiligungschancen im politischen Willensbildungsprozess haben, wurden als lokale Akteure von besonderer Bedeutung Personen bzw. Gruppierungen der stimmenstärksten Fraktion im Gemeinderat genannt. Auch die Beteiligungschancen industrieller bzw. gewerblicher Unternehmen wurden besser eingeschätzt.

### 2.3.8 Gemeindezusammenlegungen im Großraum Linz konkret

Historische Aspekte früherer Gemeindezusammenlegungen, aber auch die Vor- und Nachteile wurden ebenso wie die Folgen einer aktuellen Eingemeindung der Linzer Umlandgemeinden thematisiert. Einen weiteren wichtigen Aspekt bildete die Einschätzung, inwieweit sich die kommunale Entscheidungskompetenz durch eine Gemeindezusammenlegung verändert bzw. welche Modelle zur Sicherung dieser angewendet werden sollten. Die Experten wurden auch gebeten, ein kommunales Stimmungsbild hinsichtlich der Befürworter bzw. Gegner zu zeichnen.

#### 2.3.8.1 Historische Aspekte und darauf bezogene Meinungsbildung

Die Befragten wurden um eine Einschätzung bisheriger Gemeindezusammenlegungen im Großraum sowie um eine Darlegung der damit verbundenen Vor- und Nachteile gebeten.

##### 2.3.8.1.1 Erstes Stimmungsbild angesichts historischer Erfahrungen

Zu den konkreten historischen Erfahrungen bisheriger Eingemeindungen konnten zahlreiche Befragte keine Einschätzung (mehr) abgeben: *"Da haben wir ja keine eigenen Erfahrungen ... da können wir nur vom Hörensagen urteilen"* (16, 78). Die befragten Experten verbanden damit einerseits generell einen Prozess *"langsamen"* und *"logischen Wachstums"* bzw. eine *"naturgemäße"* Entwicklung (16, 81; 12, 41). Daher spreche gegen eine (neuerliche) Gemeindezusammenlegung auch die Tatsache, dass diese Strukturen im Vergleich zu den historischen Beispielen wie Urfahr, Ebelsberg und St. Magdalena nicht *"gewachsen"* wären und dass es teilweise auch naturbedingte *"räumliche Trennungen"* gebe (16, 100; 3, 72)<sup>28</sup>.

Laut Experten basiert historisch gesehen die Eigenständigkeit bzw. Überlebensfähigkeit von Gemeinden auf ausreichend zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln durch Wirtschaft und Industrie, was ja bei historischen Eingemeindungen oft Motiv der Zustimmung zur Eingemeindung nach Linz war (vgl. Altmüller 1965, 37ff.). Die Mehrheit der Befragten stand unter diesen Aspekten einer Zusammenlegung der Umlandgemeinden mit der Landeshauptstadt Linz eher skeptisch gegenüber und sah diese Debatte *"anlässlich der Sparpolitik aktuell"* werden (9, 43).

In erster Linie verbanden die Experten damit Probleme einer folgenden *"Zentralisierung"* (19, 58; 17, 62), denn im Falle einer Zusammenlegung müssten die Verwaltungsleistungen und ein entsprechender *"Behördenapparat"* finanziert werden (10, 54). Als besonders problematisch wurde dabei die finanzielle Aufteilung der Gelder innerhalb der neuen Großgemeinde über *"einfache und transparente Strukturen"* erlebt (12, 41), was auch die Installierung neuer Strukturen voraussetzen würde: *"Wir sind (dann) ein Großraum, wir brauchen eine gemeinsame Planungsstelle und die Bürgermeister bzw. Vertreter von diesen (Teil-)Gemeinden sind in einem Gemeindeparlament dieser Großgemeinde"* dann zwingend einzubinden (12, 41)

Gleichzeitig betonten sie den Verlust an Selbständigkeit und Überschaubarkeit kleinerer Gemeinden: *"da gibt es **eine** Stadt [und wir sind aber] Landgebiete mit kleineren Strukturen, was durchaus geschätzt wird"* (16, 81). Da die Interessen der Umlandgemeinden zuwenig Berücksichtigung finden würden, entstünden auch Identitätsprobleme: *"Die Identität der Leute hängt sehr davon ob, wie überschaubar der Rahmen ist, in dem die Entscheidungen getroffen werden"* (6, 73). Häufig wurde daher auch explizit die **"Aufgabe der Identität"** angesprochen (5, 91): *"Dass die Bevölkerung sehr wohl gestört oder irritiert wäre, wenn man plötzlich ein Bruchteil von Linz wäre"* (11, 53). *"Persönlich für mich, bei einer Zusammenlegung von Hörsching und Pasching [mit Linz], da geht schon ein Stück Identität verloren"* (7, 91).

Einige Experten betonten allerdings auch mögliche Infrastruktur-Vorteile, die jetzt schon sichtbar seien. Die Anbindung an das öffentliche Linzer Verkehrsnetz, die in einigen Gemeinden zur Zeit schon besteht, sowie weitere verkehrstechnische Themen wurden hierbei erwähnt (11, 53). Einige Befragte sprachen sich für die Errichtung eines *"großen Topfes für Infrastrukturmaßnahmen"* und eine Verstärkung gemeindeübergreifender Kooperationsprojekte aus (13, 65).

<sup>28</sup> Gemeint waren hier u.a. die Donau als Trennung von Linz hinsichtlich des historischen Steyregg.

### 2.3.8.1.2 Vor- und Nachteile bisheriger Gemeindezusammenlegungen

**Als Vorteile** aus den historischen und aktuellen Erfahrungen von Urfahr, Ebelsberg und St. Magdalena nannten die Befragten in erster Linie die verkehrstechnische und infrastrukturelle Anbindung an das Stadtgebiet: *"Es gibt sicher Vorteile [...] verkehrstechnisch"* (17, 100); *"Vorteile sicherlich, dass sie ... besser erschlossen sind (Nahverkehrslinien)"* (15, 80); *"Städtische Verkehrsanbindung denke ich, dann Infrastruktureinrichtungen bis hin zu 'Privilegien', die die Stadt für ihre Einwohner vergibt (Seniorenkarte, vergünstigte Verkehrsmittel, ...)"* (16, 85). *"Ebelsberg hat jetzt ein tolles Straßenbahnnetz ..., das ist ein klarer Vorteil. [...]. Wenn das Verkehrsnetz und Straßenbahnnetz auf einmal anders wäre, wäre das für alle ein Vorteil."* (19, 65).

Als weitere mögliche Vorteile einer Zusammenlegung für die Bevölkerung wurden der Ausbau bzw. die Verbesserung der *"Einkaufssituation"* und *"Nahversorgung"* erwähnt (3, 78). Auch wurden geringere administrative Aufwendungen, weitere Bauaktivitäten und die Errichtung eines entsprechenden Schulangebotes angesprochen: *"Im Raum Pichling-Ebelsberg, da ist es gelungen eine höhere Schule zu installieren"* (13, 73).

**Nachteilig** erschien den befragten Experten jedoch die *"Zentralisierung, dass die Leistungen nicht mehr vor Ort sind"* und damit verbunden eine Aufgabe von Selbständigkeit (19, 60): *"Nachteil wird sein, dass man nicht mehr selbstständig und eigenständig Entscheidungen treffen kann. Ebelsberg und Urfahr sind jetzt abhängig von einem [Linzer] Bürgermeister und können sich selbst weniger beteiligen und weniger bewegen"* (15, 81). *"Du bist im Prinzip dann irgendwo 'am letzten Ende'; und die, die am letzten Ende sind, werden dann nicht mehr das Gewicht haben, um Dinge zu vertreten, die notwendig wären"* (4, 81).

Mit einer Eingliederung der Umlandgemeinden verbanden die Befragten auch konkrete Nachteile hinsichtlich Identität und Sinnstiftung (3, 78). *"Mir kommt vor, die [= die Urfahrer oder Ebelsberger] kämpfen bis zum heutigen Tag um den Erhalt der Identität"* (14, 70). Auch auf die Tatsache, dass die Identität mit der Dauer der Gemeindezugehörigkeit variiert, wurden in diesem Zusammenhang nochmals hingewiesen: *"Den 'alten Haidnern'<sup>29</sup> wird es nicht egal sein, ob sie bei Linz sind, den jungen wahrscheinlich schon, weil die haben sowieso die Identität mit dem Ort nicht"* (2, 82).

Entgegen den Argumenten von Klug (Klug 2003a) wurde aus historischen Erfahrungen auch die *finanzielle Situation* bei einer Gemeindezusammenlegung als eher problematisch wahrgenommen. Es gebe ganz konkret *"eindeutig finanzielle Nachteile"* wie insbesondere die *"Tilgung des Schuldenberges [von Linz]"* (11, 53). Der finanztechnische Verlust der *"Speckgürtel-Vorteile"* (s.o.) wird ebenfalls als *"Nachteil, ... vielleicht finanzielle Aspekte, weil die Mittel ja jetzt zusammenfließen"* (7, 87) wahrgenommen.

Mit bisherigen Gemeindezusammenlegungen im Großraum Linz verbanden die Experten also in erster Linie Nachteiliges, wie eine *"Zentralisierung"* sowie den Verlust an Selbständigkeit und Überschaubarkeit, welche in der Folge von Identitätsproblemen begleitet würden. Als Nachteile wurden ferner *'Verlust selbständiger politischer Gestaltungsmöglichkeit'* und *'zentrale Verwaltung finanzieller Mittel'* wahrgenommen, die von den Problemen und Interessen der Zentralstadt zu Lasten der eingemeindeten Kommunen bestimmt sei (u.a. wegen der Verschuldung).

Vorteilhaft erschienen die verkehrstechnische und infrastrukturelle Anbindung an das Linzer Stadtgebiet, ebenso wie Infrastrukturaspekte (z.B. *'Verbesserung der Nahversorgung'* und *'Ausbau des Schulangebotes'*). Auch geringere administrative Aufwendungen wurden genannt.

### 2.3.8.2 Heutige Einschätzung der Folgen einer Gemeindezusammenlegung

Die Experten wurden zu den Vor- und Nachteilen einer Gemeindezusammenlegung und möglichen strukturellen Veränderungen pro futuro befragt. Besondere Bedeutung hatten dabei sowohl die (vermutete) Sichtweise der BürgerInnen in den Umlandgemeinden als auch die Auswirkungen auf spezifische Organisationen im jeweiligen kommunalen Bereich.

<sup>29</sup> "Haidner" = Bewohner(Innen) des Orteils Haid in der Gemeinde Ansfelden, der als historischer Kern der Ortsgemeinde gesehen wird.

Die Folgen einer Gemeindegemeinschaftsbeurteilung beurteilten die Befragten durchwegs zurückhaltend. *"Ich sehe keinen großartigen Vorteil"* (3, 83). Eine durchaus nötige und sinnvolle *"Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg"* erschien den Befragten auch *"ohne eine Gemeindegemeinschaftsbeurteilung"* möglich (6, 79), etwa durch Verbesserung bestehender Instrumente der Gemeindekooperation. Ein Experte wies auch auf explizite politische Aktivitäten in der Vergangenheit hin, um eine **Eingemeindung zu verhindern** (12, 69).

#### 2.3.8.2.1 Wahrgenommene Vorteile einer Gemeindegemeinschaftsbeurteilung

- **Verkehr**

Als mögliche positive Folge einer Gemeindegemeinschaftsbeurteilung im Großraum Linz wurde wiederum primär die Verkehrsthematik angesprochen: *"Dass in größeren Räumen gedacht wird. Mir fällt als ... Wichtigstes immer die Verkehrssituation ein"* (1, 85). *"Das einzige, was ... für eine Linzer [Groß-]Gemeinde interessiert wäre (ist), sich verkehrstechnisch besser zu erschließen. Die Bevölkerung fließt schneller hin und her und wird so schneller zu einer Gemeinde."* (15, 84).

- **Kultur, Bildung, Soziales**

Die Mehrheit der Befragten bezweifelt, dass sich das Kultur- bzw. Bildungsangebot und die Sozialeinrichtungen durch eine Gemeindegemeinschaftsbeurteilung wesentlich verändern würden. Angebote der Zentralstadt würden ohnehin bleiben, und sich in einer neuen Gemeindegemeinschaftsstruktur auch nicht ändern: *"Bildung und Kultur ist sowieso offen. Ich kann Bildung und Kultur wechselseitig annehmen. Da haben Steyregg und alle umliegenden Gemeinden einen Vorteil. Wir sind eben nahe an Linz, wo das Bildungsangebot groß ist"* (16, 88). *"Es ist ... egal, ob das in der Nachbargemeinde ist oder nicht, es wird dadurch [vor Ort] nicht besser und nicht schlechter"* (2, 85).

Aus Sicht der Experten ist die soziokulturelle Infrastruktur der Umlandgemeinden daher durchaus gut ausgestattet. Durch die Tätigkeit von Vereinen und wichtigen Organisationen (wie den Kirchen) stellt sich das kulturelle und soziale Angebot vor Ort als für derzeitige Bedürfnisse ausreichend dar. Darüber hinaus erleichtert die individuelle Mobilität eine Partizipation an zentralstädtischen Angeboten im Kultur- und Bildungsbereich, ohne dass hier unmittelbare Vorteile durch eine Eingemeindung gesehen werden.

- **Bevölkerungsgruppen**

Ähnlich, wenn auch differenzierter, wurden Folgen für unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, wie ältere bzw. jüngere GemeindegemeinschaftsmitgliederInnen sowie für lokale Vereine eingeschätzt. *"Wir haben die Vorteile. Die Frage stellt sich nicht. Für welche Personengruppen soll es anders werden"* (16, 88). *"Die Bürger berührt es nicht, weil die Bürger in allen Fällen die gleichen Abgaben zu zahlen haben"* (2, 88). *"Vielleicht die Älteren, die haben Nachteile, wie bei den Spitälern"* (19, 65). *Ein weiterer Befragter sah Vorteile für die 'mittlere Altersschicht', die in Linz arbeiten und [...] die Schüler, die bessere Ausbildungsstätten problemloser besuchen könnten"* (13, 73).

- **Verwaltungsreform und Gemeindefinanzierung**

In erster Linie wurden *"Einsparungen im Verwaltungsbereich"* bzw. die *"Einsparung einer Bezirkshauptmannschaft"* sowie Verbesserung des finanzieller Mittel aufgrund einer eventuell veränderten *"Verteilung der Fördergelder"* als vorteilhaft erwähnt (1, 86; 9, 47; 15, 84; 6, 80). Als weitere Vorteile im Verwaltungsbereich wurden infrastrukturelle und raumplanerische Maßnahmen sowie der *"Ausbau spezifischer Einrichtungen wie im Sozialbereich"* angeführt. (7, 90; 11, 57, 6, 80).<sup>30</sup>

Manche sahen positive Folgen im finanziellen Bereich: *"Das wäre positiv, weil wir aus dem großen Topf schöpfen können. Die Finanzmittel ... kämen [zwar] direkt nach Linz. Linz selbst würde [aber] nicht unmittelbar profitieren, weil ja mehr Finanzen [zu uns] fließen müssten"* (13, 78).

---

<sup>30</sup> Teilweise wurden aber auch mögliche Verschlechterungen im Verwaltungsbereich, wie Öffnungszeiten des Kindergartens oder des Altstoffsammelzentrums genannt (4, 80).

Insgesamt ist somit anzumerken: Als positive Folge einer Gemeindezusammenlegung im Großraum Linz wurden die Verkehrsproblematik, administrative Einsparungen sowie eine verbesserte Verteilung von Fördergeldern angeführt. Aufgrund der gut ausgestatteten Infrastruktur in den Umlandgemeinden und der Tätigkeit von Vereinen und Organisationen dort gilt das kulturelle wie soziale Angebot vor Ort durchwegs als ausreichend. Eine Gemeindezusammenlegung würde daher aus ExpertInnen-Sicht dieses Angebot nur teilweise verbessern.

#### 2.3.8.2.2 Wahrgenommene allgemeine Nachteile einer Gemeindezusammenlegung

- **Gemeindefinanzierung und Verwaltungsreform**

Neben den bereits o.a. Problemen einer Überwälzung von Schulden der Zentralstadt (Linz) auf die neue Großgemeinde wurden auch weitere finanziellen Konsequenzen einer Zentralisierung als möglicher Nachteil erwähnt: "*Schwierig wird es mit dem Finanzausgleich [im Detail], wie Bezirkskrankenbeiträge, [Sozialverbandsbeiträge, Schulbeiträge], usw.*" (3, 85). Hier ist der Hinweis wesentlich, dass nicht nur Fragen der Globalfinanzierung über den Finanzausgleich, sondern weitere Regelungen der direkten und indirekten Gemeindefinanzierung hinsichtlich ihrer regional vernetzten Versorgungsausgaben im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich im alten und neuen Kontext (Einzelgemeinden vs. Großgemeinde) zu beachten sind.

Weitere Befürchtungen betrafen eine wahrscheinliche "Optimierung" verschiedener kommunaler Leistungen nach **Einsparungs- und Zentralisierungsgesichtspunkten**: "*Verwaltungstechnisch bringt es nur dann etwas, wenn ich das Leistungsangebot kürze, weil optimieren kann ich es auch miteinander*" (2, 90). Mit dieser "Optimierung durch Einsparung" wurde Verlust von Infrastruktureinrichtungen wie "*Bezirkstellen von Gerichten und Organisationen*" verbunden (19, 65). "*Alle behördlichen Wege würden sich ... verlängern, verschlechtern, verzögern und dergleichen*" (10, 56). Ohne örtliche Servicestellen würden sich Wege "*dramatisch*" verlängern (11, 62); "*Es könnte sein, dass man [dann] nach Linz fahren muss; z.B. [für] Veranstaltungsmeldungen, Polizei etc. ... [dies ist] im Ort, wo man sich kennt, ... unproblematischer zu erledigen*" (6, 90).

- **Politische Vertretung und Partizipation**

Hier herrschen massive Bedenken: "*Dass man einen politischen Ansprechpartner verliert, der wirklich was zu sagen und zu entscheiden hat. Weil es gibt dann ... keinen Gemeinderat mehr, der vor Ort vertreten ist, den man ansprechen kann*" (2, 90). Es wurde hier auch die Befürchtung ausgesprochen, "*dass bei zentralen Entscheidungen die Randgemeinden zu wenig beachtet werden*" (6, 85). Hier hätte hinsichtlich der Mitwirkung an Entscheidungen eine Gemeindezusammenlegung "*absolute Nachteile, denn was machen 5.000 innerhalb von 300.000, das hat keinen Wert, auch bei Wahlen*" (14, 78). Mehrere befragte Experten äußerten die Angst vor finanziellen Einbußen bzw. einer nachteiligen Aufteilung finanzieller Mittel und einem drohenden Bedeutungsverlust (5, 90; 12, 45). "*Aber wir müssen das Geld alles abliefern und von der Zentrale wird es dann verwendet für Dinge, die dem Zentrum in Linz für gut und wichtig erscheinen. Wir haben da wenig Mitspracherecht*" (17, 71).

Die Experten nannten für den politischen Bereich den "*Verlust des Kontaktes zwischen politischen Akteuren und der Bevölkerung*", aber auch spezifische Nachteile für die Profession des Politikers und örtliche Protagonisten, wie "*Verlust von Amt, Ansehen und Gehalt*" (1, 94; 4, 85). Eine geringe Einbindung in neue zentralstädtischen Entscheidungen, verringerte Eigenständigkeit, verbunden mit politischer Distanz und mit (deswegen befürchteten) finanziellen Einbußen durch Umverteilung ins Zentralbudget gelten ebenfalls als nachteilig (15, 88; 18, 83).

Als spezifische Bevölkerungsgruppe mit Nachteilen in der neuen Großgemeinde wurde insbesondere die "*bäuerliche Bevölkerung*" angeführt (13, 75). Da in den "Eingemeindungs-Gemeinden" aus historischen Gründen diese Bevölkerungsgruppe politisch besonders relevant ist, sind hier politische Widerstände und Meinungsbildungsprozesse besonders bedeutsam.

- **Sozio-kulturelle und sozio-ökonomische Integration**

Auch das in den Gemeinden vorhandene Integrationspotential über Vereine und andere lokale Organisationen würde sich verringern, *"die Identifikationen würden dünner werden und aufhören"*, wodurch sich folglich die derzeitige soziokulturelle Lebensqualität der BürgerInnen reduzieren würde (16, 92). *"Direkt für den Menschen bezweifle ich, dass sich eine bessere Situation ergeben könnte"* (6, 78).

Neben der derart verringerten sozio-kulturellen Bürgernähe in der Gemeindeorganisation wurde auch die ausgedünnte sozio-ökonomische *"Bindung und Beziehung zu Kunden"* durch dann (nach und nach) fehlende Unternehmen der Nahversorgung als Nachteile bezeichnet (9, 49).

Gleichzeitig wurden Nachteile eines Lebens in einer neuen "Großstadt = Großraum Linz" betont. Das neue Linz als "Großraum Linz" wäre eine echte Großstadt mit mehr als 300.000 EinwohnerInnen: *"Das Großstadtleben empfinde ich als Nachteil, wenn eben dann alles bis Enns eine Stadt ist. Der Großstadtcharakter ist ein Nachteil."* (5, 84). Durch einen neuen Großraum Linz entstünden *"Gruppengrößen, wo man in die Anonymität kommt"*, womit ein Verlust an Identität und die *"Angst, in der Masse zu verschwinden,"* einhergeht (2, 78; 6, 83).

Aufgrund *"spezifischer förderlicher Strukturen in den derzeitigen Gemeinden"* könnten sich auch die Integrationsprobleme ausländischer MitbürgerInnen in einer neuen Groß-Gemeinde verschärfen (19, 69).

Zusammengefasst: Als Nachteile einer möglichen Gemeindezusammenlegung wurden verringerte Eigenständigkeit, geringe Entscheidungseinbindung sowie insbesondere finanzielle Einbußen durch Umverteilung ans Zentrum angesehen. Weitere Befürchtungen betrafen eine folgende *"Optimierung = Reduzierung"* des kommunalen Leistungsangebotes, welche die vorhandene Infrastruktur reduzieren könnte. In Folge einer Gemeindezusammenlegung ginge nach Ansicht der Experten wahrscheinlich der Kontakt zwischen politischen Akteuren und der Bevölkerung verloren, und politische Akteure hätten mit spezifische Nachteilen (Amtsverlust etc.) zu rechnen. Dazu kämen Verringerungen der sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Integration, die derzeit in einer kleinräumigen Struktur besser funktionierten.

#### 2.3.8.2.3 Auswirkungen auf spezifische Organisationen in den Gemeinden

Die Folgen einer Gemeindezusammenlegung für die jeweiligen spezifischen Organisationen hinsichtlich Struktur, Finanzen und Mitgliederentwicklung wurden seitens der Experten unterschiedlich, jedoch mehrheitlich negativ beurteilt.

- **Politische Organisationen**

Für politische Organisationen (Parteien) wurden einerseits *"finanzielle Umverteilungsprobleme"*, andererseits *"Rekrutierungsprobleme aufgrund mangelnder Mitgestaltungsmöglichkeiten"* angesprochen (19, 72; 17, 71; 4, 89): *"Viele Mitarbeiter würden wegfallen, die jetzt im Gemeinderat sitzen und dadurch motiviert sind, selbst entscheiden zu können. Die politisch aktiven Leute werden weniger werden"* (2, 93). Manche Experten befürchteten sogar eine Auflösung der lokalen (politischen) Organisation im Zuge einer Gemeindezusammenlegung (7, 95). *"Uns gibt es dann nicht mehr"* (3, 89).<sup>31</sup>

- **Kirchliche Struktur**

Auswirkungen auf kirchliche Strukturen wurden generell eher verneint (17, 74; 1 101). *"In unserem Bereich der Kirche glaube ich [solche Auswirkungen eher] nicht, weil die Kirchenstruktur unabhängig von der staatlichen ist"* (6, 91)

- **Kulturvereine**

Teilweise wurden mögliche negative Konsequenzen für kulturelle Vereine, wie der Verlust von Subventionen angeführt (7, 90).

---

<sup>31</sup> Ein weiterer Teil der Befragten verneinte aber Auswirkungen aufgrund der veränderten organisatorischen Selbstständigkeit (10, 58; 5, 95).

Zusammenfassend ist anzumerken: Politische Organisationen würden einerseits von finanziellen Umverteilungsproblemen, andererseits von Rekrutierungsprobleme aufgrund mangelnder Mitgestaltungsmöglichkeiten betroffen sein. Auswirkungen auf kirchliche Strukturen als Folge einer Gemeinde-zusammenlegung wurden generell eher verneint, negative Folgen für das lokale Vereinsleben wie der Verlust an Subventionen wurden eher befürchtet.

### 2.3.8.3 Partizipative Entscheidungsmöglichkeiten

Im Falle einer Gemeindezusammenlegung erscheinen kommunale Partizipationsmöglichkeiten sowie Entscheidungskompetenzen von wesentlicher Bedeutung. Deshalb sollten die Experten einschätzen, inwieweit aus ihrer Sicht eine Zentralisierung politischer Entscheidungen unausweichliche Folge in einem "Großraum Linz" wäre. Gleichzeitig wurden sie zu notwendigen Bereichen und möglichen Modellen kommunaler Entscheidungsfindung befragt. Die Begriffe Ortschaftsverfassung, Ortschaftssprecher und Ortschaftsparlament wurden dabei genauso wie Formen ortschaftsbezogener Wahlen thematisiert.

#### 2.3.8.3.1 Veränderung kommunaler Entscheidungskompetenzen: Souveränitätsverlust vs. Stärkung der Gesamtsicht

Die befragten Experten stimmten dem Argument, dass bei einer Gemeindezusammenlegung Entscheidungen zentralisiert würden und daher weniger Einflussmöglichkeiten von Betroffenen gegeben seien, mehrheitlich zu. Dabei wiesen sie wieder auf den Verlust an Identifikation und "**Souveränität**" durch eine Zentralisierung hin (8, 75). "*Leben in einer Gemeinde besteht aus einer Identifikation zur Gemeinde. Eine zentralistische Verwaltung würde auch zu einem Identifikationsverlust führen*" (15, 97). "*[Ein möglicher neuer] Stadtsenat besteht dann aus 50 Personen. Wo bleibt dann ... Individualität, Schnelligkeit und Unmittelbarkeit? Außer man löst das mit einem Bezirksvorstehertum [nach Wiener Vorbild], wo Entscheidungen ohne den Bürgermeister getroffen werden*" (3, 93). Ein weiterer Befragte schilderte seine Befürchtungen wie folgt: "*Aber das Große geht in einem gemeinsamen Wir auf.*" (14, 84).

Andere Experten stimmten dem Zentralisierungsargument in Folge einer Gemeindezusammenlegung weniger zu und äußerten sich zu etwaigen Veränderungen eher optimistisch: "*Ich weiß nicht, ob jetzt die Bürger so viel Einfluss nehmen auf Gemeindeentscheidungen. Da entscheidet [derzeit ja auch nur] einer [= der Bürgermeister]*" (6, 99). Gleichzeitig würde eine Gemeindezusammenlegung die Gesamtsicht gegenwärtiger Probleme verbessern, welche folglich "*besser in den Griff zu bekommen*" wären (13, 81).

#### 2.3.8.3.2 Notwendige lokale Entscheidungskompetenzen nach Zusammenlegung

- **Lokale Kompetenzbereiche**

Als notwendige Bereiche einer verbleibenden kommunalen Entscheidungskompetenz "vor Ort" der alten Ortsgemeinden, auch nach einer Gemeindezusammenlegung, wurde die Infrastruktur im weiteren Sinne erwähnt: "*Eigentlich alles, was in der Gemeinde damit [mit Infrastruktur] zutun hat, z.B. Kindergärten, Schulen, Bildungsbereich, allgemeine Infrastruktur*" (19, 77); "*Speziell dort, wo es um ... Einrichtungen geht, was Altersversorgung ist, was Schulwesen ist, was im direkten Zusammenhang mit dem Menschen ist*" (5, 97); "*Ver- und Entsorgungsmaßnahmen, Sozialhilfeverbände und Flächenwidmung*", der "*Baubereich*", die "*Ansiedlung von Betrieben*" und der "*öffentliche Verkehr*", welche alle "*sicher auch nur in Absprache mit den unmittelbar Betroffenen*" vor Ort entschieden werden können (3, 95; 1, 109).

- **Lokale Entscheidungsstrukturen**

Nach Ansicht der Befragten erfordert eine solche lokal fokussierte Entscheidungskompetenz grundsätzlich eine gewisse **Teil-Autonomie**, welche der Zentralisierung grundsätzlich entgegensteht. "*Wenn man es zusammenlegt, können meiner Meinung nach keine Entscheidungskompetenzen im Ort [= der alten Ortsgemeinde] bleiben. Es gibt in Linz keine Entscheidungs-*

kompetenzen in irgendeinem Ort draußen. Es gibt einen Bürgermeister, einen Stadtsenat, einen Gemeinderat und dort werden die Entscheidungen getroffen" (10, 63). Daher sind neue Strukturen zu überlegen, die lokale Entscheidungen innerhalb einer Großgemeinde ermöglichen.

- **Zentralstädtische Kompetenzen**

Nach Meinung einiger Experten würde das Spannungsfeld "Gemeinde-Autonomie" vs. "Zentralisierung in der Zentralstadt Linz" Kompromisse erfordern (16, 102; 17, 80). Die zentralörtlichen und überregionalen Kompromisse bzw. Lösungen könnten beispielsweise beim "Stromeinkauf" sowie "Raumordnungsentscheidungen" mit überschreitenden kommunalen Wirkungsbereich erzielt werden (4, 96; 2, 101). Hierbei wurden als weitere Entscheidungsbereiche "Grundverkehrssachen, größere Betriebsansiedelungen, Verkehrswege, Verkehrsumleitungen" erwähnt (6, 97). In diesem Zusammenhang wurden auch "Entwicklungsentscheidungen" sowie "soziale Entscheidungen" mit zentralörtlicher Bedeutung angeführt (11, 65).

Zusammenfassend: Die befragten Experten stimmten dem Argument, dass bei einer Gemeindezusammenlegung Entscheidungen zentralisiert würden und daher weniger Einflussmöglichkeiten seitens der Betroffenen gegeben seien, eher zu. Gleichzeitig wurde der Verlust an Identifikation und Souveränität betont. Als wesentliche Bereiche, die auch nach einer Gemeindezusammenlegung eine konkrete Entscheidungskompetenz vor Ort verlangen, gelten wesentliche Infrastrukturbereiche.

#### 2.3.8.4 Mögliche Modelle neuer intra-kommunaler Entscheidungskompetenz

Zur Sicherstellung einer neuen intra-kommunaler Entscheidungskompetenz können Modelle der "Ortschaftsverfassung", eines "Ortschaftsparlaments" oder von "Ortschaftssprechern" angedacht werden. Generell wurde dazu angemerkt: "Man müsste Wege finden, dass die jetzigen Gemeinden auch richtig vertreten sind in den Entscheidungsgremien" (6, 100). Im gegenwärtigen "politischen Rechtssystem" erschienen allerdings die "Vorstellungen über Modelle sowie deren praktische Umsetzbarkeit" schwierig (4, 98). "Ich könnte mir schon etwas vorstellen, aber ich kenne noch nichts, das funktioniert. [...] man muss erst wissen, was Ziel ... ist" (19, 80).

Zwecks Sicherung einer differenzierten kommunalen Entscheidungskompetenz in einem Großraum Linz waren aus Sicht der Experten aber jedenfalls "funktionierende Elemente der lokalen Mitgestaltung und Partizipation" erforderlich, welche wiederum auf demokratischen Prozessen sowie auch auf "Bevölkerungsbefragungen" fußen müssten (1, 113; 16, 104). ).

Neben politischen Partizipationsmöglichkeiten sind nach Auffassung einiger Befragter jedenfalls auch "Bürgerservicestellen" vor Ort notwendig, da diese den bisherigen Alltag der Partizipation darstellen: "Ich muss vor Ort Servicestellen haben, da die Menschen das gewohnt sind" (9, 51).

##### 2.3.8.4.1 OrtschaftssprecherInnen

Eine möglicherweise notwendige "Einsetzung einer politischen Person" vor Ort ("Ortschafts-SprecherIn") bedingt auch einen "Verlust an Entscheidungsfreiheit" der Betroffenen (15, 101), da kollegiale Entscheidungen (alter Gemeinderat) an eine einzelne Person delegiert werden.

Die Sinnhaftigkeit der Installierung eines Ortschaftssprechers wurde seitens der Mehrheit der befragten Experten bezweifelt: "Das ist im Prinzip dasselbe System, das wir jetzt auch haben. Ich mache aber einen zahnlosen Tiger [neue Ortschaftssprecher statt alte Bürgermeister als Entscheidungsträger]" (4, 100).

Die Experten betonten als Erfordernis für Entscheidungsbereiche eines "Ortssprechers" ein "entsprechendes gesichertes Mitspracherecht", und dass "der Sprecher auch gehört wird" (1, 117; 7, 106). Ausreichende "Bevölkerungsinformation und –mitsprache bei entsprechenden Projekten" gilt als Voraussetzung, gleichzeitig wurde allerdings eine geringe Bürgerbeteiligung (im Verhältnis Lokalbevölkerung - OrtssprecherIn) angenommen (13, 89).

Die Experten verbanden mit einem System der Ortschaftssprecher auch eine Bürokratisierung

mit mehr "Papierkram" und ein Modell, das "halt einen Haufen Geld kosten" würde (5, 101).

#### 2.3.8.4.2 Ortschaftsparlamente

Würden die alten Gemeindevertretungen als neue Ortschaftsparlamente mit de-facto-Kompetenzen ausgestattet, so wäre der Unterschied zum jetzigen System im Grunde gering, die Entscheidungsstrukturen aber um einen wesentlichen, neu zu organisierenden Zwischenschritt verkompliziert. Dies wird folglich als nicht erstrebenswert beurteilt. *"Aber was will ich jetzt? Mach ich jetzt Hilfsinstrumente, dass ich die Kleinstruktur wieder kriege, oder lass ich gleich die Kleinstruktur"* (16, 106). In diesem Zusammenhang wurde folgender Tenor der Experten deutlich: *"je kleiner die Einheit, desto günstiger ist es für den Bewohner"* (11, 68)

Konkret konnten sich einige Experten die Installierung entsprechender Gremien mit Beiräten (Ortsparlamente) sowie ein sog. "Bezirksvorsteheramt" bzw. ein System der "Umlandbürgermeister" in diesem Zusammenhang vorstellen (7, 104; 3, 97). Ein Organisationsmodell mit *"selbständigem Handlungs- und Verwaltungsbereich in Anlehnung an Wien"* wurde ebenso wie das dann virulente "Verhältniszahlproblem" angesprochen (13, 86; 14, 89).

Gleichzeitig könnte laut Aussage eines Befragten aber ein Sonderstatus bestimmter einbezogener Gemeinden die Rivalitäten im Großraum erhöhen (10, 65).

#### 2.3.8.4.3 Ortschaftsverfassung und Ortschaftswahlsystem

Obwohl Modelle einer Ortschaftsverfassung kritisch gesehen wurden, nannten die Befragten zahlreiche Anwendungsbereiche, die sich vor allem mit dem gegenwärtigen Gemeindesystem decken und hinsichtlich lokaler Entscheidungen insbesondere *"kulturelle, soziale, infrastrukturelle und verkehrstechnische"* Belange betreffen würden (1, 117).

Die Umsetzbarkeit und Organisation *"ortschaftsbezogener Wahlen"* erschien den befragten Experten generell als schwierig. *"Wenn es ein Groß-Linz gibt, gibt es eine Wahl für Groß-Linz [und sonst nichts]"* (4, 105). *"Für den Bürger ist das vollkommen egal. Der geht in sein Wahllokal und wählt [egal, ob dies für die Ortschaft oder Groß-Linz ist]"* (2, 105).

Mit der Durchführung ortschaftsbezogener Wahlen nach einer allfälligen Eingemeindung verbanden die Experten in erster Linie eine Einteilung von *"Linz in Bezirke oder eigene Regionen"* (9, 57). Die Errichtung von "Distrikten" mit einer entsprechenden Koordination sowie eine anteilmäßige Festlegung der Anzahl von zu wählenden Personen wäre auf alle Fälle in einem Großraum Linz notwendig (5, 105): *"Nicht, dass es dann heißt: für Linz werden insgesamt 100 Leute gewählt, und dann kommen 50 aus Urfahr, jetzt mal vereinfachend gesagt"* (1, 119).

Ein gestaffeltes Wahlsystem (ev. Ortsparlamente und jedenfalls Quoten für einen neuen Groß-Gemeinderat), welches neue politische Strukturen impliziert, wäre laut Meinung zahlreicher Experten eine wesentliche Voraussetzung: *"Ein Art Vorwahlsystem, wo aber die Anzahl der Vertreter im Vorhinein sichergestellt ist, die für dieses Gebiet in das Entscheidungsgremium gehen"* (6, 104). *"Wenn, dann nur über spezielle neue Organisationsmodelle, wie: diese Einheiten haben eine gewisse Anzahl von Vertretern und dürfen nur von denen gewählt werden"* (14, 95). Ein Befragter betonte in Bezug auf Entsendungsmodelle die *"Schaffung eines verbindlichen demokratischen Grundsatzpapiers mit einem Fairnessabkommen, dass man z.B. pro 10.000 Einwohner jedenfalls einen Abgeordneten stellen kann"* (3, 101).

Aufgrund unzureichender politischer Einflussnahme würden sich dennoch zahlreiche Probleme hinsichtlich korrekter Entsendungsmodelle und entsprechender Wahlkreise auf Gemeindeebene ergeben: *"Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Ästner sagen, wir entsenden jemanden, sondern dass Linz sagt, den nehmen wir. Wie viele Sitze habe ich dann? Wie viele Stadträte? Und dann suche ich prozentuell die Stadträte ??"* (5, 108).

Aus Sicht der Experten würde auch die Bürgernähe eingeschränkt werden: *"Man muss halt die Personen noch kennen, die man wählt"* (7, 109). Es wurde auch ein geringes politisches *"Gewicht der Gemeinderäte"* als Folge einer Gemeindefusion befürchtet (9, 57).

Allgemein bleibt festzuhalten, dass zwecks Sicherung der kommunalen Entscheidungskompetenz vor allem Elemente der Mitgestaltung und Partizipation erforderlich erscheinen und auf demokratischen Prozessen wie Ortschaftswahlen oder Bevölkerungsbefragungen basieren müssten.

Die Sinnhaftigkeit der Errichtung eines Ortschaftsparlaments bzw. die Installierung eines Ortschaftssprechers wurde seitens der Mehrheit der befragten Experten bezweifelt, da es sich im Prinzip um ähnliche Strukturen handelt wie sie bereits existieren. Meisten Zuspruch erhielt die Installierung entsprechender Gremien mit Beiräten, ein Bezirksvorstehertum und das System der Umlandbürgermeister in diesem Zusammenhang.

Als Anwendungsbereiche einer Ortschaftsverfassung nannten die Experten infrastrukturelle Belange, die sich mit dem gegenwärtigen Gemeindesystem großteils decken.

Die Umsetzbarkeit und Organisation ortschaftsbezogener Wahlen erschien generell als schwierig. Ein gestaffeltes Wahlsystem wurde als notwendig beurteilt. Dieses würde einerseits eine Festlegung der pro Gemeinde zu entsendenden Repräsentanten nach der Einwohneranzahl und andererseits die Durchführung von kommunalen Vorwahlen umfassen.

#### 2.3.8.5 Akzeptanz und Bürgernähe einer Eingemeindung

Für den Erfolg einer Gemeindezusammenlegung im einem zentralstädtischen Großraum wie Linz gilt die Akzeptanz in der Bevölkerung als wesentlicher Faktor. Zu diesem Zwecke wurden die Experten gebeten, Hoffnungen und Bedenken bestimmter Bevölkerungsgruppen in den Umlandgemeinden darzulegen. Gleichzeitig wurden die Experten befragt, auf welche Art und Weise sowohl Bürgernähe als auch die Identifikation der Gemeindebevölkerung aufrechterhalten bzw. gewahrt werden könnte. Faktoren, die im Zuge einer Gemeindezusammenlegung als unbedingt notwendig erachtet werden, und vorbereitende Maßnahmen wurden in den Gesprächen ebenfalls thematisiert.

##### 2.3.8.5.1 Befürworter und Gegner einer Gemeindezusammenlegung

Die befragten Personen konnten mehrheitlich keine grundsätzlichen Befürworter einer Gemeindezusammenlegung in ihrer Gemeinde nennen. *"Es fällt mir keine Gruppe ein. Ich spüre da keine Tendenzen irgendeiner Gruppe, die Richtung Eingemeindung geht"* (15, 112); *"Da sehe ich keinen"* (5, 111; 8, 87); *"Da meine Schätzung 90:10 [Gegner/Befürworter] ist, sehr wenige. Wäre ein interessantes Experiment, das zu befragen"* (16, 114). Ein weiterer Befragte merkte zur Akzeptanz einer Gemeindezusammenlegung inhaltlich an: *"Eher Leute, die vom Bürgermeister enttäuscht sind, weil sie irgendetwas nicht gekriegt haben. Firmen, die Entwicklungsprobleme haben. Aber eine spezielle Gruppe fällt mir nicht ein"* (2, 110).

Eine nach Integrationsmaß variierende Akzeptanz in der Bevölkerung beschrieb ein Befragter wie folgt: *"Vielleicht 20 Prozent, denen ist es wurscht, ob es Linz oder Puchenua heißt, der Rest will ein Mindestmaß an Identifikation. Kämpfer aber haben wir keine [...] mehr"* (14, 98).

Die politische Diskussion über diese Thematik hat in der Gemeinde generell jedoch nicht begonnen, wie folgende Aussage zeigt: *"Im Gemeinderat selbst bin ich nicht vertreten, und in den Gruppen, mit denen ich zu tun habe, war das praktisch kein Thema"* (6, 109).

#### • Befürworter

Lediglich die Stadt Linz selbst sowie verschiedene politische Akteure auf Stadt- und Landesebene wurden als Befürworter eines Großraum Linz genannt (19, 86); *"Die Stadt Linz könnte zu den Befürwortern gehören, weil sie den gesamten Einflussbereich vergrößert. Sie können dann besser die Raumordnung steuern und verhindern, dass zum Beispiel irgendwo in der Peripherie Einkaufszentren entstehen, die aus der Stadt Kaufkraft abziehen; bzw. wären das dann eigene Einnahmequellen für die Stadt [und nicht für die Umlandgemeinde]"* (2, 111).

Auch parteipolitische Aspekte wurden seitens der Experten angesprochen: *"Vorteile sehe ich nur, wenn ich es parteipolitisch sehe, für die Opposition, weil sich eine sehr gut situierte Mehr-*

heit auflösen würdet" (4, 110). Weitere befragte Experten ging von einer Akzeptanz "quer durch die Parteien" bzw. seitens Personen, die bereits zur Zeit in überregionalen Foren vertreten sind, aus (13, 95; 7, 112).

Auch wirtschaftliche Interessen wurden in diesem Zusammenhang angesprochen. Während ein Experte *"Die Wirtschaft und manche Großgrundbesitzer, die in verschiedenen Gemeinden Liegenschaften haben"* als Befürworter sah, nannte ein weiterer Befragter sog. *"Abgangsgemeinden"* als mögliche Befürworter (3, 105; 6, 110).

- **Gegner**

Zu den Gegnern einer Gemeindezusammenlegung zählten nach Ansicht der Befragten vor allem kommunale politische Akteure wie *"Bürgermeister und Gemeindevorstände"*, weil die "jetzigen Repräsentanten" damit einen *"Machtverlust"* verbinden (19, 88; 1, 126). *"Ich weiß nicht, ob der Bürgermeister begeistert wäre, wenn er keine eigene Gemeinde mehr hätte"* (6, 112). Der Verlust des politischen Mandats, welches mit *"Macht, Einfluss und Image"* verbunden ist, wurde mehrmals betont (7, 112; 9, 61): *"Gegner sind eher die Umlandgemeinden, im speziellen die politischen Entscheidungsträger, die ihre Funktionen verlieren – das ist durchaus eine persönliche Geschichte, weil es gibt dann eben den Bürgermeister nicht mehr"* (2, 113).

Die Befragten sprachen auch von einer *Gegnerschaft innerhalb der Bevölkerung*, weil einerseits kommunale Strukturen aus Sicht der BürgerInnen zur *"Gewohnheit"* geworden sind und andererseits in den Kommunen zur Zeit *"moderne Serviceleistungen"* in Anspruch genommen werden können (15, 114; 4, 112). Weitere Experten sahen als Gegner die *"alteingesessene Bevölkerung"* wie die Bauernschaft bzw. auch *"alle, die humanistisch und heimatbezogen denken"* (6, 112; 13, 97; 3, 108). Ein Befragter nannte hier auch *"Vereine aufgrund von drohenden Subventionsverlusten"* (9, 61).

Grundsätzlich gilt anzumerken, dass zur Zeit Eingemeindungen politisch in Umlandgemeinden noch nicht diskutiert werden. Als mögliche Befürworter einer Gemeindezusammenlegung wurden seitens der Befragten die Stadt Linz sowie einzelne positiv betroffene politische Akteure auf Stadt- und Landesebene, aber auch Großgrundbesitzer und Wirtschaftsunternehmen genannt.

Kommunale politische Akteure wie jene Bevölkerungsgruppen, die gegenwärtig vollständig in ihrer Gemeinde integriert sind, zählen demgegenüber zu den Gegnern eines Großraums Linz. Für lokale Vereine wurde auch ein Verlust an bisher lokal entschiedenen Subventionen befürchtet.

#### 2.3.8.5.2 Akzeptanzstärkende Faktoren

- **Glaubhafte Informationen über konkrete Vorteile**

Als wesentliche Voraussetzung, um die Zustimmung zu Eingemeindungen und einem Großraum Linz zu erhöhen, nannten die Befragten eine Darlegung der Ziele und den *"glaubhaften und plausiblen Nachweis"* der Vorteile einer Gemeindezusammenlegung, welche *"entsprechend präsentiert"* und wiederum auf gezielten Informationen basieren müsste (6, 114; 5, 115); *"Gezielte Information: was sind die Ziele, die Gründe, wie schaut das neu aus [...], wie bei Serviceveränderungen; die Leute sollen wissen: was kommt auf sie zu"* (19, 90).

Einerseits erschienen Einbindungs- und Partizipationsmöglichkeiten als wichtig, andererseits würden die *"spezifischen Persönlichkeiten der Akteure den Erfolg bedingen"* (17, 87). Die Aufklärung über etwaige Möglichkeiten und entsprechende Informationen wurden mehrmals betont. (14, 102; 5, 116). Durch *"handfeste Argumente"* müsste versucht werden *"Akzeptanz zu schaffen"* (11, 73). Kritisch skizzierte ein Befragter die gegenwärtige Stimmung wie folgt: es existieren *"Grundmeinungen, die kaum durch [rationale] Argumente zu bereinigen sind"* (13, 99).

- **Bürgerbeteiligung und bürgernahe Informationspolitik**

Bei einer Gemeindezusammenlegung müssten nach den Experten *"Bürgerbeteiligung"* und eine ausreichende bürgernahe Informationspolitik unbedingt berücksichtigt werden (5, 118); *"Eine Eingemeindung ohne Information und Beteiligung der Bevölkerung ist zum Scheitern verurteilt"* (6, 114).

Daher müssten nach Ansicht der Befragten wesentliche Entscheidungen nach basisdemokratischen Prinzipien getroffen werden, um die Identität der BewohnerInnen aufrechterhalten zu können. Schlecht wäre, wenn *"man über die Bürger drüber fährt"* (11, 75). Es müsse aus Sicht der BürgerInnen ein *"deutlich erkennbarer Nutzen"* und auch eine *"ausreichende Absicherung der Identität"* gewährleistet sein (14, 105). Ansonsten wären sowohl wirtschaftliche als auch soziale und kulturelle Nachteile bzw. verringerte Lebensqualität die Folge.

- **Unmittelbar sichtbare finanzielle Vorteile**

Neben gelebter Bürgernähe und Verankerung vor Ort müssten bei einer Gemeindezusammenlegung aber auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, was angesichts der gegenwärtigen Situation von manchen Experten als unrealistisch eingestuft wird. *"Linz [als neue Gemeinde] müsste genauso sozial handeln [wie wir als Gemeinde derzeit]. Aber das ist mit deren Finanzwirtschaft nicht machbar. Wir sind in allen Bereichen im Vorteil. Alles wäre [in Linz] teurer und sozial unsicherer. Die Tarife und Gebühren [...] alles ist teurer"* (18, 77).

Andere Befragte wiederum nahmen als Voraussetzung *"verringerte Kosten von kommunalen Einrichtungen bzw. kommunaler Dienstleistungen (weniger Müllgebühren, bessere Kinderbetreuung, billigere Kinderbetreuung)"* sowie einen *"sparsameren Umgang mit den vorhandenen Mitteln: dass eben verwaltungsmäßig eingespart werden kann"*, an. Dadurch könnten kommunale Projekte besser finanziert werden (2, 115; 1, 128). Einem Experten zufolge müsste Linz vor allem diesbezüglich auf die Umlandgemeinden zugehen (9, 63).

- **Jedenfalls keine unmittelbaren Nachteile für die Bevölkerung**

Einig waren sich die Experten, dass ein Großraum Linz keinesfalls Nachteile für die Bevölkerung nach sich ziehen dürfe: *"Dass die dort Lebenden nicht durch die Eingemeindung einen ... Nachteil bzw. einen Nachteil in der Lebensqualität haben"* (5, 117). In diesem Zusammenhang wurden sowohl mögliche Probleme einer Zentralisierung als auch die Berücksichtigung kommunaler Unterschiede genannt. *"Dass [Gemeinde-]Kulturen zusammenwachsen können. Ich würde es fast als 'Kulturschock' bezeichnen, was man berücksichtigen muss: unterschiedliche Abläufe, die Menschen müssen sich daran gewöhnen, dass die kommunalen Dienstleistungen unterschiedlich sind, sie gehen halt nicht mehr auf 'die Gemeinde', sondern sie fahren nach Linz"* (2, 117). Bedenken äußerten die Befragten hier hinsichtlich der *"leichten Erreichbarkeit"* öffentlicher Stellen wie künftig 'Magistrat' bzw. derzeit 'Gemeindeamt'.<sup>32</sup>

- **Überwindung der Skepsis gegenüber einem nicht überschaubaren Großraum**

Ein Großraum Linz wurde flächenmäßig tendenziell als unausgewogen wahrgenommen, und vergleichbare Relationen gesehen werden: *"Man sollte, wenn man von [Linzer] Eingemeindungen spricht, nachdenken, wie groß [im Vergleich] die Fläche der Republik Österreich ist, und in wie viele Verwaltungseinheiten das aufgeteilt ist. [...] Stellen Sie sich vor, keine neun Bundesländer, sondern drei Verwaltungs-Ären"* (4, 116).

Die Skepsis hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit einer Eigenständigkeit der Umlandgemeinden im Großraum Linz verdeutlichte ein Experte: *"Es wird vielleicht anfänglich noch eine gewisse Eigenständigkeit bewahrt bleiben, aber im Lauf der Zeit wird das alles verschwinden. Irgendwann wird das ein Einheitsbrei"* (5, 73). Notwendig erschien einem weiteren Experten eine Verbesserung der Beziehung zur Landeshauptstadt, ein anderer Befragter assoziierte mit einer Eingemeindung den *"Geldfluss"* in Richtung Umlandgemeinden (11, 76; 13, 101).

- **Vorbereitende Schritte**

Als vorbereitende Schritte einer formellen Gemeindezusammenlegung nannten die Experten *"gegenseitige Informationen"*, *"Bürgerbefragung"* und *"Volksabstimmung"* (6, 118; 2, 119; 15, 120; 16, 122). Diese *"Strukturreformen"* sollten formal und rechtlich nach dem Prinzip *"von oben nach unten"* gestaltet werden (4, 116).

---

<sup>32</sup> Das hier gerne gebrauchte Argument des e-government und der "elektronischen Gemeinde" erreicht derzeit ca. 50 % der Bevölkerung (noch) nicht, da sie keinen Internet-Zugang haben bzw. nicht über die Kompetenzen verfügen, solche Angebote auch kompetent und differenziert zu nutzen.

Praktisch und politisch müssten die betroffenen Gemeinden "durch ständigen Ausbau, Erweiterung und Aussiedlung der Wirtschaft und Industrie" sowie durch entsprechende "Ortsplanungen sukzessive zusammenwachsen" (5, 119). Ein weiterer Befragter sprach davon, dass man "langsam mit Kooperationen so eine Entwicklung beginnt. Nur da müssen natürlich - nicht so wie bisher - alle an einem Strang ziehen" (11, 77). Als vorbereitende Schritte wurden auch die Erfordernisse einer "sichtbaren Aktionspolitik" sowie einer "Überzeugungsarbeit Richtung Linz" genannt (5, 120; 13, 103).

Zusammenfassend bleibt anzumerken: Gezielte Information hinsichtlich der Ziele und Vorteile würden aus Sicht der Experten die Zustimmung zu einem Großraum Linz zu erhöhen, wobei dieser flächenmäßig tendenziell als unausgewogen wahrgenommen wurde. Im Falle einer Gemeindezusammenlegung müssten Bürgernähe und Verankerung vor Ort, aber auch entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Keinesfalls dürfe ein Großraum Linz Nachteile für die Bevölkerung mit sich bringen. Als vorbereitende Schritte einer Gemeindezusammenlegung nannten die Experten umfassende Informationen und die Umsetzung gezielter Kooperationen sowie die Formulierung gemeinsamer Ziele.

#### 2.3.8.5.3 Bürgernähe und Identifikation im Großraum Linz

Teilweise vertraten die Befragten die Ansicht, dass in einem künftigen "Großraum Linz" die Identifikation mit der Ursprungsgemeinde nicht aufrechterhalten oder auch nur modifiziert bewahrt werden könnte (18, 79; 4, 120); "Wenn so etwas gemacht wird, sind diese Fragen nur sehr kurz da. Eingemeindung ist Eingemeindung" (16, 124). "Dass die Gemeinden sich in einem Groß-Linz auflösen, das wird passieren. Es gibt zwar in Wien Bezirke, z.B. Grinzing, das ist eine Identifikation, die haben die Eigenständigkeit nicht verloren. Das ist ein Weinbaugebiet, aber andere Bezirke ..." (5, 121).

- **"Emotionale" Ankerpunkte**

Die Experten meinten andererseits, dass eine Gemeindezusammenlegung "strukturell lange vorbereitet" werden muss und dass vor allem "emotionale Komponenten berücksichtigt" werden müssen (2, 121; 15, 122). Die "Erkennbarkeit" und "Transparenz lokaler Identität" gilt als notwendige Voraussetzung, welche über "Denkmäler, Straßenbezeichnungen, Tafeln und öffentliche Einrichtungen" wie ein "Ortsmuseum" erreicht werden könnte (2, 121).

Besondere Bedeutung wurde der Bewahrung bzw. Stärkung des Vereinswesens zugeschrieben: "Ich denke, dass die Lokalvereine auf jeden Fall bestehen bleiben sollten und gestärkt werden sollten. Nicht, dass es dann ... nur mehr eine [städtische] Feuerwehr gibt. Das ist eben das, wo sich die Leute für ihren Ort engagieren und das auch Identität stiftet" (1, 134). Den Experten zufolge symbolisiere das kommunale Vereinswesen eine Art "Überidentität", weshalb die Durchführung von "Veranstaltungen vor Ort (Feuerwehrfest, Kirchenfest, Altenfeier u.a.)" als sinnstiftend und folglich unbedingt notwendig erschienen (14, 110; 5, 118).

- **Räumliche Ankerpunkte und lokale Bürgernähe**

Räumlich gesehen sprachen sich die befragten Experten für eine sichtbare Aufrechterhaltung gegenwärtiger Gemeindegrenzen und auch für entsprechende weiterbestehende Ortstafeln zur Identifikation aus (6, 120; 9, 67).

Für die Aufrechterhaltung intra-kommunaler Identifikation müssten einem Experten zufolge jedenfalls auch die gewohnten Servicedienste für den Bürger vor Ort gewahrt werden (11, 79). Ein weiterer Befragte formulierte die Anforderung wie folgt: Es müsse die "gleiche Eigenständigkeit wie vorher" sichtbar gehalten werden (3, 114).

Zur Aufrechterhaltung und Wahrung der lokalen Bürgernähe wurden unterschiedlichste Varianten angeführt. Als konkrete Beispiele wurden "lokale Sprechstunden", und eine "Struktur mit Ansprechpartnern", welche über eine ausreichende "Entscheidungsmacht" verfügen, genannt (1, 136). Weitere Vorschläge betrafen "eine starke Ortsvertretung" sowie in Anlehnung an das Modell Wien "Bezirksvorsteher" (15, 124); 16, 126). Bürgernähe könne durch "Bezirks- oder Ortsteilvorsteher" als entsprechende "Identifikationsfigur" aufrechterhalten werden (11, 122).

- **Dezentrale Service-Centers als Ankerpunkte von Autonomie**

Als wichtig erschien somit eine Gewährleistung der "Autonomie" vor Ort, welche eine entsprechende Entscheidungskompetenz lokaler Instanzen voraussetzt. "Dezentrale Servicecenter" mit der Möglichkeit, rasch relevante Informationen zu erhalten und kommunale Entscheidungen zu fällen, würden die "Wege kurz" halten. Die Nutzung neuester Informationstechnologien bzw. der Einsatz des Mediums Internet würde zwar "vieles erleichtern, aber den persönlichen Kontakt nicht ersetzen" (2, 123).

Ein Befragter befürwortete die Bildung von "Netzwerken", denn der "Zugang der Bürger-Innen muss unmittelbar und schnell sein" (3, 116). Ein wichtiger Beitrag zur Wahrung der Bürgernähe würde auch durch Beibehaltung dezentraler kommunaler Veranstaltungen geleistet (5, 124).

Insgesamt gilt, dass kommunale Identifikation durch die Symbolisierung gegenwärtiger Gemeindegrenzen mittels Beibehaltung entsprechender Ortstafeln, aber auch über öffentliche Einrichtungen und das lokale Vereinswesen erzeugt werden könnte. Zur Aufrechterhaltung und Wahrung der Bürgernähe wurden lokalen Strukturelemente mit entsprechender Entscheidungskompetenz als notwendig erachtet. Darunter sind vor allem dezentrale Servicecenter mit AnsprechpartnerInnen in Anlehnung an das Modell der Wiener Bezirksvorsteher zu verstehen.

#### 2.3.8.5.4 Möglichkeiten einer lokalen Interessenvertretung

Um die lokale Interessenvertretung bei einer Gemeindegemeinschaft aufrecht zu erhalten und wahren zu können, erschien den Befragten "eine Änderung der Gemeindeordnung bzw. des Statuts, indem es lokale Gremien gibt, die bestimmte Dinge autark erledigen und die nicht durch den Gemeinderat bestimmt werden können," als notwendig (2, 126). Dies ermögliche eine Besprechung der Probleme vor Ort, erfordere aber auch eine "Ausstattung mit entsprechenden finanziellen Mitteln, über welche die Entscheidungsträger eigenverantwortlich im Interesse der Ortschaftsteile bzw. Teil-Kommunen verfügen sollten" (1, 139; 5, 127).

Das grundsätzliche Spannungsverhältnis zwischen Gemeindegemeinschaft und Wahrung der Interessenvertretung auf bisheriger Gemeindeebene könne kaum über Stimmrechte der einzelnen Stadtteile bzw. Distrikte in der Gesamt-Groß-Gemeinde gelöst werden: "Wenn eingemeindet wird, gibt es diese zentralen Strukturen und diese müssen dann auch entscheiden, weil sonst braucht man keine Eingemeindung" (16, 129). Es brauche daher eine Ebene unterhalb des Gemeinderates und der Stadtverwaltung.

#### 2.3.8.6 Rahmenbedingungen des Bestands als politische Einheit

Inwieweit die gegenwärtige Gemeinde als teilweise eigenständige politische Einheit in einem Großraum Linz bestehen bleiben könnte, war für die Experten daher schwierig zu beantworten bzw. viele verneinten dies (4, 135; 5, 139). Für einige Befragte waren die o.a. zu implementierenden Strukturen und vor allem das Wahlrecht von Bedeutung (3, 129); "Das ist immer eine Frage des Wahlrechts und wer das dann will, weil man ja automatisch als GR oder Magistrat Einfluss verliert. Das ist immer das Gegenspiel Macht gewinnen, Macht verlieren (2, 138).<sup>33</sup> "Wenn es das gäbe, wäre es natürlich eine gute Vorstufe zu einer großen Gemeinde. Ich weiß nicht, ob das möglich wäre" (11, 87).

Ein Befragter hatte konkretere Vorstellungen: "Ja, wie schon gesagt: mit diesem Ortschaftsparlament. Dass es einfach diesen Overhead gibt, der über allen steht, und die jeweiligen Bürgermeister [bzw. Gemeindevertreter] sitzen im Parlament und entscheiden so mit" (12, 55). Ein anderer Befragter hielt dies für "ein interessantes Modell", bezweifelte aber die Umsetzbarkeit angesichts der "derzeitigen Gemeindeordnung" (16, 139).

Insgesamt wurde festgestellt, dass eine Einschätzung der Entwicklung der Umlandgemeinden als eigenständige politische Einheiten für die Experten schwierig war. Dies hänge vor allem mit den zu implementierenden Strukturen und den Veränderungen im Wahlrecht zusammen. Wäh-

<sup>33</sup> Dies wurde dann im zitierten Interview als Frage weiterentwickelt, ob und welche Chancen bisherige Mandatäre haben, in den neuen politischen Strukturen weiterhin vertreten zu sein.

rend ein Teil der befragten Experten möglichen Änderungen des Finanzausgleiches in Folge einer Gemeinde-zusammenlegung reserviert gegenüberstand, sah ein anderer Teil massive Veränderungen als notwendig, wenn auch nicht direkt umsetzbar an. Insbesondere die Verteilungsproblematik wurde mehrmals thematisiert.

#### 2.3.8.6.1 Gefahr des "Ausblutens" bisheriger Gemeinden?

Abgesehen von der Haftungsübernahme für alte Schulden von Linz (s.o.) sahen die befragten Experten mehrheitlich eher keine Gefahr eines finanziellen "Ausblutens" der alten Gemeinde in einem Großraum. Sie führten sogar finanzielle Vorteile an. *"Was ich ja gehört habe, ist, dass die Zusammenlegung finanzielle Vorteile bringen soll. Das Ausbluten [...] ist ja auch bundesmäßig gesteuert, dass die Gemeinden insgesamt immer schlechter dastehen"* (15, 129).

Die bundesweite Einsparungspolitik und ihre negativen Konsequenzen für die Kommunen wurden wie folgt beschrieben: *"Zurzeit wird nur Sparen erlebt, überall, man merkt ja, wie in den Gemeinden verteilt wird. [Und diese Verteilung im Land OÖ.] hängt ja auch davon ab, ob es ein schwarzer oder ein roter Bürgermeister ist"* (19, 96).

Andere Befragte gingen von möglichen Einsparungen durch eine *"zentrale Verwaltung"* aus (16, 131): *"Die Frage des finanziellen Ausblutens ist ja immer auch die Frage wofür ['ausgeblutet' wird]: für ein ... verwaltungstechnisches Handeln, also hoheitliches Handeln im Unterschied zu privatwirtschaftlichem Handeln, das die Bürger spüren"* (2, 129). Einsparungsmöglichkeiten im gegenwärtigen System wurden auch angedacht: *"Durch die vier Gesetzgebungs- und Verwaltungsinstanzen (Bund, Land, Bezirk, Gemeinde) könnte man [zumindest auf Bezirks- und Gemeindeebene] sparen."* (9, 69).

Um ein finanzielles Ausbluten zu *verhindern*, nannten mehrere Experten eine *"Pro Kopf-Zuteilung der Finanzmittel"* bzw. *"fixe Schlüssel und Regelungen"*, welche eine anteilmäßige Budgetaufteilung je Gebiet implizieren (3, 120; 6, 127). Diese *"zwingenden Budgets für eine Region"* sollten zu Jahresbeginn mittels *"Budgetplan"* eingeteilt werden und so ein *"gezieltes Wirtschaften"* ermöglichen (2, 128; 7, 129; 5, 127).

Gleichzeitig sollten Modelle einer intra-kommunalen Basisfinanzierung angedacht werden: *"Vielleicht könnte man das irgendwie in Prozenten regeln, dass wer mehr erwirtschaftet auch mehr ausgeben kann, aber auch eine gewisse Solidarität mit denen, die nicht die Möglichkeit haben so viel zu erwirtschaften, rein von ihrer Lage her"* (1, 142).

Obwohl somit keine gravierenden finanziellen Nachteile seitens der Mehrheit der Experten wahrgenommen wurden, hatten jedoch einige starke finanzielle Befürchtungen und verdeutlichten dies wie folgt: *"Ich kann nicht sagen: aus dem [künftigen Gemeinde- oder] Stadtteil bekomme ich fünf Mio. Euro Gemeinde-Steuer und die muss ich wieder ... in den Stadtteil investieren"* (10, 79); *"Dass man sagt, diese finanziellen Gewinne, die man in dieser Teil-Gemeinde erwirtschaftet, bleiben dort, das sehe ich als Theorie"* (11, 81). *"Man nimmt Bürgermeistern das Spielgeld weg, mit dem sie sich [lokal, vor Ort] präsentieren können."* (12, 49).

Zusammenfassend ist somit anzumerken: Bei einer Gemeindegemeinschaft könne die Interessenvertretung auf bisheriger Gemeindeebene nur schwer bzw. nur mit aufwändigen neuen Modellen gewahrt werden.

Die Gefahr eines "finanziellen Ausblutens" der Umlandgemeinden im Großraum Linz wurde teilweise angesprochen. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, erscheinen eine anteilmäßige Budgetaufteilung erforderlich. Dabei herrscht Uneinigkeit, nach welchen Indikatoren diese Aufteilung vorgenommen werden sollte.

#### 2.3.9 Spezifische Fragestellungen für verschiedene Bereiche

Im Rahmen der Erhebung wurden politischen Akteuren, Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen sowie Personen aus dem kirchlichen und kulturell-sozialen Bereich spezifische Fragen gestellt, welche nachfolgend getrennt analysiert werden.

### 2.3.9.1 Politische Akteure

Politische Akteure wurden nach einer vermuteten Veränderung des Kräfteverhältnisses in Folge einer Gemeindegemeinschaftsbefragung befragt und um eine Einschätzung (auch) parteipolitischer Positionen zur Thematik gebeten.

#### 2.3.9.1.1 Vermutete Veränderungen in der derzeitigen Parteien-Landschaft

Mehrheitlich gingen die befragten Experten aus der Politik davon aus, dass eine Gemeindegemeinschaftsbefragung jedenfalls Auswirkungen auf das politische Kräfteverhältnis hätte. Neben dem nochmals angesprochenen generellen Verlust an *"Eigenständigkeit"* wurden auch parteipolitische Konsequenzen angenommen (18, 83): *"Beim Wahlverhalten sieht man es ... genau, dass es ... Unterscheidungen gibt, je 'höher es hinauf geht'. Das sind ... ideologische Entscheidungen, wo Parteien oder Parteiprogramme gewählt werden. Auf der untersten Ebene, da hängt es vor allem von den Personen ab"* (4, 130); es *"würde viele SPÖ-Stimmen für Linz geben, aber ich denke, dies würde sich in der Vertretung von Ansfelden in Linz dann nicht widerspiegeln"* (3, 124). *"Linz ist in Summe eher SPÖ, und das würde sich bei uns [dzt. ein Bürgermeister anderer Couleur] auch auswirken. Wir hätten dann automatisch einen roten Bürgermeister"* (13, 113)

Fragen des Gemeinde-Wahlrechts und eine so befürchtete unzureichende Berücksichtigung *"ländlicher Elemente"* in der neuen Groß-Gemeinde wurden ebenfalls angesprochen (2, 133).

#### 2.3.9.1.2 Politische Stellung zu Eingemeindungen und Wahlergebnisse

Weiters wurde angenommen, dass Parteien, welche eine Zusammenlegung befürworteten, in Zukunft mit Wahlverlusten zu rechnen hätten: *"Diejenigen Parteien [...] würden das ... bei einer nächsten Wahl als nachteilig ... erleben. Man würde ... einige Zeit brauchen, bis die ehemaligen Paschinger das verdauen, nicht mehr einen Bürgermeister [...] zu haben"* (11, 83).

Ein Befragter ging sogar von einem "Rechtsruck" in der politischen Landschaft aus: *"Das hängt damit zusammen, dass gerade in ... Ansfelden, Traun, Pasching, auch in Teilen Leondings, viele Vertriebene aus der Kriegszeit angesiedelt wurden. Wenn man jetzt wieder etwas wegnimmt - eben die gewohnte 'zweite Heimat', [kann es sein], dass sich dann viele klarer rechts oder national deklarieren [als bisher]."* (9, 71).

#### 2.3.9.1.3 Handicaps für kleinere Parteien

Kleinere Parteien bzw. Bürgerinitiativen wären nach Ansicht der Experten tendenziell zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. *"Es würden die etablierten Parteien wie gewohnt weiterlaufen, aber so eine Bürgerinitiative hätte keine Chancen"* (16, 135).<sup>34</sup> *"Die kleinen Parteien würden an Bedeutung verlieren, die jetzt auf Gemeindeebene tätig sind"* (5, 133).

#### 2.3.9.1.4 Zum Stellenwert von Eingemeindungen als politisches Thema

Mehrheitlich erklärten die Befragten, dass eine Gemeindegemeinschaftsbefragung gegenwärtig kein politisches Thema sei. Folglich fiel ihnen eine Einschätzung der Position der eigenen bzw. anderer Parteien schwer: *"Wir haben uns noch nicht mal einen Gedanken darüber gemacht"* (18, 85). *"In der Gemeinde [...] hat man sich mit diesem Thema noch nicht beschäftigt, darum kann ich Ihnen nicht sagen, wie die anderen Couleurs darüber denken"* (11, 85). *"Ich glaube, es sind alle dagegen. Es wird auch im Gemeinderat überhaupt nicht darüber gesprochen. [...] Das sind vielleicht irgendwelche Pläne aus längerer Vergangenheit."* (10, 83).

Einige vermuteten eine ablehnende Haltung quer durch alle politischen Parteien (16, 137; 3, 126). *"Ich glaube, da sind alle dagegen. Vielleicht die Grünen noch dafür [...]. Die SPÖ und die FPÖ sind, glaube ich, auch sicherlich dagegen"* (12, 53). Andere Experten wiederum meinten, dass *"große Parteien"* eine Gemeindegemeinschaftsbefragung eher als kleinere befürworten: (7, 135).

<sup>34</sup> Der Befragte bezieht sich hier auf die lokale Partei und Umweltbewegung "Pro Steyregg".

### 2.3.9.1.5 Gemeindepolitische Überlegungen

Einige Befragte sprachen von der Notwendigkeit massiver Veränderungen und bezweifelten zugleich deren Umsetzbarkeit: *"Diejenigen nicht benachteiligen, die betriebswirtschaftlich denken. Da ist die 'große Politik' gefordert, sachlich zu unterscheiden und nicht zu schauen: das ist eine rote Gemeinde, das ist eine schwarze, und so die Finanzmittel zu verteilen. [...] so kann es eigentlich nicht sein, aber so wird es gemacht (4, 137). "Bei einer Zusammenlegung würde ja die vergrößerte Landeshauptstadt insgesamt profitieren. Die Frage ist nur, profitieren auch die eingemeindeten Bereiche davon oder geht das woanders hin. Es ist ja diese Unsicherheit, was dann mit dem Geld passieren würde. Das ist das Risiko" (11, 89).*

Diese politische Verteilungsproblematik wurde in unterschiedlicher Form immer wieder angesprochen und gleichzeitig als wünschenswerte Änderung im Finanzausgleich thematisiert: *"Ich bin kein Finanzausgleichsexperte. Ich weiß nur, das geht jetzt nach einem abgestuften Bevölkerungsschlüssel, wo sich die Städte und viele Gemeinden benachteiligt fühlen. Es gibt halt da dann noch Bedarfszuweisungen, das sind aber auch nur Hilfskrücken. [...] Das muss es genaue Kriterien geben" (10, 141).* Der Solidaritätsgedanke innerhalb eines Großraumes (wie Linz) tauchte auch hier wieder auf. Denn ein weiterer Befragte meinte: *"dass dann auch [bisher] ärmere Gemeinde zu was kommen, dass das besser aufgeteilt wird als jetzt" (5, 141).* Ein anderer ging davon aus, *"mehr Geld (zu) bekommen für Dinge, die wir im Moment nicht einmal andeuten können" (13, 119).*

Mehrheitlich gingen somit die befragten politischen Akteure von Veränderungen im kommunalen Kräfteverhältnis aus. Dabei wurden Fragen des Wahlrechts und eine entsprechende Berücksichtigung von Bürgernähe durch politische Strukturen und Handlungsspielräume angesprochen. Da eine Gemeindezusammenlegung gegenwärtig noch kein politisches Thema darstellt, fiel den Experten eine Einschätzung der Position der eigenen bzw. anderer Parteien schwer. Viele meinten, dass gegenwärtig amtierende politische Akteure einer Gemeindezusammenlegung skeptisch gegenüberstehen. Gemeindepolitisch wurde parteiübergreifend betont, dass finanzpolitische Verteilungen versachlicht und neu geordnet werden müssen.

### 2.3.9.2 Kirchliche Organisationen

Die VertreterInnen kirchlicher Organisationen wurde ebenfalls um eine Einschätzung der Auswirkungen in Folge einer Gemeindezusammenlegung im Raum Linz gebeten. Dabei standen einerseits etwaige organisatorische Veränderungen, andererseits die Mitgliederentwicklung im Vordergrund.

Die Struktur und Organisation der Kirchen wäre von einer Gemeinde-zusammenlegung nach Ansicht der befragten Experten grundsätzlich nicht betroffen: *"Für die Kirche würde sich nichts ändern" (17, 74); "Nicht wirklich, weil die Kirche ja ihre eigenen Strukturen hat und wir in Haid zum Beispiel Tochtergemeinde von Traun sind. [...] Das würde die Verteilung nicht wirklich verändern" (1, 103).*

Die Organisation der katholischen Kirche wurde hier wie folgt beschrieben: *"Der Bischof ist der 'Ordinarius', der ... Seelsorger der ganzen Diözese. Wir Pfarrer sind eigentlich nur die Helfer. Alle kirchlichen Ordnungen werden daher von Linz aus vom bischöflichen Seelsorgeamt geführt. Von dort kommen die Erlässe und Verordnungen. Jede Pfarre ist zwar selbstständig, aber der eigentliche Seelsorger ist der Bischof" (17, 69).* Dies wirkt sich dann z.B. auf die Verteilung finanzieller Mittel so aus: *"Wenn Regelungen getroffen werden, wird es sehr schwierig [...], etwa was die Sammlungen betrifft. Wir sammeln sehr viel in der Gemeinde. Aber wir müssen das Geld alles abliefern und von der Zentrale wird es dann verwendet für Dinge, die dem Zentrum in Linz für gut und wichtig erscheinen. Wir haben da wenig Mitspracherecht" (17, 71).*

Auch die kirchliche Mitgliederentwicklung wäre von einer Gemeindezusammenlegung nach Auffassung der befragten Experten nicht betroffen. Gleichzeitig wurden 'Kooperation der Pfarren' und 'Personalmangel' angesprochen. *"Dadurch, dass in der Kirche ein großer Personalmangel an Priestern herrscht, haben wir uns schon mehrmals getroffen und ein Seelsorgekonzept ausgearbeitet, wenn der eine Seelsorger krank ist oder verstirbt. [...] Die Pfarren arbeiten*

*im Großen & Ganzen sowieso schon gut [über Gemeindegrenzen hinweg] zusammen (17, 97).*

Ein kirchlicher Befragter sprach die möglichen Folgen einer Zentralisierung generell an, sah darin aber keinen "gravierenden Nachteil": "Es könnte sein, dass man für manche Sachen, die man jetzt in Hörsching erledigen kann, dann nach Linz fahren muss z.B. bei Veranstaltungsmeldungen etc." (6, 90).

Sowohl Struktur als auch Organisation der Kirchen wären nach Ansicht der kirchlichen Befragten von einer Gemeindezusammenlegung nicht betroffen, weil diese Strukturen von politischen Veränderungen eher unabhängig sind. Gleiches gilt für Mitgliederentwicklung in den Kirchen.

### 2.3.9.3 Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen

Diese Gruppe von Experten wurde einerseits um eine Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung mit und ohne Gemeindezusammenlegung gebeten. Andererseits wurden sie nach dem Einfluss einer allfälligen Gemeindezusammenlegung hinsichtlich des Stellenwertes der jeweiligen Interessenvertretung befragt.

Generell gingen die befragten Experten davon aus, dass die Wirtschaftsentwicklung in den Umlandgemeinden mit bzw. ohne Gemeindezusammenlegung identisch verlaufen würde: "Für die [betriebliche] Wirtschaft [ist die Frage der Gemeindezusammenlegung] völlig egal. Für die Wirtschaft ist es wichtig, dass sie schnell zu [Bewilligungs-]Verfahren kommt, und dass die Betriebe [in einem größeren Wirtschaftsraum] selektieren können, sich [dort dann auch einen neuen], anderen Partner suchen können. [...] Vom Marketing her wäre es [in einem 'Groß-Linz'] natürlich fallweise leichter, obwohl das [- wie derzeit sichtbar] auch anders lösbar ist" (2, 143).

Insbesondere der Bezirk Linz-Land wurde hinsichtlich seiner ökonomischen Entwicklung als ausgesprochen gut eingeschätzt: "Linz-Land ist neben Linz **die** aufstrebende Region" (2, 145); Die Gemeinde "hat sich bisher gut entwickelt, weil es gute Möglichkeiten gibt. Das ändert sich, glaube ich, nicht (7, 144).

Die Vertretung der **Arbeitgeberinteressen** würde von einer Gemeindezusammenlegung ebenfalls kaum beeinflusst werden: "Auch gleich. Die Arbeitgeberinteressen werden in erster Linie durch die Wirtschaftskammer und den Wirtschaftsbund vertreten" (2, 145), welche unabhängig von der Gemeindestruktur nach den ö. Bezirken organisiert sind.<sup>35</sup>

Bei der Vertretung von **Arbeitnehmerinteressen** war die Meinung der befragten Experten geteilt: "Dies würde sich durch eine Gemeindezusammenlegung verbessern, vor allem die Arbeitnehmerinteressen" (7, 146).<sup>36</sup>; "Arbeitnehmervertreter sind vor allem über die Gewerkschaften und Betriebsräte organisiert und die sind sowieso anders strukturiert – überregional in Sektionen zusammengefasst" (2, 145).<sup>37</sup>

Generell gingen die befragten Experten davon aus, dass die Wirtschaftsentwicklung der Gemeinden des Großraums Linz mit bzw. ohne Gemeindezusammenlegung identisch verlaufen würde. Gleichzeitig sahen sie keinen wesentlichen Einfluss hinsichtlich der Vertretung der Arbeitgeberinteressen. Bei der Vertretung der Arbeitnehmerseite waren sich die Experten uneinig.

### 2.3.9.4 Derzeitiges kommunales Vereinswesen

Repräsentanten des jeweiligen kommunalen Vereinswesens, insbesondere VereinsvertreterInnen aus den Bereichen Kultur und Sport, sowie jene der Freiwilligen Feuerwehren wurden zur Fördersituation und Mitgliederentwicklung im Falle einer Gemeindezusammenlegung befragt.

<sup>35</sup> Regional sind Wirtschaftskammer & Wirtschaftsbund nach ö. Bezirken organisiert. Allenfalls könnte sich eine Verschiebung der Interessensvertretung ergeben, wenn sich durch die Gemeindezusammenlegung der WKO-Bezirk Linz-Land wesentlich verändern würde (was bei voller Eingemeindung (s.o.) durchaus der Fall wäre).

<sup>36</sup> Hier wurde die potenzielle Veränderung der Bezirksorganisation hinsichtlich Schlagkraft der Gewerkschaften als durchaus positiv gesehen.

<sup>37</sup> Dies ist eine tw. einseitige Arbeitgebersicht auf ArbeitnehmerInnen-Interessen, die von der traditionellen Struktur der Gewerkschaften (Landesorganisation, Bezirksorganisationen, Vertretung von Einzelgewerkschaften) ausgeht.

Mehrheitlich betonten die Experten die "derzeitige Vielfalt lokaler Vereine" (12, 54) und gingen davon aus, dass sich die Fördersituation durch eine Gemeindezusammenlegung eher verschlechtern würde: "Wahrscheinlich wird das dann schon so sein, dass die 'Großen' die 'Kleinen' schlucken werden. Ich kann mir vorstellen, dass die Fördersituation insgesamt gleich bleibt und dass dann schon wieder vorhandene politische Kräfteverhältnisse bestehen bleiben" (12, 57); "Das hängt davon ab: was für ein Verein? Die [lokalen] **Kulturvereine** werden sofort stark verlieren, da sie [mit hoher Wahrscheinlichkeit] in Linz untergehen werden" (9, 73).

#### 2.3.9.4.1 Besondere Benachteiligung der Freiwilligen Feuerwehren

Insbesondere für kleinere Vereine, insbesondere für Kulturvereine, aber auch für viele freiwillige Feuerwehren würde sich die Fördersituation nach Expertensicht verschlechtern: "Da besteht eine 90-prozentige Chance, dass er [der kleine Kulturverein] aufgelöst werden würde. Das nächste, das stark leiden würde, ist die Feuerwehr, weil die derzeitigen Subventionsmittel nicht mehr da sein würden" (5, 134); "Es hätte nur Nachteile für die Feuerwehr, das kennen wir aus den Erzählungen der anderen [freiwilligen Feuerwehren in Linz]. Die sind völlig abhängig davon, ob sie sich was kaufen dürfen, ob sie vom Magistrat die Genehmigung bekommen" (14, 121).<sup>38</sup>

#### 2.3.9.4.2 Schmälerung der Subventionsbasis für alle Vereine

Der Ortsverbundenheit lokaler Vereine und ihrer informellen Vernetzung wurde aus Sicht der Experten besondere Bedeutung zugeschrieben, und im Falle einer Gemeindezusammenlegung wurden negative Folgen befürchtet. "Das Problem könnte sein, dass neutrale unabhängige Vereine unter den Druck kommen, sich [politisch] zu deklarieren, [und nur] dann gibt es Förderungen. Das passiert ... leichter in einer großen Stadt als in einer kleineren Gemeinde." (15, 133).<sup>39</sup> "Möglicherweise würden sich die Subventionen - von den Banken und so - auch aufhören, weil die Ortsverbundenheit wegfallen würde. Das wäre wahrscheinlich auch ein Nachteil" (5, 89).

Neben der zerfallenden alten Ortsverbundenheit von Vereinen, welche von negativen Folgen der Identitätsstiftung begleitet würde, wurden Konsequenzen hinsichtlich Entwicklung im gesamten Freiwilligenbereich angenommen. "Neue Abhängigkeiten würden das Arbeiten, gerade in ... der freiwilligen Arbeit schwieriger machen" (14, 121). "Was ich aber verlieren könnte, ist, dass ein Verein auf Funktionären aufbaut, die das kostenlos, freiwillig & gern machen. [...] Das klassische ..., das gemeinsame Vereinsleben könnte verloren gehen. [...]" (9, 73).

#### 2.3.9.4.3 Verringerung der Mitgliederbasis, vermutet für viele lokale Vereine

Äußerst unterschiedlich wurden die Auswirkungen auf die Mitgliedersituation lokaler Vereine im Zuge einer Gemeindezusammenlegung wahrgenommen. Einige Experten gingen zwar von einer unveränderten Situation bei der Mitgliederrekrutierung aus (15, 135; 12, 59).

Doch andere Befragte sahen Faktoren, welche die gegenwärtige Situation erschweren würden. "Vor allem aber hätte es Einfluss auf die aktive Mitarbeit von Mitgliedern. Das verliert dann schon an Bezug. Auf einmal ist das [in einer neuen Groß-Gemeinde] auch anonym" (9, 75). Die traditionell gewachsenen Strukturen im Vereinswesen könnten nur schwer verändert werden, wobei dies wiederum vom Führungsverhalten der Vereinsfunktionäre abhängt. "Also solange die Führung das wegstecken kann, [...] aber das kostet die vielfache Anstrengung. Ich

<sup>38</sup> "Die Feuerwehren würden alle eingemeindet werden, [...] das würde dann alles von der Linzer Berufsfeuerwehr verwaltet werden. Und das würde zum gleichen Schlamassel führen, wie es jetzt schon in anderen Großstädten gegeben ist, dass du nämlich gar keine wirkliche Feuerwehr vor Ort mehr hast – das ist ein Chaos und Desaster" (5, 134). Die besondere Bedeutung unterschiedlicher freiwilliger Feuerwehren im ländlichen Raum verdeutlichte ein Experte wie folgt: "Wir haben ja [...] drei Feuerwehren in der Gemeinde. Die sind zu unterschiedlichsten Zeiten gegründet worden; und wir haben uns ... so eingebunden und organisiert, dass wir **sicher nie zusammengelegt** werden. [...] Es würde keiner zu einer anderen Feuerwehr gehen" (8, 98).

<sup>39</sup> Hier spricht sicher ein gewisses Misstrauen aus den Umlandgemeinden gegenüber einem "roten Linz" und seiner Subventionspolitik, das sich auf Erfahrungen auf einer "schwarzen" Landes- und Gemeindeebene hinsichtlich Subventionspolitik und Förderpraxis bezieht (bisher gab es eine entsprechende erfolgreiche und nutzbare Förderschiene, und was passiert dann damit in der neuen, wahrscheinlich "roten" Großgemeinde?).

*muss denen was bieten, den jungen Menschen [...] Es sind ebenso wie die Menschen auch die Institutionen unterschiedlich, je weiter man von Zentralraum wegkommt" (14, 123).*

Ein Befragter nannte exemplarisch auch die Auflösung kleinerer Vereine (5, 91). Die Experten befürchteten im Zuge der Gemeindezusammenlegung folglich eine Auslagerung der gegenwärtig in vielen lokalen Vereinen stattfindenden Arbeit an zentrale öffentliche Einrichtungen.

Zusammenfassend bleibt anzumerken: Die Repräsentanten lokaler Vereine betonten die existierende Vielfalt eben dieser lokalen Vereine. In Folge einer Gemeindezusammenlegung gingen sie von einer sich verschlechternden Fördersituation für Vereine aus. Diese Befürchtung wurde insbesondere für kleinere Vereine im Kulturbereich, aber auch für die wichtigen identitätsstiftenden "freiwilligen Feuerwehren" angenommen.

Aufgrund der gewachsenen traditionellen Strukturen im Vereinsbereich wurde negative Konsequenzen für den gesamten Freiwilligenbereich vermutet. Demgegenüber wurden mögliche Veränderungen zum Positiven (Verbreiterungen des Aktionsradius und der Vernetzungen) bisher nicht wahrgenommen.

### **3 Weitere soziologische Analysen**

#### **3.1 Grundsatzüberlegungen**

Wer bis vor kurzem laut über Gebietsreformen bzw. Eingemeindungen nachdachte, musste sich darüber im Klaren sein, dass er/sie seitens der betroffenen Gemeinden sofort in die Ecke der "ökonomischen Begehrlichkeit" gestellt wurde; und jede/r, der/die es wagte, die Autonomie von Gemeinden in Frage zu stellen, zog sich den Unmut eben dieser zu. Dieses – soziologisch nur zu verständliche – Problem hat seine Ursachen einerseits in lokalen Macht-Herrschafts-Verhältnissen sowie in der jeweils herrschenden "lokalen Identität" als Ankerpunkt sozio-kultureller Identität.

Schon Max Weber hat in seinen soziologischen Grundbegriffen die Begriffe Macht und Herrschaft folgendermaßen definiert: "*Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht. [...] Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden.*"<sup>40</sup>

##### **3.1.1 Das Problem des Machtverlustes**

Heute wird man zwar nicht mehr direkt von "*Macht*" oder "*Herrschaft*" sprechen, sondern eher von "*Kompetenz*", was juristisch gleichbedeutend mit der Zuständigkeit von Organen (diesfalls eben von Gemeinden) ist, bestimmte Aufgaben selbständig durchzuführen. Es ist die Angst vor Macht- bzw. Kompetenzverlust, welche Gemeinden, insbesondere die gewählten Mandatäre, hindert, sich an andere Gemeinden anzuschließen oder auch nur ernsthaft darüber nachzudenken. Kompetenzverlust bedeutet aus Sicht der Betroffenen Verlust an Gestaltungsmöglichkeit, Verlust an Einfluss und letztendlich Machtverlust. Solange Kompetenz unter dem Gesichtspunkt des Lokalen gesehen wird und nicht in einen größeren, regionalen Zusammenhang gebracht werden kann, ist verständlicherweise mit Widerstand zu rechnen. Erst wenn regionale Gestaltungsmöglichkeit als Chance wahrgenommen wird, als Chance, damit auch die lokalen Bedürfnisse und Befindlichkeiten (nachhaltig) zu befriedigen, erst dann wird die Bereitschaft gegeben sein, Kompetenz abzugeben.

---

<sup>40</sup> Weber, Max (2002): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Erster Teil: Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. I. Soziologische Grundbegriffe, § 16. (Macht und Herrschaft), Tübingen 2002: Mohr (Nachdruck der 5., rev. Auflage 1972, besorgt von Johannes Winkelmann), auch online: <http://www.textlog.de/7312.html> (30.9.2007).

### 3.1.2 Das Problem des Identitätsverlustes

Ein weiterer – für beabsichtigte Eingemeindungen – wichtiger Punkt ist die Berücksichtigung der lokalen Identität. Identität – allgemein betrachtet – beruht auf *Unterscheidung*. "Sich-von-etwas-unterscheiden" bedeutet letztlich immer: "sich abgrenzen"; Identität wird also im Wechselspiel zwischen "dazugehören" und "nicht dazugehören" entwickelt.

Nach George Herbert Mead (Mead 1968) besteht die Identität von Menschen aus der Beziehung zwischen einem externen Objekt bzw. zwischen verschiedenen Objekten und einem reflektierenden Subjekt. Letzteres ist in der Lage, diese(s) Objekt(e) zu betrachten, und sich durch Unterscheidung davon selbst zu definieren und zu vergewissern.

Die Ausbildung der (individuellen) Identität ist insbesondere abhängig von sozialen Interaktionen mit anderen Menschen, die an Stelle der identifikatorischen Objekte treten. Mit seinen Überlegungen zum "generalisierten Anderen" (taking the role of the other) zeigt Mead auf, dass die jeweiligen Haltungen der anderen von einem selbst objektiviert und damit antizipiert und eingenommen werden, ja letztlich Teil der eigenen Identität werden.

Wenn nun diese identifikatorischen Interaktionen besonders intensiv und häufig stattfinden, so prägen sie auch nachhaltig die Identität einer betroffenen Person. "Lokale Identität" bedeutet, dass der Einzelne - insbesondere durch seine Ortszugehörigkeit - bedeutende Bindungen erfährt, welche sich auf seine individuelle Identität auswirken. Es ist gerade der heutige mobile, ja flexible Mensch, der vermehrt eine Sehnsucht nach Verwurzelung in seiner Gemeinde entwickelt. Richard Sennet meinte dazu u. a. (Sennet 1998, S. 45): *"... all die emotionalen Bedingungen modernen Arbeitens beleben und verstärken diese Sehnsucht [...] und vor allem die allgegenwärtige Drohung, ins Nichts zu fallen, nichts aus sich machen zu können, das Scheitern daran, durch Arbeit eine Identität zu erlangen. All diese Bedingungen treiben die Menschen dazu, woanders nach Bindung und Tiefe zu suchen."*

Ein Beleg für diese lokale Identität ist die mit den obigen Stimmen (vgl. Abschnitt 2.3.2) durchaus vergleichbare Diskussion in Salzburg. Nachdem sich im Jahre 2005 Stimmen für eine Eingemeindung der Flachgauer Gemeinden Wals, Bergheim oder Hallwang nach Salzburg Stadt ausgesprochen hatten, protestierte die Flachgauer Volkspartei gegen diese Tendenz zur Eingemeindung von Gemeinden im Grenzbereich zur Stadt Salzburg. Als Argument wurde u. a. ins Treffen geführt, dass *"unsere Gemeinden, die Flachgauer Identität und die Eigenständigkeit kleinerer Einheiten in unserem Land ... (sich) ... zu schade (sind) für derart vordergründige Begehlichkeiten. Die Stadt hat es selbst in der Hand, ihre Möglichkeiten zu nutzen."*<sup>41</sup>

## 3.2 Identität und Identitätsverlust im Lichte bisheriger Studien zu Gemeindezusammenlegungen

In der Folge werden die wichtigsten Ergebnisse ausgewählter österreichischer und schweizerischer Studien zur Thematik "Gemeindezusammenlegungen" mit einem Fokus auf "Identität" präsentiert. Bewusst wurde dabei die historische Entwicklung ausgeklammert, da diese zumeist lediglich dokumentarischen Charakter hat und relativ wenig zur Erhellung der wesentlichen Identitäts-Problematik beitragen kann. Dabei wurden auch primär nicht-soziologische Studien einbezogen, sofern in den Ergebnissen Bezüge zum Identitäts-Thema enthalten waren.

### 3.2.1 "Eingemeindung & Zusammenlegung von Gemeinden" (Fröhler 1976)

Ludwig Fröhler (1976) betrachtet die Zusammenlegung von Gemeinden aus Gründen der Erreichung einer bestimmten "*Norm-Gemeindegröße*" (damals wichtigstes politisches Argument) eher skeptisch, da neben den ökonomischen Faktoren der demokratiepolitische Bereich, also

---

<sup>41</sup> vgl. Bezirksblatt Flachgau Nord. Nr. 21, 25. 5. 2005, S. 2-3.

die Miteinbeziehung des Bürgers, übersehen werde. Im Interesse der "*sozialen Identifikation*" (Fröhler 1976, S. 7) sollte vor allem auf hohe Bürgerbeteiligung und lokale Selbstverwaltung Wert gelegt werden (und nicht so sehr auf die Stärkung der zentralen Verwaltung).

Nach Fröhler wirkt die jeweils entstehende Gemeindegröße als Faktor der Bürgerentfremdung, insbesondere dann, wenn aufgrund des großgemeindlich-zentralörtlichen Übergewichts Mitwirkungseinrichtungen wie Ortschaftsverfassung, -sprecher u. dgl. (vgl. oben, Kap. 2.3.8.4) lediglich als Alibifunktion aufrechterhalten und – im Falle des Nichtwohlverhaltens – diese schnell auf ein Abstellgleis geschoben werden. Demgegenüber bevorzugt Fröhler (wie auch Hofer 2005) die *Gemeindekooperation* als in der Regel bessere Lösung, da kein Identitätsverlust eintrete.<sup>42</sup>

Etwas anders verhält sich nach Fröhler die Situation allerdings bei der Eingemeindung von Umlandgemeinden zu einer zentralen Großgemeinde bzw. Zentralstadt. Hier könnten durchaus Gründe wie Ver- und Entsorgung, Dienstleistungen, Arbeitsplätze u. dgl. ins Treffen geführt werden, welche dafür Sorge tragen, dass ein einheitlicher Lebens- und Aufgabenraum mit neuen Identifikationselementen entsteht.

### **3.2.2 Die Studie "Großgemeinden für Oberösterreich" (Schmidt 1976)**

Karl Schmidt untersuchte 1976 mehrere oberösterreichische Gemeindezusammenlegungen (vgl. dazu auch Institut für Stadtforschung 1975a, 1975b), indem er die Beziehung zwischen Gemeindegröße, Wirtschaftskraft und der Verwaltungskraft mit einer sozioökonomischen Kenngröße bewertete.

In seiner empirischen Untersuchung kommt er zu dem Ergebnis, dass dabei die kleineren fusionierten öö. Gemeinden eher schlechter abschneiden als die größeren Gemeinden, die häufig zu Zentren von Kleinregionen und damit zu neuen und erweiterten identifikatorischen Kernen wurden. Alle in der Untersuchung angeführten neu entstandenen Großgemeinden stellen dementsprechend auch die neuen Zentren der oberösterreichischen Wirtschaft dar.

Aber auch Schmidt vertritt die Auffassung, dass "*eine gebietliche Neugliederung von Gemeinden*" nicht "*von oben*" herab angeordnet werden soll, sondern durch Mobilisierung aller politischer Kräfte im Land und insbesondere durch Allokation der Zustimmung der BürgerInnen erfolgen muss, um die notwendige Identifikation sicherzustellen.

### **3.2.3 Studie "Zusammenschluss Oberes Wynental" (Bieri u.a. 2005)**

Hier wurden die Voraussetzungen eines überkantonalen Gemeindezusammenschlusses (Aargau, Luzern) im Detail untersucht. Solche Zusammenschlüsse haben meist handfeste Auslöser, wie z. B. finanzielle Schwierigkeiten, die Forderung nach einer stärkeren Position gegenüber anderen Wirtschaftsräumen oder auch die jahrzehntelange intensive Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden. Ähnlich verhielt es sich auch bei den Gemeinden Burg (AR), Menziken, Pfeffikon und Reinach (LU), welche eine Lösung ihrer Probleme in einem möglichen Zusammenschluss sahen. Dabei legte man zuvorderst großen Wert auf eine möglichst breite Basis und beschloss, die Meinungen, Wünsche, Befürchtungen und Hoffnungen der BürgerInnen bereits in einer frühen Phase miteinzubeziehen (vgl. Bieri u.a. 2005a, 2005b), und durch repräsentative Befragung<sup>43</sup> Antworten auf vier Fragenkomplexe zu erhalten:

- Zufriedenheit der Stimmberechtigten mit der aktuellen Lebenssituation;
- Akzeptanz eines allfälligen Gemeindezusammenschlusses; Chancen und Risiken;
- argumentative Begründung dieser Chancen und Risiken;

<sup>42</sup> Im internen Bericht (Hofer/ Pass 2007, Kap. 5.3) findet sich daher ein größeres Kapitel zu Gemeindekooperation, auch im internationalen Vergleich, welches hier nicht übernommen wurde.

<sup>43</sup> Die Befragung wurde mittels computerunterstützten Telefoninterviews im Zeitraum zwischen dem 20. Juni und dem 1. Juli 2005 von 32 BefragterInnen durchgeführt. In jeder Gemeinde wurden rund 200 Personen befragt.

- Ermittlung möglicher Alternativen bei einer Ablehnung des Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses.

Obwohl mehrheitlich eine generelle Zufriedenheit in allen Wohngemeinden festzustellen war, gab es doch tendenzielle Unterschiede. Am wenigsten zufrieden zeigte man sich in der Gemeinde Burg, einer Kleinstgemeinde mit beschränktem Dienstleistungsangebot. Hier lag die Vermutung nahe, dass sich diese schwächere Zufriedenheit auch in einem stärkeren Willen hin zu einem Gemeindegemeinschaftszusammenschluss auswirken würde (was auch der Fall war).

Bereits bestehende Kooperationsformen zwischen Gemeinden haben sich (so die Befragungsergebnisse) schon als "erlebbare" bewährt und bilden eine Vorstufe zur Gemeindegemeinschaftszusammenlegung. Darüber hinaus gibt es auch einen mehrheitlichen Willen, Dienstleistungen zumindest situativ auch außerhalb der eigenen Wohngemeinde zu beziehen. Obwohl insgesamt eine gute Basis für einen Gemeindegemeinschaftszusammenschluss eruiert wurde, löste der bei Zusammenschluss notwendige Kantonswechsel in der Gemeinde Pfeffikon keine besondere Begeisterung aus.

Die positiven Argumente für einen Zusammenschluss überwiegen jedoch insgesamt, und mehrheitlich geteilt wurde insbesondere die Erwartung, dass die "neue" Gemeinde effizienter, im kantonalen Verhältnis konkurrenzfähiger, versetzt mit einem besseren Schulangebot und auch eine logische Folge der bisherigen Zusammenarbeit sei.

Interessant erscheinen jedoch aus unserer Sicht die bekundeten Gegenargumente. Die Gemeinden Menziken und Reinach betonten dabei die Dringlichkeit anderer Probleme und Pfeffikon befürchtete als einzige der Gemeinden mehrheitlich einen "Heimatverlust". Diese emotionale Komponente in Pfeffikon ist v.a. auf den damit verbundenen Kantonswechsel und daher besonders starken Identitätsverlust zurückzuführen.

### **3.2.4 Gemeindegemeinschaftszusammenlegung Weyer-Markt und Weyer-Land (OÖ.)**

Nach 109 Jahren Trennung schlossen sich am 1. Jänner 2007 die Gemeinden Weyer-Markt und Weyer-Land zur neuen Gemeinde "Weyer" zusammen. Aus dieser Zusammenlegung erwachsen zahlreiche Vorteile wie z. B. eine einheitliche Verwaltungsstruktur mit einem einzigen Gemeindeamt. Vor der Zusammenlegung gab es zwei Gemeindeämter, welche lediglich 80 Meter voneinander entfernt lagen. Nunmehr gibt es auch einen einzigen Bauhof, sowie darüber hinaus einen Standesamtsverband mit der Gemeinde Gaflenz und einen Abwasserverband.

Der Zusammenlegung ging ein langer Prozess unter Einbeziehung der Bevölkerung voraus. Die Meinung der kritischsten Gegner wurde ebenso einbezogen wie die der klaren Befürworter. Im Jahr 2004 führte man eine vorbereitende Bürgerbefragung durch, worin sich mehr als 80 Prozent der Befragten für eine Zusammenlegung aussprachen und eine hohe Identifikation mit der neuen Gemeinde bekundeten. Weyer ist nun mit 223,7 Quadratkilometern nach Grünau Oberösterreichs zweitgrößte Gemeinde und hat 5.000 Einwohner.

### **3.2.5 Gemeindegemeinschaftszusammenlegung im Schweizer Mittel-Rheintal**

Im Schweizer Mittel-Rheintal waren die fünf Gemeinden Au, Diepoldsau, Widnau, Balgach und Berneck (Kanton St. Gallen) im Laufe der Zeit zusammengewachsen. Um Aufgaben wie Raum- und Verkehrsplanung gemeinsam zu lösen und den Wirtschaftsstandort entsprechend zu stärken, beabsichtigen die jeweiligen Bürgermeister eine Gemeindegemeinschaftszusammenlegung. Damit würde eine eigene Stadt mit rund 27.000 Einwohnern – die zweitgrößte im Kanton – entstehen. Die Gegner hingegen befürchten, dass durch eine Zusammenlegung die Eigenständigkeit der Ortschaften verloren gehen könnte. Nunmehr liegt es an den BürgerInnen der betroffenen Gemeinden, ob die Gemeinderäte das Fusionsprojekt ausarbeiten sollen oder nicht.

Nach den u.a. Umfragen ist der Ausgang der Abstimmung offen; selbst bei Befürwortung der Zusammenlegung wären bis zur endgültigen Fusion weitere Volksabstimmungen notwendig.

Mit einer repräsentativen Umfrage<sup>44</sup> (vgl. auch Bieri u.a. 2004) wollte man im Mittelrheintal in Erfahrung bringen, welche Gedanken und Bedürfnisse, Chancen und Gefahren die mittelrheintalische Bevölkerung mit einer möglichen Gemeindefusion verbindet. Das Ergebnis der Studie spiegelt zunächst die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung im Mittelrheintal mit ihrer Wohnsituation und die derart begründete hohe Identifikation mit dem Wohnort wider. Gute Schulen, tiefe Steuern und die vorbildliche verkehrstechnische Erschliessung sind die primären Zufriedenheitsfaktoren, die guten Einkaufsmöglichkeiten, das Freizeitangebot und die Behördennähe tun ihr Übriges dazu. Den 95 Prozent aller zufriedenen Befragten standen nur gerade 4 Prozent Unzufriedene gegenüber.

Andererseits war die Einstellung der Mittelrheintaler zu einer möglichen Gemeindefusion geteilt. Während sich einerseits 42 Prozent der Befragten tendenziell für eine Gemeindezusammenlegung aussprachen, waren fast 38 Prozent gegenteiliger Meinung (20 Prozent waren unentschieden). Der wohl grösste Kritikpunkt gegen eine Gemeindezusammenlegung ist in allen fünf beobachteten Gemeinden die *Angst vor Heimatverlust*.

Rationale Argumente wie Kosteneinsparungen, Effizienzsteigerungen sowie Standortvorteile rückten den direkt messbaren Nutzen einer Zusammenlegung in den Vordergrund, während emotionale Argumente dagegen vor allem schwer kontrollierbare Ängste eines "Heimatverlustes" und Sorgen einer zu grosser Anonymität in einer Grossgemeinde betonten.

### 3.3 Studien zu Stadt-Umland-Beziehungen im Raum Linz

#### 3.3.1 Eingemeindung ausgewählter Umlandgemeinden in die Stadt Linz – ein Stimmungsbild (Hartjes/Langthaler 2005)

Rudolf Hartjes und Johannes Langthaler untersuchten im Jahr 2005 ausgewählte Umlandgemeinden der Stadt Linz schon mit Blick auf die Frage einer möglichen Eingemeindung.<sup>45</sup> (vgl. auch den detaillierteren Beitrag in diesem Band).

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass alle Befragten aus o.a. Gemeinden sich überwiegend gegen eine Gemeindezusammenlegung aussprachen. In den Gemeinden Leonding, Steyregg, Traun und Puchenau waren noch die höchsten Zustimmungswerte ermittelt worden (vgl. untenstehende Tabelle).

Tabelle 3: Befürwortung einer Gemeindezusammenlegung (GZL) in Linzer Umlandgemeinden

	<b>Pasching</b>	<b>Asten</b>	<b>Ansfelden</b>	<b>Hörsching</b>
für GZL (%)	18	24	25	29
gegen GZL (%)	82	76	75	71
für GZL	9	12	10	9
gegen GZL	41	38	30	22
	<b>Puchenau</b>	<b>Steyregg</b>	<b>Leonding</b>	<b>Traun</b>
für GZL (%)	43	45	48	44
gegen GZL (%)	57	55	53	56
für GZL	9	9	19	22
gegen GZL	12	11	21	28

Quelle: Hartjes/Langthaler 2005, S. 95.

<sup>44</sup> Vgl. [http://www.freicom.ch/index\\_de.php?TPL=3401&x3000\\_Open=78](http://www.freicom.ch/index_de.php?TPL=3401&x3000_Open=78) (download 30.9.2007).

<sup>45</sup> In der Zeit vom 27. bis 30. Mai 2005 wurden in relativ stark frequentierten Einrichtungen der acht Gemeinden (Asten, Puchenau, Steyregg, Leonding, Hörsching, Ansfelden, Pasching und Traun) persönliche Befragungen durchgeführt. Insgesamt wurden bei dieser Befragung 301 Personen interviewt, darunter 144 Männer und 157 Frauen. Diese – zwar nicht repräsentative Befragung – vermittelt ein erstes Stimmungsbild zur Thematik.

Auf die Frage, welche *Vorteile* man sich aus einem Zusammenschluss mit der Landeshauptstadt Linz erwarten würde, nannten rund 50 Prozent eine Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel, gefolgt von mehr Ausbildungsplätzen (43 %) und eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (40 %).

Bei den erwarteten *Nachteilen* wurden in erster Linie der Verlust der Bürgernähe (63 %) sowie die geringere Gemeindeidentifikation (56 %) bzw. Identitätsverlust (55 %) genannt.

### **3.3.2 Zur Umgemeindung von Plesching (Gemeinde Steyregg) (Lins 2007)**

Seit einigen Jahren wird das Thema der Eingliederung des zu Steyregg gehörenden Ortsteiles Plesching in die Stadt Linz diskutiert. Dazu hat sich auch eine Bürgerinitiative "Plesching zu Linz" gebildet. Die hier referierte Untersuchung von Josef Lins (2007) ist der Frage gewidmet, wie die BewohnerInnen von Plesching zu dieser Frage stehen.

Die standardisierte schriftliche Befragung bei 380 Pleschinger Haushalten ergab eine Rücklaufquote von 50 %. Die große Mehrheit (93 %) wohnt nicht seit Geburt in Plesching, sondern ist später zugezogen. Dementsprechend fühlt man sich in erster Linie zwar als "PleschingerIn" (45 %), doch kaum als "SteyreggerIn" (nur 6 % bejahten dies), während immerhin 42 % sich in erster Linie als LinzerInnen betrachten (Lins 2007, 3).

Zu Steyregg und seinen zentralörtlichen Angeboten besteht kaum Bezug. Unumgängliche Erledigungen am Stadtamt, medizinische Angebote und die Frequentierung des Altstoffsammelzentrums sind die einzigen Anlässe, die die PleschingerInnen nennenswert (mehr als 10 %) in ihre Stammgemeinde Steyregg locken. Alle anderen Bezugspunkte lokaler Identität sind sehr schwach ausgeprägt (Kultur, Freunde, Pfarrgemeinde, Vereine, Schulen, Gemeindepolitik, vgl. Lins 2007, 8). Dementsprechend stimmen mehr als 2/3 der Aussage voll zu, "tagtäglich wie ein/e Linzer/in zu leben, aber an jenen Dingen, die an einen Wohnsitz gebunden sind, nicht teilhaben zu können" (S. 10).

68 % aller Befragten sind daher dafür, "dass die Ortschaft Plesching an die Stadt Linz angeschlossen wird" (S. 14), was vor allem von der Gegend des Zuzugs abhängt (aus Linz oder Urfahr Umgebung zugezogen = stärkste Zustimmung; aus Steyregg hierhergezogen = stärkste Ablehnung). Klarerweise ist dann auch bedeutsam, ob man sich in erster Linie als "PleschingerIn", als "LinzerIn" oder als "SteyreggerIn" fühlt.

Plesching kann als typisch für Linz-nahe Ortschaften in den Umlandgemeinden gelten, die vor allem eine aus Linz zugezogene und auf Linz orientierte Wohnbevölkerung haben. Hier ist Eingemeindung gerade wegen der dominanten Linzer Identität eine starke Wunschvorstellung.

### **3.3.3 Zu Stadt-Umland-Beziehungen der Bevölkerung am Beispiel Leonding (Arnoldner 2005, Baum u.a. 2001)**

Zur wichtigen Frage des Gemeindebezuges der Bevölkerung einerseits versus des Zentralstadt-Bezuges (Orientierung nach Linz) andererseits liegen insbesondere für Leonding detailliertere empirische Ergebnisse<sup>46</sup> aus zwei Studien vor. Die eine (Arnoldner 2005) richtete sich vor allem an Erwachsene (vgl. Arnoldner 2005, 158), während die andere Studie eine ausdrückliche "Jugendstudie" war und sich nur an Jugendliche und junge Erwachsene (12- bis 25-Jährige) wandte (Baum u.a. 2001).<sup>47</sup>

---

<sup>46</sup> Die Studien hatten jeweils einen anderen Fokus. Die Stadt-Umlandthematik musste aus ihnen erst sekundäranalytisch für Zwecke dieses Berichtes herausgearbeitet werden.

<sup>47</sup> Die Leondinger Ergebnisse zum Verhältnis der Bevölkerung zu Linz aus den beiden Studien wurden für diesen Bericht von Doris Baum zusammengefasst und tw. (Jugendstudie Leonding 2001) neu analysiert.

### 3.3.3.1 Ergebnisse der Studie "Zufriedene Gemeinde am Beispiel Leonding"

Arnoldner (2005, 166) gibt jede/n zweite/n Befragte/n mit Geburtsort Linz an, was den Charakter von Leonding als Umlandgemeinde mit starkem Zuzug aus der Zentralstadt ausweist. Dementsprechend geben auch zwei Drittel an, ihren Freundeskreis in Linz zu haben (gegenüber immerhin 55 % mit Freunden in Leonding, S. 168).

Trotzdem identifiziert sich die große Mehrheit der Befragten mit der Gemeinde Leonding: 85 % sind sehr stolz oder eher stolz darauf, LeondingerIn zu sein (Arnoldner 2005, 169). Als Gründe dieses Stolzes wurden aber sehr oft *Aspekte des Nahverhältnisses zu Linz* genannt (dies ist die Hauptdimension der offenen Nennungen zur Begründung des o.a. Stolzes).<sup>48</sup>

Das soziokulturelle Leben auch der erwachsenen LeondingerInnen ist (im Umkehrschluss) stark auf die Zentralstadt Linz bezogen: denn nur eine Minderheit hat ein Stammlokal in der Gemeinde (22 %, s. Arnoldner 2005, 176), ist religiös im Ort verankert (32 %, S. 184), betreibt Sport im Ort (42 %, S. 184), ist lokal politisch engagiert (43%, S. 184) oder besucht auch Kulturveranstaltungen in der Gemeinde (49 %, S. 184). Wer all dies gemeindeorientiert tut, ist jedoch signifikant zufriedener in Leonding und auch insgesamt "lebenszufriedener" (Arnoldner 2005, 186).

Die Leondinger Lebensbedingungen werden daher aus Sicht der BewohnerInnen primär nach der Lebenssituation in einer typischen Umlandgemeinde eingeschätzt: Sehr wichtig sind vor allem (auszugsweise, vgl. Arnoldner 2005, 188): "Gesunde Umwelt" und "Ruhige Wohnlage" (je 80 %), "Anschluss an Verkehrsverbindungen" (71 %) und "Lückenloses Netz an 'Öffis'" (63 %). Mehr als 50 % Bedeutung haben dann nur noch "Schutz vor Kriminalität", "Medizinische Versorgung", "Wohnen im Grünen", "Erschwingliche Preise für Mieten oder Wohnungseigentum" und "Einkaufsmöglichkeiten". Alles andere rangiert unter "ferner liefern". Allerdings sind diese Anforderungen generell nur zum Teil erfüllt (Arnoldner 2005, 194), wobei bei folgenden Dimensionen die **Diskrepanz Erwartung/ Erfüllung** am größten erscheint (S. 197): "Gesunde Umwelt" (- 51 %), "Ruhige Wohnlage" (- 40 %), "Anschluss an Verkehrsverbindungen" (- 39 %), "Netz an 'Öffis'" (- 35 %), "Wohnen im Grünen" (- 26 %).

Dabei ist "Leonding" nicht gleich "Leonding". Der Wohnort innerhalb der Stadtgemeinde (und damit auch die Nähe der Ortschaft/ des Ortsteiles zu Linz) hat deutlichen Einfluss auf die Zufriedenheit. Stadtnahe Gemeindeteile mit gut ausgebauter Infrastruktur haben BewohnerInnen, die diese Vorteile zwar genießen, aber wegen Lärm und mangelnder "Grünlandschaft" auch eher unzufrieden sind.

Schließlich lässt sich aus den beiden offenen Fragen nach den "*dringlichsten Problemen in Leonding*" (Arnoldner 2005, 214) und nach "*Veränderungswünschen für die Zukunft*" (Arnoldner 2005, 226ff.) ebenfalls ein Stimmungsbild einer typischen Umlandgemeinde ablesen, denn **Verkehr** ist in beiden Fällen das wesentliche Haupt-Thema.

"*Verkehrsthemen*" liegen einerseits bei den "dringlichen Problemen" (mit fast der dreifachen Nennung gegenüber allen anderen Themen), und andererseits auch bei den "Veränderungswünschen" mit insgesamt 64 Nennungen<sup>49</sup> jeweils auf Rang 1.

In typischen Umlandgemeinden ist eben die Anbindung an das Verkehrsnetz der Zentralstadt ein ganz wichtiges Thema. Man pendelt für Zwecke des Arbeitens, der Bildung, der Freizeit und der Kultur dorthin, was hier auch für die Relation Leonding - Linz ganz deutlich sichtbar wird.

<sup>48</sup> Hier sind Nennungen wie "Grünland und doch Nähe zu Linz", "Schnell in Linz", "Leben wie im Dorf und gleich in der Stadt", "Grüne Stadt vor Linz", "Naturnahe Wohnlage mit sehr guter Linz-Anbindung" anzuführen. Arnoldner nennt insgesamt **88** solche Angaben, was weit vor allen anderen Dimensionen liegt (wie: "Grünlage und Natur": 54x, "Gemeinschaftserleben": 22x, "lokale Infrastruktur": 18x, "direkte Wohnqualität": 16x, "Kultur": 15x, "anderes": 12x bis 2x; Arnoldner 2005, 170-174).

<sup>49</sup> Hier werden die folgenden Kategorien nach Arnoldner (2005, S. 227, 229, 230): "Verkehr" (32x), "Fahrradwege" (17x) und "öffentlicher Verkehr" (15x) zusammengefasst.

### 3.3.3.2 Ergebnisse der Studie "Jugend in Leonding"

Bei der Jugendstudie waren natürlich mehr Jugendliche und junge Erwachsene bereits in Leonding geboren (mehr als 50 %), als dies bei der o.a. Studie unter Erwachsenen der Fall war.<sup>50</sup>

Eine Differenzierung nach "Wohndauer in der Gemeinde" zeigte sich später insbesondere für das sog. "Heimatgefühl" kausal mit verantwortlich: ein *Zuzug vor der Einschulung* ergibt signifikant höhere Prozentsätze an Befragten, die sich "als echte LeondingerInnen" fühlen (Baum u.a. 2001, 77).

Unter den "Später-Zugezogenen" findet sich erwartungsgemäß auch der größte "Ausländeranteil". 12 % dieser Gruppe haben die österreichische Staatsbürgerschaft nicht.<sup>51</sup>

#### 3.3.3.2.1 Jugend, Vereine und Linz-Bezug

Die Jugendlichen sind eher häufig<sup>52</sup> (zu 34 %, Baum u.a. 2001, 29) über Vereine sozial integriert. Jene, die eine Mitgliedschaft in einem Verein haben, sind vor allem in verschiedenen Sportvereinen engagiert (71 %), und für immerhin 53 % befindet sich dieser Sportverein auch vor Ort, in Leonding.

Nur ein Viertel der jugendlichen Leondinger Mitglieder von Sportvereinen besuchen diesen Verein in Linz.

#### 3.3.3.2.2 Defizite und "Auspendeln" im Freizeitbereich

Als *größtes Defizit der lokalen Infrastruktur* (52 % aller Befragten, vgl. Baum u.a. 2001, 51) wird das *Angebot an Musikveranstaltungen* sichtbar (und 49 % derjenigen, die angaben, es gäbe nicht genügend Musikveranstaltungen, wünschen sich einfach "mehr Konzerte", spezifizieren ihren Wunsch jedoch nicht).<sup>53</sup>

Weiters fehlen vielen Leondinger Jugendlichen *attraktive Lokale*. Dieses Defizit wird signifikant stärker von der Gruppe der älteren Jugendlichen wahrgenommen. Auch die Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind signifikant. Den größten Mangel an Lokalen erleben die Jugendlichen, die in den Stadtteilen Berg, Buchberg, Enzenwinkel, Friesenegg, Hart, Holzheim, Reith und Untergaumberg wohnen.

79 % der Jugendlichen sind zumindest einmal pro Woche zu Besuch bei Freunden. Auch in Leonding ist es üblich, sich in Wohnungen zu treffen und dort gemeinsam die Zeit zu vertreiben. An zweiter Stelle bei der Rangliste der häufigsten Aufenthaltsorte im Freizeitbereich steht aber der "Freizeit-Großraum" Linz. 72 % halten sich zumindest einmal pro Woche in Linz auf (Lokalbesuch bzw. Veranstaltungen).

43 % der Befragten gaben sogar an, fast täglich in Linz zu sein. Hier besteht allerdings ein starker Zusammenhang mit dem *Ort der Schule oder des Arbeitsplatzes*. Während 62 % derjenigen, die in Linz zur Schule oder zur Arbeit gehen, ihre Freizeit fast täglich auch in Linz verbringen, trifft das nur für 7 % der in Leonding verankerten SchülerInnen und Berufstätigen zu.

Fast die Hälfte der Jugendlichen verbringt ihre Freizeit einmal pro Woche in der Plus City oder im Uno Shopping, wobei einschätzbar ist, dass sie nicht nur zum Einkaufen dorthin gehen,

---

<sup>50</sup> 51 % der befragten jungen LeondingerInnen leben seit ihrer Geburt in Leonding. Weitere 20 % sind noch vor ihrer Einschulung, also bis zum 6. Lebensjahr, zugezogen und gut ein Drittel (29 %) zog erst nach der Einschulung nach Leonding (Baum u.a. 2001, 19).

<sup>51</sup> Von jenen, die in Leonding geboren wurden, haben 99 % die österreichische Staatsbürgerschaft (Baum u.a. 2001, 20).

<sup>52</sup> Dies liegt über dem österr. Durchschnitt von Vereinszugehörigkeiten Jugendlicher (dzt. 27 %).

<sup>53</sup> 15 % sind in ihren Antworten etwas genauer und wünschen sich vor allem mehr Pop-Konzerte in Leonding. 8 % wollen mehr Feste bzw. Musikfestivals, und weitere Angaben beziehen sich auf Konzerte verschiedenster Musikrichtungen (Rock, Hip-Hop usw.), auf Auftrittsmöglichkeiten für Amateurbands oder auch auf Disco-Events.

sondern dass die Einkaufszentren auch als Orte gesehen werden, wo man sich einfach treffen kann.

Ein Drittel der Befragten ist mindestens einmal pro Woche auch in einem Lokal (Linz/ Leonding/ anderswo = 50 %/ 35 %/ 15 %) zu finden, wobei die Älteren wesentlich öfter in Lokale gehen als die Jüngeren. Je ein Viertel ist auch regelmäßig im Freibad, bzw. im Winter am Eislaufplatz, sowie auf anderen Sportanlagen im ganzen Zentralraum anzutreffen. 18 % der Jugendlichen verbringen ihre Freizeit auch öfter auf Spielplätzen oder in Parks. Hier sind die Jüngeren stärker vertreten.

Das "Infracenter"<sup>54</sup> (13 %) und die "Nachtschicht"<sup>55</sup> (11 %) sind vor allem für Ältere attraktiv<sup>56</sup>, was natürlich darauf zurückzuführen ist, dass der Einlass in die Nachtschicht und in die Lokale im Infracenter erst ab 16 Jahren gestattet ist.

Die *Bindung an Leonding als Heimatgemeinde* ist aus Sicht der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sehr hoch. Auf die Frage "Wenn du oder deine Familie umziehen würden, würdest du in Leonding bleiben wollen?" antworteten 72 % der Jugendlichen mit "ja, auf jeden Fall" oder "ja, eher schon". Umgekehrt tendieren (nur) 28 % weg von Leonding.

#### 4 Zusammenfassung und Ausblick

Die Frage von Gemeindezusammenlegungen bewegt sich generell im Spannungsfeld zwischen "harten" *ökonomischen Faktoren*, die regional und *insbesondere in Stadt-Umland-Situationen* oft eher dafür sprechen, und "weichen" *sozio-kulturellen Faktoren*, die zumeist eher dagegen sprechen. Meistens ist es dabei die Angst vor Kompetenz- und damit auch vor Machtverlust, welche Gemeinden, insbesondere die letztlich entscheidungsbefugten gewählten Mandatäre, daran hindert, sich an andere Gemeinden anzuschließen bzw. sich mit diesen zusammenzulegen.

Solange diese lokal wesentliche Gestaltungskompetenz unter dem Gesichtspunkt des rein Lokalen und der gegebenen Ortsgemeinde(n) gesehen wird, und nicht in einen größeren, regionalen Zusammenhang gebracht werden kann, ist verständlicherweise mit Widerstand bei allen Versuchen zu rechnen, Umlandgemeinden durch Eingemeindungen mit einer Zentralstadt zu verschmelzen.

Erst wenn umfassendere regionale Gestaltungsmöglichkeiten als *Chance der Entwicklung wahrgenommen* werden bzw. werden können; und zwar als Chance, damit auch die direkten *lokalen Bedürfnisse und Befindlichkeiten* aller betroffenen Gemeinden (nachhaltig) zu befriedigen, erst dann wird die Bereitschaft gegeben sein, Kompetenz abzugeben und in eine Gemeindezusammenlegung einzuwilligen.

Ein weiterer in diesem Zusammenhang wichtiger Punkt ist die Berücksichtigung der jeweiligen *lokalen Identität betroffener Gemeinden* und BürgerInnen, welche stark mit Herkunft, Bindungen und Emotionen verbunden ist und damit anderes, Fremdes, notwendigerweise ausgrenzt - was immer wieder stark mit jenen Gemeinden korreliert, die im Kontext einer Zusammenlegung eben nicht als die eigene, sondern als die "fremde" Gemeinde erlebt werden, mit der eine Fusion ansteht.

Ökonomische Gründe sind aber auch nicht eindeutig bestimmbar, sondern können je nach Situation der betroffenen Gemeinden einerseits verstärkend, andererseits jedoch auch hemmend wirken.

---

<sup>54</sup> Disco und Jugendtreff im Süden des Großraums Linz, an der Salzburger Straße, und schon im Linzer Gemeindegebiet gelegen.

<sup>55</sup> Die "Nachtschicht" ist eine große überörtliche Discothek im Bereich des sog. "Uno-Shopping-Centers", und ist im Leondinger Gemeindegebiet gelegen.

<sup>56</sup> Infracenter:  $r = 0,17^{**}$ ; Nachtschicht:  $r = 0,31^{***}$  ( $r$  = Regressionskoeffizient;  $** = 95\%$ ;  $*** = 99,9\%$  Signifikanz).

Die Linzer Umlandgemeinden zeichnen sich derzeit sowohl durch starke *Zuwanderungsbewegungen* aus der Zentralstadt Linz als auch durch eine gute *ökonomische Entwicklung* im "Speckgürtel" aus. Die resultierenden strukturellen Veränderungen bewirkten einerseits den Aufbau einer jeweiligen lokalen kommunalen Infrastruktur; andererseits sind diese Gemeinden aber von resultierenden Verkehrsproblemen und Umweltbelastungen betroffen, deren Lösung nur im größeren Kontext möglich erscheint.

Angesichts der derzeit offenbar allgemein notwendigen *Einsparungen im öffentlichen Bereich* sind auch die Gemeinden aufgefordert, möglichst *effizient* ihr Leistungsangebot zu erbringen. Die geografische Lage bzw. die verkehrsmäßige Nähe zur Landeshauptstadt Linz werfen für etliche Umlandgemeinden die Frage auf, inwieweit eine Gemeindezusammenlegung zu einem "*Großraum Linz*" erfolgversprechend für mehr Effizienz der Gemeindeverwaltung wäre.

Im *Prozess* einer Gemeindezusammenlegung existieren begünstigende wie erschwerende Faktoren. Als begünstigend ist einerseits die bereits existierende Vernetzung der Landeshauptstadt mit den Umlandgemeinden zu nennen. Linz stellt die wichtigste Ausbildungs- und Arbeitsplatzstätte dar, die Linzer Bevölkerung wiederum nutzt umliegende Gemeinden als Naherholungsraum. Andererseits wird eine Gemeindezusammenlegung auch durch den Umstand, dass bestimmte Probleme in den Umlandgemeinden einer gemeindeübergreifenden Lösung bedürfen, begünstigt. Hier sind in erster Linie verkehrsplanerische Maßnahmen, ein Zusammenschluss zur Erbringung bestimmter Infrastrukturangebote (wie Abfallbeseitigung, Strom- und Wasserversorgung), die Ortskernentwicklung und mögliche Einsparungen im administrativen Bereich bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung zu nennen.

Trotz der Einsicht, dass bestimmte Aufgaben durch Gemeindekooperationen besser und zielführender gelöst werden könnten, erweist sich die praktische Umsetzbarkeit als schwierig. Dies verdeutlicht die Einschätzung der Möglichkeiten zur Kooperation im "*Regionalforum Linz-Land*" wie auch Entwicklungen im Anschluss an das sog. "*regionale Raumordnungsprogramm*".

Als erschwerend im Prozess einer Gemeindezusammenlegung wirkt zusätzlich die Meinung, dass ein Großraum Linz mit einer Zentralisierung verbunden sein würde. Aufgrund des befürchteten Verlustes an Souveränität und Eigenständigkeit wurden die Vorteile eines Großraumes zurückhaltend eingeschätzt. Zwar wurden Verbesserungen der Verkehrssituation und der Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz als positive Folge eingeschätzt, aber wesentliche Veränderungen des Kultur- und Bildungsangebotes wurden bezweifelt, da bereits jetzt die Stadtnähe eine entsprechende Inanspruchnahme ermöglicht.

Die politischen und finanziellen Konsequenzen einer Gemeinde-zusammenlegung wurden als eher nachteilig empfunden. Der damit verbundene Verlust des Kontaktes zwischen kommunalen politischen Akteuren und der Bevölkerung würde wesentliche Elemente von Bürgernähe und kommunaler Identifikation berühren. Die spezifischen Nachteile für die Profession des Politikers würden Rekrutierungsprobleme nach sich ziehen.

Spezifisch ländliche Strukturen, die wesentlich zur Lebensqualität einzelner BürgerInnen beitragen, können im Großraum nur schwer bewahrt bleiben. Hier wurden vor allem Nachteile für kommunale Vereine konstatiert.

Ein Verlust an Fördergeldern hätte wahrscheinlich langfristig Auswirkungen auf den gesamten Bereich der Freiwilligenarbeit.

Um die kommunale Entscheidungskompetenz im Falle einer Gemeinde-zusammenlegung aufrechterhalten zu können, erscheinen theoretisch Ortschafts-verfassung, Ortschaftsparlament und Ortschaftssprecher möglich. Die Sinnhaftigkeit der Errichtung solcher Strukturen wurde aber eher bezweifelt, denn kommunale Entscheidungskompetenz müsse jene Bereiche umfassen, die sich mit dem gegenwärtigen Gemeindesystem decken. Auch die Durchführung ortschafts-bezogener Wahlen wurde als schwierig empfunden, weil dies ein mehrstufiges Wahlsystem und eindeutige Kriterien zur Sicherung einer Mindestrepräsentanz erfordere. Am ehesten noch kann man sich mit der Installierung entsprechender Gremien mit Beiräten, ein Bezirksvorstehertum und das System der Umlandbürgermeister anfreunden.

Um die Zustimmung zu einem Großraum Linz zu erhöhen wurde eine Darlegung der Ziele und der Nachweis von Vorteilen genannt. Ein Großraum Linz dürfe keinesfalls Nachteile für die Bevölkerung nach sich ziehen. Bürgernähe vor Ort und kommunale Identifikation müssen auch nach einer Gemeindezusammenlegung unbedingt gewahrt werden.

Die Entstehung eines Großraumes Linz hat insgesamt weitreichende Folgen. Deshalb bedarf es einer *strukturell und zeitlich ausreichenden Vorbereitung*. Als erster, aber wesentlicher Schritt gilt dabei der *Auf- bzw. Ausbau entsprechender gemeindeübergreifender Kooperationen*. Gleichzeitig muss die gesamte Bevölkerung der betroffenen Umlandgemeinden – ebenso wie der Landeshauptstadt – in den Prozess eingebunden werden. Weitere repräsentative Untersuchungen – insbesondere auch in der Landeshauptstadt Linz – erscheinen deshalb als unabdingbare Voraussetzung.

## 5 Verzeichnisse

### 5.1 Literaturverzeichnis

- Altmüller, Rudolf Peter (1965): Die Linzer Eingemeindungen. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Landeshauptstadt Linz, Linz 1965: Archiv der Stadt Linz & Trauner Verlag.
- Arnoldner, Elisabeth (2005): Die zufriedene Gemeinde, untersucht am Beispiel der Gemeinde Leonding, Linz 2005: Universität Linz (Dissertation).
- Bartel, Rainer (2003): Größe, Aufgabenerfüllung und Finanzen von Gemeinden, in: Friedrich Klug (Hg.): Lösung der Stadt-Umland-Problematik, Linz 2003: Eigenverlag der Stadt Linz (IKW<sup>57</sup>-Schriftenreihe Kommunale Forschung in Österreich, Bd. 112), S. 63-151; auch online: <http://www.econ.jku.at/bartel/umland.pdf> (download 30.9.2007).
- Baum, Doris; Ingo Mörth; Julia Polgar (2001): Jugend in Leonding. Endbericht, Linz 2001: Institut für Kulturwirtschaft (interner Forschungsbericht, 94 Seiten).
- Baum, Doris; Ingo Mörth; Susanne Ortner (2003): Maßnahmen für ein jugendfreundliches Leonding. Projektbericht im Auftrag der Stadtgemeinde Leonding, erstellt unter Mitwirkung von Jugendlichen aus Leonding, Jugendverantwortlichen der Leondinger Stadtverwaltung, VertreterInnen der Leondinger Gemeindepolitik, Verantwortlichen aus Leondinger Jugendeinrichtungen, Jugendorganisationen und Leondinger Schulen, Linz 2003: Institut für Kulturwirtschaft (int.rn Forschungsbericht, 51 Seiten).
- Bieri, Urs; Claude Longchamp (2004): Effizienzerwartung versus Verlustängste. Schlussbericht zur Studie "Mittelrheintal", Bern 2004: Gfs Bern. Forshu. für Politik, Kommunikation & Gesellschaft, Kurzbericht, nur online: <http://www.polittrends.ch/modernisierung/mittelrheintal.php?print=1> (download 30.9.2007).
- Bieri, Urs; Claude Longchamp, Bianca Rousselot, Silvia Ratelband-Pally (2005a): Zusammenschluss ersehnt bis vorsichtig gewünscht. Kurzbericht zur Studie "Zusammenschluss oberes Wynental", Bern 2005: Gfs Bern. Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft (i. Auftr. d. Gemeinden: Burg (Kanton Aargau), Menziken, Pfeffikon & Reinach (Kanton Luzern)), (18 Seiten); auch online (8/2005): [http://www.menziken.ch/documents/Telefonumfrage\\_Kurzbericht.pdf](http://www.menziken.ch/documents/Telefonumfrage_Kurzbericht.pdf) (download 30.9.2007).
- Bieri, Urs; Claude Longchamp, Bianca Rousselot, Silvia Ratelband-Pally (2005b): Zusammenschluss mit unterschiedlicher Intensität erwünscht. Schlussbericht zur Studie "Zusammenschluss oberes Wynental", Bern 2005: Gfs Bern. Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft (i. Auftr. d. Gemeinden: Burg (Kanton Aargau), Menziken, Pfeffikon & Reinach (Kanton Luzern)) (Juni 2005), (34 S.); auch online: <http://www.gfsbern.ch/pub/zusammenschluss-wynental.pdf> (download 30.9.2007).
- Bröthaler, Johann; Lena Sieber (2003): Finanzausgleichseffekte einer Eingemeindung acht ausgewählter Gemeinden in die Stadt Linz, in: Klug, Friedrich (Hg.): Lösung der Stadt-Umlandproblematik, Linz 2003: Eigenverlag d. Stadt Linz (Kommunale Forschung in Österreich, IKW Nr. 112), S. 57-62.

---

<sup>57</sup> IKW = Institut für Kommunalwissenschaftliche Forschung an der Universität Linz, gegr. von Ludwig Fröhler 1966; die Schriftenreihe wechselte mehrfach den Verleger und wird nun im Eigenverlag der Stadt Linz weitergeführt.

- Bröthaler, Johann; unter Mitarbeit von Robert Wieser (2005): Die Verwaltungsausgaben der österreichischen Gemeinden. Finanzstatistische Analyse der Gemeindefinanzen nach Größenklassen unter besonderer Berücksichtigung der Ausgaben der allgemeinen Verwaltung, Wien 2005: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr 92), auch online: <http://wien.arbeiterkammer.at/www-403-IP-20842.html> (download 30.9.2007)
- Bröthaler, Johann; Lena Sieber, Wilfried Schönböck, Alexander Maimer, Helfried Bauer (2007): Aufgabenorientierte Gemeindefinanzierung in Österreich. Befunde und Optionen, Wien u.a. 2007: Springer.
- Etzioni, Amitai (1995): Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus, Stuttgart 1995. Schäffer-Poeschel (Original: The Spirit of Community. Rights, Responsibilities, and the Communitarian Agenda, 1993).
- Fröhler, Ludwig (1976): Orientierungshilfe zur Strukturverbesserung der Gemeinden in Oberösterreich, Wien 1976: Verlag Jugend & Volk in Kommission für das Institut für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz Linz (Kommunale Forschung in Österreich, Bd. 24).
- Hartjes, Rudolf; Johannes Langthaler (2005): Zur Eingemeindung ausgewählter Umlandgemeinden in die Stadt Linz – ein Stimmungsbild am Beispiel der Gemeinden Ansfelden, Asten, Hörsching, Leonding, Pasching, Puchenau, Traun und Steyregg, Wien 2005. Bakkalaureatsarbeit an der TU Wien (im Rahmen der Kernfachkombination "Entscheidungsunterstützung im öffentlichen Sektor etc.", betreut von Ass.-Prof. DI Dr. Johann Bröthaler, eingereicht 30. 9. 2005).
- Hofer, Bernhard (2005): Transkommunale Kooperation. Working Paper, Linz 2005: Public Opinion -Institut für qualitative Sozialforschung (internes Arbeitspapier).
- Hofer, Bernhard, Pass, Claudia (2007): Gemeindezusammenlegungen als Lösung der Stadt-Umlandproblematik im Großraum Linz. Soziologische und Sozialpsychologische Aspekte, Linz 2007: public opinion - Institut für qualitative Sozialforschung, im Auftrag des Instituts für Kulturwirtschaft, JKU Universität Linz (interner Forschungsbericht).
- Institut für Stadtforschung Wien (Hg.) (1975a): Gemeindezusammenlegungen in Österreich. Teil I. Gesamtübersicht 1961-1973, Wien 1975: Verlag Jugend und Volk & Österr. Institut für Raumplanung (Publikationen des Instituts für Stadtforschung no. 26).
- Institut für Stadtforschung Wien (Hg.) (1975b): Gemeindezusammenlegungen in Österreich. Teil II. Neue Gemeinden städtischer Größe. Analyse bisheriger Zusammenlegungen – Bewertungssystem für Projekte, Wien 1975: Verlag Jugend und Volk & Österr. Institut für Raumplanung (Publikationen des Instituts für Stadtforschung no. 27).
- Kampus, Doris (2004): Gemeindekooperationen unter besonderer Berücksichtigung von peripheren Gemeinden im Ziel 2 Gebiet, Graz 2004: Land Steiermark (Bericht im Auftrag des Landes Steiermark, Abteilung Landes- und Gemeindeentwicklung, Dezember 2004).
- Klug, Friedrich (1987): Ökonomische Grundlagen kommunaler Tätigkeiten, Wien 1987: Jugend & Volk.
- Klug, Friedrich (1995): Verwaltungsreform und Controllingansätze, in: Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich (Wien: ÖHW-Verlag), 36. Jg. 1995, Heft 3-4, S. 205-216 (Fallbeispiel Linz).
- Klug, Friedrich (Hg.) (2003a): Lösung der Stadt-Umlandproblematik, Linz 2003: Eigenverlag Magistrat der Stadt Linz u.a. (IKW-Schriftenreihe kommunale Forschung in Österreich, Bd. 112) (158 S.).
- Klug, Friedrich (2003b): Lösung der Stadt-Umlandproblematik. Zusammenfassung und Empfehlungen, Linz 2003: Eigenverlag Magistrat der Stadt Linz u.a. (IKW-Schriftenreihe kommunale Forschung in Österreich, Bd. 112a) (20 S.).
- Klug, Friedrich (2003c): Lösung der Stadt-Umlandproblematik - Resümee des Herausgebers, online text only: [http://www.linz.at/Verwaltung/Kontrollamt\\_IKW\\_Z112.asp](http://www.linz.at/Verwaltung/Kontrollamt_IKW_Z112.asp) (download 30.9.2007).
- Lechner, David; Thomas Philipp, u.a. (2006a): Kreativwirtschaft in der Stadtregion Linz. Eine Maßnahme im Rahmen des INTERREG III B CADSES Programmes CITYREGIO (2A038) (Kurzfassung), Linz 2006: Land OÖ, Überörtl. Raumplan.g & LiQua (Linzer Inst. f. qualitative Analysen), auch online: [http://www.tmg.at/images/content/060323\\_studie\\_kreativwirtschaft\\_teil\\_A\\_kurzfassung.pdf](http://www.tmg.at/images/content/060323_studie_kreativwirtschaft_teil_A_kurzfassung.pdf) (download 30.9.2007).
- Lechner, David; Thomas Philipp, u.a. (2006b): Kreativwirtschaft in der Stadtregion Linz. Eine Maßnahme im Rahmen des INTERREG III B CADSES Programmes CITYREGIO (2A038) (Langfassung), Linz

2006: Land OÖ, Überörtl. Raumplan.g & LiQua (Linzer Inst. f. qualitative Analysen), auch online: [http://www.tmg.at/images/images\\_content/060323\\_studie\\_kreativwirtschaft\\_teil\\_A\\_langfassung.pdf](http://www.tmg.at/images/images_content/060323_studie_kreativwirtschaft_teil_A_langfassung.pdf) (download 30.9.2007).

Lins, Josef (2007): Plesching zu Linz? Ergebnisse einer standardisierten Befragung der Pleschinger Bevölkerung, Linz 2007: Eigenverlag Institut für Soziologie der JKU Linz, auch online : [http://www.soz.jku.at/Portale/Institute/SOWI\\_Institute/Soziologie/content/e279/e1367/Plesching.pdf](http://www.soz.jku.at/Portale/Institute/SOWI_Institute/Soziologie/content/e279/e1367/Plesching.pdf) (download 30.9.2007).

Mayr, Norbert (2003): Vom Salzburger Speckgürtel - wie er entstand, welche Probleme er heute schafft und welches Zukunftspotenzial er bietet. Zur Problemstellung des Symposiums, in: ders. & Held, Eva (Hg.): After Shopping. Situation von Salzburg - Strategien für den Speckgürtel. Internationale Sommerakademie für Bildende Kunst - Initiative Architektur, Salzburg 2003: Pustet, S. 31-44.

Mead, George Herbert (1968): Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus, Frankfurt am Main 1968: Suhrkamp-Verlag.

Merk, Bruno (2003): Kommunale Selbstverwaltung - Segen oder Fluch. Rede anlässlich der 25-Jahr-Feier des Bundes Freier Wähler, 30. August 2003 in München, nur online: [http://www.barbara-schoene.de/content/referat-25\\_jf\\_300803.pdf](http://www.barbara-schoene.de/content/referat-25_jf_300803.pdf) (download 30.9.2007).

Österreichischer Gemeindebund (Hg.) (2006): Zukunft ländliche Gemeinde. Diskussionsbeiträge zum Österreichischen Gemeindetag 2006, Wien 2006: Manz-Verlag.

Rechnungshof, Österr. (2004): Besteuerung der Gemeinden im Bezug auf den Finanzausgleich, in: Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes. Verwaltungsjahr 2003 - Prüfungsergebnisse (Zl. 860.029/002-E1/04), Wien 2004: Eigenverl. d. Rechnungshofes (Reihe Bund 2004/7), S. 165-178; auch online: [http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/Berichte/Berichte\\_bis\\_2006/Bund/Bund\\_2004\\_07/Bund\\_2004\\_7\\_Export.pdf](http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/Berichte/Berichte_bis_2006/Bund/Bund_2004_07/Bund_2004_7_Export.pdf) (download 30.9.2007).

Schmidt, Karl (1976): Großgemeinden für Oberösterreich. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur der oberösterreich. Gemeinden. Eine Studie von Karl Schmidt im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte in OÖ., Linz 1976: Verlag Gutenberg.

Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin 1998: Berlin-Verlag (Original: The corrosion of character. Personal consequences of Work in the New Capitalism, NY 1998: Norton; dt. by Martin Richter).

Ungerer, Albert (1983): Stadt-Umland Probleme aus finanzwirtschaftlicher Sicht dargestellt am Beispiel der Gemeinden Innsbruck, Rum und Völs, Innsbruck 1983: Diplomarbeit.

Weber, Max (2002): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 2002: Mohr (Nachdruck der 5., rev. Auflage 1972, besorgt von Johannes Winkelmann).

## 5.2 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Quoten nach Gemeinde im Detail .....	6
Tabelle 2: Erreichte Interviews nach Bereichen im Detail .....	7
Tabelle 3: Befürwortung einer Gemeindezusammenlegung (GZL), Linzer Umlandgemeinden .	46

## 5.3 Befragte ExpertInnen und BürgerInnen im Linzer Umland

Folgende BürgerInnen und ExpertInnen wurden im Rahmen der Erhebung befragt (zwecks Übersichtlichkeit erfolgt eine Anführung der Befragten in alphabetischer Reihenfolge) (die angegebenen Funktionen entsprechen dem Stand des Zeitpunktes der Interviews Herbst 2005 bis Frühjahr 2006)

### 1. **Andlinger, Erwin, Konsistorialrat**

*Traun, Pfarrer in Traun-St. Martin*

Erwin Andlinger stammt ursprünglich aus Oberkappl i.M., und ist seit 1966 Pfarrer in der Pfarrgemeinde St. Martin bei Traun. Er ist kath. Seelsorger (Gottesdienste & Begleitung in Sakramenten).

2. **Buchner, Josef, Bürgermeister**  
*Steyregg, Bürgermeister von Steyregg (SBU)*  
 Josef Buchner ist seit 1997 Bürgermeister der Stadt Steyregg. Er ist Mitglied der Steyregger Bürgerinitiative für Umweltschutz (SBU, Gemeinderatsfraktion seit 1979), dazu Gründungsmitglied der "Ver-einten Grünen Österreichs" & ehem. Nationalratsabgeordneter (1986-1990)
3. **Ernhard, Walter, Bürgermeister**  
*Ansfelden, Bürgermeister von Ansfelden (SPÖ)*  
 Walter Ernhard ist seit 1995 Bürgermeister der Stadt Ansfelden, und war zuvor 12 Jahre in der Stadtregierung von Ansfelden und als Kulturbeauftragter tätig.
4. **Gschwendtner, Klaus, Ing.**  
*Leonding, Obmann, Sportverein ASKÖ Doppl-Hart*  
 Klaus Gschwendtner ist Obmann der ASKÖ Doppl-Hart, die über 700 Mitglieder zählt. Weiters ist er Gemeinderat in Leonding (SPÖ) und dort für den Bereich Schule und Bildung zuständig. Beruflich ist er in der Voest Alpine in der Forschung, Koordination und im Management tätig.
5. **Kollingbaum, Karl**  
*Asten, Fraktionsvorsitzender (SPÖ), Gemeindevorstand der Gemeinde Asten*  
 Karl Kollingbaum ist seit 1997 im Gemeinderat und seit 1999 im Gemeindevorstand in Asten im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei tätig.
6. **Kronsteiner, Wolfgang, Brandrat**  
*Puchenau, Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Puchenau*  
 Wolfgang Kronsteiner ist seit 1981 in Puchenau wohnhaft und seit 1999 Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Puchenau.
7. **Mair, Peter, Ing.**  
*Fraktionsvorsitzender (SPÖ), Gemeindevorstand, Gemeinde der Gemeinde Pasching*  
 Ing. Peter Mair ist Fraktionsobmann der SPÖ im Paschinger Gemeinderat und übt derzeit (2005) die Funktion des Gemeindevorstandes für den Bereich Jugend, Verkehr und Sport aus.<sup>58</sup> Beruflich ist Peter Mair beim Linzer Wohnungsunternehmen GWG tätig und leitet dort die Abteilung Bautechnik.
8. **Neubauer Johannes**  
*Hörsching, Pfarrgemeinderatsobmann, Pfarrgemeinde Hörsching*  
 Johannes Neubauer ist seit 1994 Pfarrgemeinderatsobmann in der Pfarre Hörsching. Auf kirchlicher Ebene ist er auch im Dekanat Linz-Land und in der Diözese Linz engagiert.
9. **Reiter, Gottfried, Ing.**  
*Asten, Obmann Musikverein Asten*  
 Ing. Gottfried Reiter ist seit vielen Jahren Obmann des Musikvereins Asten.
10. **Richter, Sigrid, Mag.<sup>a</sup>**  
*Obfrau des Wirtschaftsbundes Hörsching, karenzierte Gemeinderätin*  
 Mag.<sup>a</sup> Sigrid Richter ist Wirtschaftsbundobfrau in Hörsching und Bezirksvorsitzende Linz-Land der Organisation "Frau in der Wirtschaft", weiters ist sie Hörschinger Gemeinderätin, aber dzt. (2006) karenziert.
11. **Sahl, Reinhold, Mag.**  
*Parteiobmann der ÖVP Ansfelden*  
 Mag. Reinhold Sahl ist Parteiobmann der ÖVP in Ansfelden und derzeit (2006) auch Obmann des dortigen Wirtschaftsbundes. Bis September 2005 übte er das Amt des Vizebürgermeisters in Ansfelden aus.
12. **Schürz, Peter, Prof. Mag. DDr.**  
*Vizebürgermeister (SPÖ), Puchenau*  
 Prof. Mag. DDr. Peter Schürz ist Professor an der pädagogischen Akademie des Bundes Linz, Leiter

<sup>58</sup> Ing. Peter Mair ist seit Juli 2007 Bürgermeister von Pasching.

der Volkshochschule Urfahr-Umgebung und Bildungsberater der Arbeiterkammer im Bezirk Rohrbach. In Puchenau bekleidet er das Amt des Vizebürgermeisters.

13. **Seidl, Harald, Ing.**

*Bürgermeister (SPÖ), Stadt Traun*

Ing. Harald Seidl ist seit 2002 Bürgermeister der Stadt Traun.

14. **Steinmair, Sieglinde, Kuratorin**

*Ansfelden, Evangelische Tochtergemeinde A.B. Haid*

Sieglinde Steinmair ist Kuratorin der evangelischen Tochtergemeinde A.B. Haid (Muttergemeinde Traun), welche dort ihren Sitz hat, aber auch für Ansfelden, Pucking und andere Ortsteile zuständig ist. Eine Kuratorin ist die weltliche Vertreterin einer evangelischen Gemeinde.

15. **Stelzmüller, Christian**

*Traun, ÖGB Bezirksvorsitzender Linz-Land*

Christian Stelzmüller wohnt in Traun. Er ist Betriebsratsvorsitzender der Papierfabrik Nettingsdorf (270 Arbeiter und ArbeiterInnen). Weiters ist er im ÖGB-Bezirksvorstand Linz-Land, sowie in Gewerkschaftsgremien (Bundesvorstand) und in der AK OÖ. (Kammerrat & Mitglied im Kontrollausschuss) engagiert.

16. **Te Best, Hannes, Direktor**

*Pasching, Fraktionsvorsitzender der ÖVP, Gemeindevorstand der Gemeinde Pasching*

Hannes Te Best ist Fraktionsobmann der ÖVP im Gemeinderat Pasching, weiters Mitglied des Gemeindevorstands und Obmann des Entsorgungsausschusses. Hauptberuflich ist er in der Ärztekammer OÖ. beschäftigt.

17. **Wagenhofer, Horst, HBI**

*Leonding, ehem. Stadtrat (FPÖ) Leonding, dzt. Komm.dt. der Freiwilligen Feuerwehr Ruffling*

Horst Wagenhofer ist Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Ruffling und war bis 2003 Stadtrat in Leonding für den Bereich Hoch- und Tiefbauwesen. Weiters ist er Bundesagrarobmann der Freiheitlichen Bauernschaft und Bundesvorstandsmitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs.

18. **Wagner, Karl, Dipl.-Päd.**

*Steyregg, Obmann, Tennisclub Steyregg*

Karl Wagner ist Hauptschullehrer in Steyregg und hat die Funktion des Obmanns des Tennisclub Steyregg inne.

19. **Weikinger, Peter,**

*Leonding, Fraktionsvorsitzender der SPÖ, Gemeinderat Leonding*

Peter Weikinger ist nicht nur Fraktionsvorsitzender der SPÖ im Leondinger Gemeinderat, sondern auch Landesvorsitzender des Arbeitersängerbundes OÖ. und Obmann der Kinderfreunde Leonding.

## 5.4 Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b><u>EINLEITUNG</u></b>	<b>1</b>
1.1	ZUR STADT-UMLAND-PROBLEMATIK GENERELL	1
1.2	<b>DAS PROJEKT "LÖSUNG DER STADT-UMLAND-PROBLEMATIK DURCH GEMEINDEZUSAMMENLEGUNG IM RAUM LINZ" ALS GRUNDLAGE</b>	<b>3</b>
1.3	<b>ZIELE UND TEILE DER HIER VORGELEGTE STUDIE</b>	<b>3</b>
1.3.1	HAUPTZIELE DER STUDIE	4
1.3.2	STRUKTUR DES BEITRAGES UND ANALYTISCH-EMPIRISCHE VERANTWORTUNG	4
1.3.2.1	Opion-Leader-Interviews in betroffenen Gemeinden	4
1.3.2.2	Bisherige Studien zu Gemeindeveränderungen: Identität und Bewusstsein	4
1.3.2.3	Ergebnisse und Schlussfolgerungen	4
<b>2</b>	<b><u>GEMEINDE-ZUSAMMENLEGUNGEN &amp; GEMEINDE-IDENTITÄT IM RAUM LINZ AUS SICHT VON "OPINION-LEADERS" IN UMLAND &amp; UMFELD</u></b>	<b>6</b>
2.1	<b>GENERELLE ÜBERLEGUNGEN DER AUSWAHL VON INTERVIEWPARTNERINNEN</b>	<b>6</b>
2.1.1	AUSWAHLKRITERIEN NACH GEMEINDEGRÖÖE UND BEREICHEN	6
2.2	<b>GLIEDERUNG DER EXPERTINNEN-INTERVIEWS</b>	<b>7</b>
2.2.1	EINSTIEGSFRAGEN	7
2.2.2	ALLGEMEINE FRAGESTELLUNGEN:	7
2.2.3	GEMEINDEZUSAMMENLEGUNGEN UND EINGEMEINDUNGEN IM GROßRAUM LINZ	8
2.2.4	FRAGEN FÜR SPEZIFISCHE EXPERTINNENGRUPPEN	8
2.3	<b>ERGEBNISSE DER QUALITATIVEN INTERVIEWS MIT "OPINION-LEADERS" IN LINZER UMLANDGEMEINDEN</b>	<b>9</b>
2.3.1	ALLGEMEINE FRAGESTELLUNGEN	9
2.3.1.1	Zu Charakteristika der Gemeinde, zu "Heimat", Ortsbezug und Identität	9
2.3.2	IDENTITÄTSSTIFTENDE FAKTOREN UND GEOGRAPHISCHE LAGE	11
2.3.2.1	Aspekte der räumlichen Lage	11
2.3.3	ZUM BEGRIFF "HEIMAT" UND ZUR FRAGE "HEIMAT IN DER WOHN-GEMEINDE"	12
2.3.3.1	Wohngemeinde als Heimat?	12
2.3.3.2	Heimat nach Gemeindezusammenlegung?	12
2.3.4	ZUZUG UND BEVÖLKERUNGSSITUATION IN DEN UMLANDGEMEINDEN	13
2.3.4.1	Zuzug in den Umlandgemeinden und besondere Herausforderungen	13
2.3.4.2	Lokale Veränderungen durch Zuwanderungen	14
2.3.4.3	Lokale Effekte des Zuzugs in die Umlandgemeinden	15
2.3.4.4	Zuzug und Integrationsdauer	15
2.3.4.5	Zur Lebensqualität nach einem Zuzug in eine Umlandgemeinde	15
2.3.4.6	Eine erste Zusammenfassung zu Fragen des Zuzugs in Umlandgemeinden	16
2.3.5	ZUR BEZIEHUNG DER UMLANDGEMEINDEN ZUR STADT UND ZUM GROßRAUM LINZ	16
2.3.5.1	Die generelle Bedeutung von Linz für Umlandgemeinden	16
2.3.5.2	Linz als Zentrum für Kultur, Freizeit, Bildung und Beschäftigung	17
2.3.5.3	Exkurs: Das Projekt "CityRegio" Linz	18
2.3.5.4	Die Umlandgemeinden als Wirtschaftsraum	18
2.3.5.5	Zusammenfassung zu den ökonomischen Beziehungen Linz-Umland	19
2.3.6	GEMEINDEPOLITIK UND THEMEN VON GEMEINDEKOOPERATIONEN	19
2.3.6.1	Verkehrsplanung und Verkehrspolitik	19
2.3.6.2	Raumplanung, Raumordnung und Flächenwidmung	19
2.3.6.3	Umweltprobleme	20

2.3.6.4	Gegenwärtige Kooperationen und ihr Erfolg	20
2.3.6.5	Zusammenfassung zu Gemeindekooperationen	21
2.3.7	POLITISCHE WILLENSBILDUNG UND ENTSCHEIDUNGSPROZESSE	21
2.3.7.1	Derzeitige politische Entscheidungen	21
2.3.7.2	Bürgerbeteiligung und Bürgernähe	22
2.3.7.3	Einfluss lokaler Akteure	23
2.3.8	GEMEINDEZUSAMMENLEGUNGEN IM GROßRAUM LINZ KONKRET	24
2.3.8.1	Historische Aspekte und darauf bezogene Meinungsbildung	24
2.3.8.2	Heutige Einschätzung der Folgen einer Gemeindezusammenlegung	25
2.3.8.3	Partizipative Entscheidungsmöglichkeiten	29
2.3.8.4	Mögliche Modelle neuer intra-kommunaler Entscheidungskompetenz	30
2.3.8.5	Akzeptanz und Bürgernähe einer Eingemeindung	32
2.3.8.6	Rahmenbedingungen des Bestands als politische Einheit	36
2.3.9	SPEZIFISCHE FRAGESTELLUNGEN FÜR VERSCHIEDENE BEREICHE	37
2.3.9.1	Politische Akteure	38
2.3.9.2	Kirchliche Organisationen	39
2.3.9.3	Arbeitgeber- und ArbeitnehmervertreterInnen	40
2.3.9.4	Derzeitiges kommunales Vereinswesen	40
<b>3</b>	<b>WEITERE SOZIOLOGISCHE ANALYSEN</b>	<b>42</b>
<b>3.1</b>	<b>GRUNDSATZÜBERLEGUNGEN</b>	<b>42</b>
3.1.1	DAS PROBLEM DES MACHTVERLUSTES	42
3.1.2	DAS PROBLEM DES IDENTITÄTSVERLUSTES	43
<b>3.2</b>	<b>IDENTITÄT UND IDENTITÄTSVERLUST IM LICHT E BISHERIGER STUDIEN ZU GEMEINDEZUSAMMENLEGUNGEN</b>	<b>43</b>
3.2.1	“EINGEMEINDUNG & ZUSAMMENLEGUNG VON GEMEINDEN” (FRÖHLER 1976)	43
3.2.2	DIE STUDIE “GROßGEMEINDEN FÜR OBERÖSTERREICH” (SCHMIDT 1976)	44
3.2.3	STUDIE “ZUSAMMENSCHLUSS OBERES WYNENTAL” (BIERI U.A. 2005)	44
3.2.4	GEMEINDEZUSAMMENLEGUNG WEYER-MARKT UND WEYER-LAND (OÖ.) (2007)	45
3.2.5	GEMEINDEZUSAMMENLEGUNG IM SCHWEIZER MITTEL-RHEINTAL (2004)	45
<b>3.3</b>	<b>STUDIEN ZU STADT-UMLAND-BEZIEHUNGEN IM RAUM LINZ</b>	<b>46</b>
3.3.1	EINGEMEINDUNG AUSGEWÄHLTER UMLANDGEMEINDEN IN DIE STADT LINZ – EIN STIMMUNGBILD (HARTJES/LANGTHALER 2005)	46
3.3.2	ZUR UMGEMEINDUNG VON PLESCHING (GEMEINDE STEYREGG) (LINS 2007)	47
3.3.3	ZU STADT-UMLAND-BEZIEHUNGEN DER BEVÖLKERUNG AM BEISPIEL LEONDING (ARNOLDNER 2005, BAUM U.A. 2001)	47
3.3.3.1	Ergebnisse der Studie "Zufriedene Gemeinde am Beispiel Leonding"	48
3.3.3.2	Ergebnisse der Studie "Jugend in Leonding"	49
<b>4</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK</b>	<b>50</b>
<b>5</b>	<b>VERZEICHNISSE</b>	<b>52</b>
<b>5.1</b>	<b>LITERATURVERZEICHNIS</b>	<b>52</b>
<b>5.2</b>	<b>TABELLENVERZEICHNIS</b>	<b>54</b>
<b>5.3</b>	<b>BEFRAGTE EXPERTINNEN UND BÜRGERINNEN IM LINZER UMLAND</b>	<b>54</b>
<b>5.4</b>	<b>INHALTSVERZEICHNIS</b>	<b>57</b>